

Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al femminile

1/90

Wir ziehen um, diesmal definitiv Nous déménageons à nouveau, définitivement cette fois-ci	2
Silvia Grossenbacher: Veränderungen in der Familienstruktur und im Rollenverständnis der Geschlechter	3-7
Floriane Köchlin: Von Herbizidresistenten Pflanzen, geklonten Hochleistungskühen und Genfabriken	8-12
Carmen Grela: Sexuelle Gewalt: Die Realität jenseits der Vorurteile Violence sexuelle: la réalité des préjugés	13-19
Marie France Casalis: Formation des intervenant-e-s face aux violences sexuelles Wie mit dem Problem der sexuellen Gewalt umgehen?	20-24
Claudia Rüegg: Gewalt an Frauen im öffentlichen Raum - wie reagiert die Öffentlichkeit	25-27
Ausgewählte Literatur zum Thema Gewalt Documentation sélective sur le thème 'violence'	28-29
Franziska Greising/Laura Gallati: Zwei Jahre Unabhängige Frauenliste Luzern UFL	30-36
Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1989 Les activités de la Commission fédérale pour les questions féminines en 1989 L'attività della Commissione federale per i problemi della donna nel 1989	37-42
Elisabeth Kästli: Chronik der laufenden Ereignisse. Juli 1989 bis Januar 1990	43-49
Catherine Cossy: L'actualité au féminin. Août 1989-janvier 1990	50-55
Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale	56-64

Frauenfragen
 Questions au féminin
 Problemi al femminile



13. Jahrgang, Nr. 1
 März 1990

Herausgegeben von der Eidgenössischen Kommission
 für Frauenfragen, Bundesamt für Kulturpflege,
 Finkenhubelweg 12, 3012 Bern, Tel: 031/61.92.75

Redaktion: Käthi Belser, Verena Laedrach-Feller,
 Marianne Schmid

Weitere Mitarbeiterinnen dieses Bulletins: Anne-Marie
 de Warren, Marianne Geisser, Claudia Kaufmann

Die in diesem Heft erscheinenden Beiträge sollen unterschiedliche Meinungen zum Ausdruck bringen, die zu kennen und zu diskutieren sich lohnt, die sich aber nicht mit jenen der Eidg. Kommission für Frauenfragen zu decken brauchen.

Nach einer mehrmonatigen Pause liegt nun das erste Heft des Jahrgangs 1990 von "F-Frauenfragen" vor. Zum Teil verantwortlich für diese Pause ist ein Versuch, der dann leider scheiterte: als Folge und Ergänzung zu Frauenfragen 1/89 (Gleichstellungsbüros) sollte 3/89 Frauengruppen offenstehen, die zwar in organisierter Form "Frauenpolitik" machen, aber nicht etabliert bzw. institutionalisiert sind: also autonome Gruppen, die sich von ihrer Struktur, ihren Inhalten und ihren Arbeitsformen her von traditionellen Frauengruppen unterscheiden und von diesen wie von der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen werden. Aus verschiedenen Gründen kam jedoch dieses Heft nicht zustande. Immerhin findet ein Beitrag in dieser Nummer Eingang: Der Artikel über die Unabhängige Frauenliste Luzern. Es ist die Darstellung einer 'anderen' (Frauen)Politik, die nicht nur für Luzern Gültigkeit hat, sondern vielenorts diskutiert und z.T. auch versucht wird.

Die vorliegende Nummer ist keinem eigentlichen Hauptthema gewidmet. Es sind Beiträge, die verschiedene Themen (wieder)aufgreifen:

Silvia Grossenbacher hält in ihrem Referat 'Frauenbild und Männerwelt im Umbruch' grundsätzliche Überlegungen und Fakten über die Veränderungen in der Familienstruktur und im Rollenverständnis der Geschlechter fest.

Nachdem die Diskussion über Bio- und Gentechniken v.a. von Diskussionen über die Fortpflanzungstechniken beim Menschen beherrscht wird - und wir in mehreren Nummern von F-Frauenfragen bereits auf verschiedene Aspekte der Reproduktions- und Humangenetik eingegangen sind -, befasst sich nun Floriane Köchlin in ihrem Beitrag einerseits mit den Grundlagen und Voraussetzungen der genetischen Manipulation an Mikroben, Pflanzen und Tieren; sie erläutert andererseits die Auswirkungen der Gentechniken an Beispielen aus dem Pflanzen-, Tier- und Pharmabereich.

Am 21./22. September 1989 organisierte das Genfer Gleichstellungsbüro für Mann und Frau zusammen mit Solidarité Femmes und Viol Secours eine Tagung zum Thema sexuelle Gewalt. Zwei Referate wurden für diese Nummer auf deutsch übersetzt: Der Beitrag von Carmen Grela deckt die gängigen Vorstellungen, Vorurteile und Mythen über die Vergewaltigung auf. Marie-France Casalis zeigt auf, was Personen lernen müssen, welche privat oder beruflich mit Opfern sexueller Gewalt zu tun haben. Claudia Rüegg befasst sich mit der Gewalt an Frauen im öffentlichen Raum bzw. mit den Reaktionen der Öffentlichkeit darauf.

Eine Mitteilung in eigener Sache: Die Eidg. Kommission für Frauenfragen hat seit dem 1. Februar eine neue Sekretärin: Elisabeth Keller. Sie ist Zürcherin und lebte während zehn Jahren in Berlin, wo sie ihr Studium in Politik- und Rechtswissenschaft an der Freien Universität abgeschlossen hat. Zuletzt war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Erziehungs- und Unterrichtswissenschaften an der Technischen Universität Berlin tätig. Aufmerksame LeserInnen kennen sie bereits von ihrem Artikel in F 2/89.

Käthi Belser
 Verena Laedrach-Feller
 Marianne Schmid

**Wir ziehen um, diesmal definitiv:
Ab Mitte April 1990 gilt folgende Adresse:**

Eidg. Kommission für Frauenfragen
Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann
Dokumentationsstelle für Frauenfragen

Hallwylstrasse 15, Postfach, 3003 Bern

Die Telefonnummern bleiben die gleichen

Eidg. Kommission für Frauenfragen: 031/61.92.75

Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann:
031/61.68.43

Dokumentationsstelle für Frauenfragen: 031/61.92.79
Die Dokumentationsstelle bleibt von Mitte März bis
Mitte April geschlossen.

Nous déménageons à nouveau, définitivement cette fois-ci:

A partir du mi-avril 1990, vous pourrez nous joindre à l'adresse suivante:

Commission fédérale pour les questions féminines
Bureau de l'égalité entre femmes et hommes
Centre de documentation pour les questions féminines

Hallwylstrasse 15, case postale, 3003 Berne

Les numéros de téléphone sont inchangés

Commission fédérale pour les questions féminines:
031/61.92.75

Bureau de l'égalité entre femmes et hommes:
031/61.68.43

Centre de documentation pour les questions féminines:
031/61.92.79

Le centre de documentation sera fermé de la mi-mars à la mi-avril

VERÄNDERUNGEN IN DER FAMILIENSTRUKTUR UND IM ROLLENVERSTÄNDNIS DER GESCHLECHTER

von Silvia Grossenbacher

Der nachstehende Text bildete eines der Hauptreferate am Kongress "Frauenbild und Männerwelt im Umbruch" vom 4. November 1989 in Graz. Organisiert wurde der Anlass von der Steirischen Volkspartei, realisiert hat ihn eine Frauengruppe unter Mitwirkung der Steirischen Frauenbeauftragten, Frau Ridi Steibl.

Sozialer Wandel kann nicht verstanden werden als eine Abfolge säuberlich voneinander isolierbarer Erscheinungen, die wie Ursache und Wirkung miteinander verknüpft werden. Im sozialen Prozess sind die Uebergänge fließend, alte Formen existieren neben neuen weiter, neue Formen tragen die alten immer ein Stück weit noch in sich.

Der Prozess der Modernisierung, wie wir die Herausbildung hochentwickelter Industrienationen nennen, ist auf der sozialen Ebene gekennzeichnet durch Individualisierung. Individualisierung bedeutet die Herauslösung des einzelnen Menschen aus gewachsenen Bindungen, Glaubenssystemen, Sozialbeziehungen, Gemeinschaften, traditionellen Denk- und Verhaltensmustern. Dieses Herauslösen ist einerseits natürlich eine Entgrenzung, ein Gewinn an Freiheit, Vielfalt, Gestaltbarkeit; andererseits bedeutet es auch Verlust an Sicherheit, an Verankerung, an innerer Stabilität.

Aus einer Standesgesellschaft, in der der soziale Ort der Geburt weitgehend über den Lebenslauf des einzelnen Menschen bestimmte, wurde allmählich die Leistungsgesellschaft, in der dem Menschen sowohl die Freiheit zusteht, wie auch der Zwang obliegt, sein eigenes Leben nach eigenen Maßstäben und aus eigener Kraft zu gestalten. (1) Dieser allgemeinere Prozess der Individualisierung soll den Hintergrund bieten, vor dem ich versuchen werde, Veränderungen in Familienstrukturen und Geschlechterverhältnis zu skizzieren.

Bäuerliche und handwerkliche Produktion bildeten Jahrhunderte lang die Lebensgrundlage unserer Gesellschaft. Die dieser Produktionsweise entsprechende Lebensform war das sogenannte "Ganze Haus", der bäuerliche Hof, der Handwerks Haushalt, die primär eine Wirtschaftsgemeinschaft bildeten. Die Menschen waren

eingebunden in diese Haushaltsgemeinschaft, die Dorfgemeinschaft, den Stand, das Geschlecht. Tradition bestimmte das Leben, deren Werte und Normen dem Verhalten einen festen Rahmen gaben. In der Wirtschaftsgemeinschaft drehte sich alles um die tägliche Existenzsicherung. Das Ehepaar bildete eine Arbeitsgemeinschaft, Kinder waren willkommene Arbeitskräfte, solange der Hof sie ernähren konnte, Kinder waren auch die Altersversicherung ihrer Eltern. Die Partnerwahl war ein von sachlichen Ueberlegungen (nicht von Liebe) geleitetes Unterfangen. Zeit für die Betreuung der Kinder war wenig da, das Verhältnis zu ihnen kaum gefühlsbetont, Erziehung in unserem Sinne unbekannt. Geheiratet wurde relativ spät und berechtigt zur Ehe war ohnehin nur, wer eine sichere Existenzgrundlage vorweisen konnte. Die Zahl der Unverheirateten blieb demnach hoch. (2)

Männerarbeit und Frauenarbeit waren gleichermaßen auf die Produktionseinheit ausgerichtet und unverzichtbar miteinander verknüpft. Die Geschlechter standen in einem durch die Tradition legitimierten patriarchalischen Verhältnis zueinander, das dem Mann die Vormundschaft über Frau und Kinder zuwies.

Den entscheidenden Umbruch brachte die Industrialisierung mit sich. Die Einheit von Arbeit und Leben zerbrach, die Familie büßte ihren Charakter als Wirtschaftsgemeinschaft ein. Die Männer gingen in zunehmendem Masse einer Arbeit ausser Haus nach, verrichteten Lohnarbeit in eigens dafür gestalteten Produktionsstätten. Gleichzeitig entstand im erstarken-



Familienbild um 1880

Aus: I. Weber-Kellermann. Die deutsche Familie, Suhrkamp TB, 1974

den Bürgertum ein Leitbild für das Leben der Frauen, das nach und nach auch in den andern sozialen Schichten wirksam werden sollte. Charakteristisch für dieses Leitbild war die Ausrichtung der Frauen auf das Haus, den Haushalt, die Familie. Die häuslichen Belange veränderten sich im Laufe der Zeit. Im frühbürgerlichen Haushalt leitete die Frau eine umfangreiche häusliche Produktion (Garten, Vorratshaltung, Kleiderherstellung usw.). Im grossbürgerlichen Haushalt stand sie einer Schar von Dienstboten vor und kam zahlreichen Repräsentationspflichten nach. Später verengte sich der bürgerliche Haushalt auf die Kernfamilie, die Hausarbeit wurde rationalisiert, die Produktion und Vorratshaltung machte dem Einkauf, der Umsetzung und dem Konsum fertiger Waren Platz. Im Gegenzug zu dieser Reduktion der Hausarbeit nahmen jedoch die erzieherischen und emotionalen Aufgaben zu. Der greifbare Beitrag zur täglichen Existenzsicherung wandelte sich in ein permanentes, aber wenig sichtbares "Dasein für die Familie". Hausarbeit geriet in den Schatten der ausserhäuslichen Produktion, die wuchs und wuchs und schliesslich die alleinige Wertschätzung als Arbeit für sich beanspruchte.

Mit der Industrialisierung ergab sich ein neues Muster der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Der Mann wurde herausgelöst aus der häuslichen Einheit, die männliche Tätigkeit drehte sich um die Aussenwelt, den Beruf, die Öffentlichkeit; die weibliche Aktivität orientierte sich an Heim, Hausarbeit, Familie.(1)

Nehmen wir nun noch einmal Bezug auf die eingangsgemachten Aussagen zur Modernisierung, wonach der einzelne Mensch herausgelöst wurde aus traditionellen Bindungen, dann sehen wir, dass diese Aussage vorerst nur halb richtig ist, weil sie nur für Männer zutrifft. Die Frauen wurden im Dienste der neuen Arbeitsteilung fester ans Haus gebunden.

Abgestützt wurde dieses Arbeitsteilungsmuster in den sogenannten Geschlechtscharakteren, einer Konzeption, die Männlichkeit und Weiblichkeit definierte. Danach waren die Männer hart, durchsetzungsfähig, sachbezogen, vernunftgeleitet und weltorientiert; Frauen dagegen galten als weich, anpassungsfähig, personenbezogen, gefühlsgeleitet und familienorientiert.

Obwohl die bürgerliche Ideologie Gleichheit aller Menschen postulierte, war mit der Andersartigkeit von Mann und Frau eine Abwertung des Weiblichen verbunden und zwar als Folge des Gewichts, das die männliche Aussenwelt gegenüber dem weiblich definierten Innenraum Familie gewann.

Die Geschlechtscharaktere wurden begründet mit der unterschiedlichen Natur, unterschiedlichen psychischen und physischen Strukturen von Frau und Mann. Neu entstehende wissenschaftliche Disziplinen wie die Psychologie hatten alle Hände voll zu tun, um diese Geschlechterkonzeption zu legitimieren, ihre Natürlichkeit zu beweisen. Die Psychologen fanden rege

Unterstützung bei Philosophen, Medizinern, Pädagogen, und auch die Frauen, die etwas zu sagen hatten, Denkerinnen und Dichterinnen, halfen wacker mit, das Rollenbild fest in der Vorstellungswelt der Menschen ihrer Zeit zu verankern. Und es blieb keineswegs auf die geistige Welt beschränkt. Es kondensierte im Recht, wo die sich ergänzenden Rollen - des Mannes als Ernährer und der Frau als Vorsteherin des Hauses - festgeschrieben wurden. Die Geschlechterkonzeption floss ein in unterschiedliche Bildungspläne für Mädchen und Jungen, in die Gestaltung von Männerberufen und Frauenberufen usw. Die Konzeption gefror schliesslich zu Stein und Beton in unseren Städten und Vorstädten, wo jeder Hausfrau ihr eigenes kleines Reich mit Kühlschrank und (Bauknecht-weiss-was-Frauen-wünschen) Kochherd errichtet wurde.

Das Verbindungsstück zwischen den so herbeigeredeteten, aufeinander bezogenen Geschlechterhälften bildete die Liebe. Zielperspektive dieser Liebe wiederum war die Ehe, in der die männliche mit der weiblichen Hälfte verschmelzen und ein Ganzes bilden sollte. (3)

Für die Gesellschaft war diese Konzeption funktional. Sie erlaubte die "Säuberung" des Erwerbsbereichs von allem Naturwüchsigen, Irrationalen, Verspielten, Unplanbaren, Pflegebedürftigen und die Verweisung dieser Aspekte auf den Privatbereich Familie. Dort waren diese Aspekte und ihr lebendiger Ausdruck, die Kinder, unter der Obhut von Frauen bestens aufgehoben.

Wie bereits erwähnt, ist die Betreuung und Erziehung von Kindern im uns geläufigen Sinne eine neuere Erscheinung. Sie wurde zeitlich parallel und auch am gleichen sozialen Ort - nämlich im Bürgertum - entwickelt wie die komplementäre Geschlechterkonzeption. Die Entdeckung der Kindheit gehörte zur Ausgestaltung des neuen Frauenleitbildes als fester Bestandteil hinzu. Die Bedürfnisse der frühen Kindheit, die Wichtigkeit der ersten Lebensjahre und die Notwendigkeit der "richtigen" Betreuung in dieser Phase wurden untersucht und betont und knüppelfest gebunden an die ungeteilte Aufmerksamkeit und uneingeschränkte Anwesenheit der leiblichen Mutter oder schlimmstenfalls einer weiblichen Ersatzperson.(4) Mutter und Kind wurden zur Dyade gemacht, und diese wiederum belegt mit allerlei "natürlichen" Parallelen. Was gesellschaftlich zur Kinderbetreuung angeboten wurde, hatte lediglich Ersatz oder Ergänzungsfunktion.

Für die Kinder war die Familie ein lebensnotwendiger Schonraum des Aufwachsens und Hineinfindens in eine komplexer werdende Welt. Für die Männer war die auf der Liebesehe basierende Familie der Hort des Rückzugs aus dem Konkurrenzkampf, der Sinnbezug des täglichen, mühseligen, disziplinierten Gerangels im Leistungssystem, aber auch der Ankerplatz einer neuen personenbezogenen Stabilität als Ersatz für die verlorene Eingebundenheit in traditionelle Bezüge.(1)

Und Frauen nahmen die Verpflichtung an, sie machten sie sich so zu eigen, dass sie sogar so etwas wie die "geistige Mütterlichkeit" erfanden, ein Einstellungsmuster, das in allen Frauen - auch den Nicht-Müttern - jene Bereitschaft wecken sollte, gesellschaftlich notwendige, aber nicht honorierte Arbeit zu leisten.(5) Frauen nahmen ihre Verpflichtung gegenüber dem Privatbereich so ernst, dass sie ihn sogar verliessen, wenn Not am Manne war, sei dies als Mitverdienerin zur Existenzsicherung der Familie, sei dies als Zusatzverdienerin in Krisenzeiten, sei es als Arbeitskraftersatz in Kriegszeiten, sei's als Trümmerfrau oder vielfältige "Organisatorin" in den Wirren des Zusammenbruchs. Die Familie wurde zu einer Art Gegenstruktur in einer von Krise und Aufschwung, Krieg und Wiederaufbau geschüttelten Epoche.(6) Ehe und Familie wurden ungeheuer attraktiv. Das Heiratsalter sank, die Heiratshäufigkeit stieg, Heiraten war für über 90% der Frauen und Männer normal, bis anfangs 70er Jahre der Trend brach.(7) Als dann auch noch der "Pillenkick" dem Babyboom ein jähes Ende setzte und die Scheidungsziffern immer mehr anstiegen, war die Zeit gekommen, **die Krise der Familie auszurufen**. Betrachten wir uns aber die Gründe für die eben genannten Krisenanzeichen etwas genauer.

Mit der Auflösung der Familie als Wirtschaftsgemeinschaft muss die Existenz auf andere Weise in anderen Zusammenhängen gesichert werden. Dies geschieht in Arbeitsformen, die über den Arbeitsmarkt vermittelt sind und sich auf eine Einzelperson beziehen, ohne Rücksicht auf deren private Bindungen und Situation. Die Gesetze des Erwerbsbereichs bestimmen das Leben des Einzelnen. Der Einzelne muss - will er nicht Karriere und Einkommen riskieren - sein Leben nach diesen Gesetzen ausrichten, von der Ausbildung über die Berufswahl bis zur Karriereplanung. Vorgaben für diese Ausrichtung gibt es immer weniger, auch wenn die Leitplanken von sozialer Herkunft und Geschlecht das Spektrum der Wahlmöglichkeiten nach wie vor eingrenzen. Horizont dieser Ausrichtung bildet zunächst die individuelle Existenzsicherung, die individuelle Identitätsfindung, die Selbstverwirklichung.(8)

Und in diesem Selbstentwurf mit seinen Ecken und Kanten wird Partnerschaft - Ehe und Familie - zum Problem. Das Problem wird so lange nicht sehr akut, als Frauen noch bereit sind, ihre Lebensplanung an der Familie zu orientieren, Berufstätigkeit nur als Nebenverdienstmöglichkeit aufzufassen oder "Selbstverwirklichung" ausschliesslich im Dasein für Mann und Kinder zu sehen. Doch auch unter diesen erleichternden Voraussetzungen sind viele Fragen offen. Ob geheiratet werden soll oder nicht, ob man Kinder haben will oder nicht und wie sie erzogen werden sollen, ob die Frau weiterarbeiten soll oder nicht oder nur halbtags, ob der Mann im Haushalt mithilft, wieviel und ob er dafür Abstriche im Beruf in Kauf nimmt; das alles sind Fragen, die eine Menge Zündstoff für Konflikte in sich bergen.(9)



Die Fernsehfamilie

Aus: I. Weber-Kellermann: Die deutsche Familie, Suhrkamp TB, 1974

Diese Konflikte können nicht immer friedlich beigelegt werden. Sie führen vielfach dazu, dass gar nicht erst geheiratet wird, keine oder wenige Kinder geboren werden oder die Ehe vorzeitig aufgelöst wird.

Mittlerweile ist nämlich die gesetzliche Verankerung der weiblichen Unterordnung auch im diesbezüglich rückständigsten Land - der Schweiz - aufgehoben worden. Und die individuelle Bereitschaft der Frauen zu Verzicht und Anpassung ist längst am Nachlassen. Das ist allerdings - ich möchte fast sagen leider - nicht auf das Konto der feministischen Bewegung zu buchen.

Vielmehr hat das ökonomische Wachstum seit dem 2. Weltkrieg Frauenarbeitsplätze massenhaft geschaffen. Im Bildungsbereich haben die Frauen u.a. dank der Bildungsexpansion der 60er Jahre, entscheidend aufgeholt. Die Lebenserwartung ist gestiegen, die Geburtenzahlen sind gesunken und damit hat sich die potentielle Kinderphase im Leben der Frauen verkürzt. Frauenerwerbstätigkeit, die immer schon zur Industriegesellschaft gehörte, wird auch für verheiratete Frauen der mittleren und oberen sozialen Schicht zur Selbstverständlichkeit, die nur noch - wenn überhaupt - für die Erziehung der Kleinkinder unterbrochen wird.

Frauen werden so - mit einiger zeitlicher Verschiebung - durch Entwicklungen im Erwerbsbereich, im Bildungswesen, in den demografischen Verläufen, in den Rechtsnormen teilweise herausgelöst aus der Familienbindung. Auch für Frauen wird die Ausrichtung auf Selbstversorgung und Selbständigkeit zur Existenzfrage. Die Versorgung der Frau durch den Mann wird unsicher (Scheidungs zahlen!) oder beschränkt sich auf eine kurze Zeit in ihrem Leben.

Mit der besseren Bildung und Ausbildung, mit den langsam sich auch für Frauen öffnenden Karrieremöglichkeiten im Beruf, in der Politik oder im Kulturbetrieb, mit den wachsenden Ansprüchen der Frauen an ihre Lebensqualität wird das "Dasein für andere" immer unattraktiver. Und dieser Prozess, der eigentlich nur ein Nachholen der Frauen in der allgemeinen Modernisierung und Individualisierung ist, dieser Prozess ist weder umkehrbar noch aufzuhalten. (10)

Im zweiten Teil meines Referates will ich noch auf einige aktuelle Entwicklungen in und um Familie etwas konkreter eingehen.

Was in der jüngsten Vergangenheit als "Krise der Familie" thematisiert wurde, ist eigentlich ein Bedeutungswandel und nicht ein Bedeutungsverlust von Ehe und Familie. Zudem betreffen die Veränderungen eher die Bedeutung der Ehe als diejenige der Familie.

Befragen wir nämlich die Bevölkerung, erhalten wir bei Alten und bei Jungen die gleiche Antwort: die Familie steht neben Beruf und Freizeit im Zentrum des Interesses. Auch ganz junge Leute wünschen sich für ihre Zukunft eine befriedigende Zweisamkeit und Kinder. Nur gerade 6% sagten in einer Befragung zwanzigjähriger Frauen in Zürich, dass sie kinderlos bleiben möchten.

Ob Zweisamkeit staatlich abgesegnet ist, verliert allerdings an Bedeutung. Bei den jüngeren Leuten ist das Konkubinat fast ebenso populär wie die Ehe. Es wird zwar oft gesagt, das Konkubinat sei lediglich eine Art Vorstufe zur Ehe, eine Probeehe. Diesen Schluss lässt die Tatsache zu, dass viele nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften schliesslich doch in eine Ehe übergeführt werden oder auch die Tatsache, dass in der Schweiz über 70% der heiratenden Frauen bereits mit ihrem Partner zusammengelegt haben.

Eine Untersuchung des BMJFG (1985) ergab jedoch, dass nur 33% der nicht-ehelich Zusammenlebenden den Partner oder die Partnerin u.U. heiraten möchten, 28% lehnen dies ab und 38% sind sich hierüber unklar. So gesehen hat das Konkubinat durchaus seinen eigenen Wert als eigenständige Lebensform. (11)

Allerdings, in nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften werden wenige Kinder geboren. **Die Realisierung des Kinderwunsches ist offenbar immer noch ein starker Grund zur Eheschliessung.** Andere Gründe, das Zusammenleben wollen, die sexuelle Beziehung, führen nicht mehr zwingend zur Ehe. Alternativen, vom Konkubinat bis zum single-Dasein, sind gegeben, werden auch zunehmend gesellschaftlich anerkannt und können ohne Nachteile gelebt werden.

Wenn die Ehe nicht mehr zwingende Norm und einzig anerkannter Rahmen des Zusammenlebens von Mann und Frau ist, dann wird auch ihre Auflösung einfacher. Sie wird zusätzlich einfacher, wenn Frauen sich (und ihre Kinder) durch eigene Erwerbstätigkeit zu ernähren fähig, ja gewohnt sind. Wenn das Fundament, auf dem die Ehe basiert, die Liebe, vorbei ist, gibt es kaum mehr Gründe, eine leer gewordene Ehe aufrechtzuerhalten. Ein Drittel aller Ehen endet heute mit Scheidung. **Was bestehen bleibt sind aber Familien, denn gekündigt wird mit der Scheidung nur der Ehevertrag.** Die Familien, sofern solche betroffen sind, bleiben bestehen, sie bilden nicht einfach - wie diskriminierende Bezeichnungen unterstellen - einen "unvollständigen Rest" eines ehemals Ganzen, sondern sie stellen eine neue Form mit eigenem Wert dar. Die Scheidungshäufigkeit ist damit auch kein taugliches Argument zur Begründung eines Niedergangs der Familie. (10)

Ebenso wenig kann der Rückgang der Geburten als Absage an die Familie interpretiert werden. Vielmehr hat sich eine bestimmte Familiengrösse als ideal durchgesetzt. **Zwei Kinder sind heute die Norm, kinderreiche Familien sind selten geworden, eher setzt sich der Trend in Richtung Ein-Kind-Familie oder selbstgewählte Kinderlosigkeit fort.**

Die Zwei-Kinder-Familie steht hoch im Kurs, sowohl was die gewünschte als auch was die realisierte Kinderzahl angeht. Als Grund für diese Norm der kleinen Familie wird oft die Erwerbstätigkeit der Frauen angeführt. Dazu ist zu sagen, dass der Kinderwunsch von verschiedenen Faktoren abhängt, dass aber bei einer starken Berufsorientierung der Frauen die Kinderzahl tatsächlich reduziert wird, insbesondere wenn die strukturellen Gegebenheiten eine Vereinbarung von Familie und Beruf erschweren. **Kinderlosigkeit ist eine extreme Entscheidung um das Dilemma Beruf - Familie zu lösen.** Sie wird offenbar v.a. von Frauen der unteren sozialen Schichten gewählt. Frauen höherer Schichten haben andere Möglichkeiten, das Problem zu lösen. (12)

Was nun das Verhältnis zwischen den Geschlechtern angeht, können wir sagen, dass sich seit den Zeiten absoluter väterlicher Entscheidungsgewalt über alles und jedes, viel geändert hat. **Partnerschaft ist das Leitbild, an dem sich die Vorstellungen orientieren (bei Frauen eher als bei Männern, bei Jüngeren eher als bei Älteren).** Partnerschaft bestimmt die Entscheidungen sowohl im Verhältnis der Geschlechter, wie der Generationen. Allerdings - durchgesetzt hat sich Partnerschaft erst auf der Einstellungsebene. Auf der Handlungsebene, dort wo es um die Teilung der täglich anfallenden Arbeit geht, sieht's anders aus. Putzen, Waschen, Kochen, Kinderversorgen, dafür zeichnet weiterhin vor allem die Frau verantwortlich. Zwar helfen Männer heute vermehrt im Haushalt mit, aber zwischen Handreichungen und tatsächlicher Uebernahme der Hälfte der Lasten besteht halt doch ein Unterschied. Auch Konkubinatspaare bleiben von dieser Tradition nicht verschont. Männer, die kochen, putzen, waschen überhaupt gelernt und als Jungesellen sogar manchmal praktiziert haben, delegieren diese Jobs an die Freundin, sobald sie den gleichen Haushalt (eben nicht teilen, sondern) bewohnen. (13)

Wenn Männer sich in der ersten Zeit des Zusammenlebens noch einigermaßen bemühen, ändert sich das sobald ein Kind hinzukommt, und mit jedem weiteren Kind werden die Verhältnisse schlimmer, ob die Frau nun erwerbstätig ist oder nicht. So ist es denn immer noch in den allermeisten Fällen die Frau, die ihren Beruf aufgibt oder reduziert, die ihre Erwerbstätigkeit so flexibilisiert, dass sie die Erfüllung der Familienpflichten erlaubt. Oder aber die Frau nimmt Doppel- und Dreifachbelastung auf sich. Tut sie das so freiwillig wie es aussieht? Je länger desto weniger! **Frauen möchten lieber Beruf und Familie leben können, als entscheiden und verzichten oder komplizierte Doppelarrangements treffen zu müssen.** Aber sie sind im Kampf um die Durchsetzung ihrer Wünsche mit kürzeren Spiessen ausgerüstet. Sie verdienen oft weniger, haben die schlechteren Jobs und ohnehin weniger Karriereaussichten als die Männer, können eher teilzeit oder stundenweise arbeiten (weil es solche Stellen fast nur für Frauen gibt) und zudem benachteiligten gängige Sozialversicherungsregeln wirklich partnerschaftliche Arbeitsteilungsmuster. (14)

Trotzdem: Frauen befürworten die Ausdehnung des Partnerschaftsleitbildes von der Einstellungs- auf die Handlungsebene. Wenn sie "Kinder haben" und "kontinuierliche Erwerbsarbeit" als Lebensperspektiven nennen (und immer mehr Frauen tun das), sehen sie die Koppelung am ehesten in einer gleichberechtigten Beziehung mit Gleichverteilung von Erwerbs- und Hausarbeit als realisierbar an. (11)

Wir haben festgestellt, dass unter den Bedingungen der Modernisierung, der damit verbundenen Individualisierung Ehe und Familie zunächst zum Ankerpunkt einer neuen personenbezogenen Stabilität werden. Wir haben aber auch gesehen, dass die Durchsetzung der Moderne und die Freisetzung auch der Frauen aus traditionellen Bindungen Ehe und Familie zu einer schwierigen Sache machen. Die Ehe hat Konkurrenz erhalten, sei's im Single-Dasein, der Wohngemeinschaft oder dem Konkubinat. Selbst wenn die Ehe als Lebensform gewählt wird, ist sie nicht mehr lebenslang stabil. Ihre Auflösung führt - sobald nicht nur ein Ehepaar, sondern auch Kinder betroffen sind - zu neuen vielfältigen Formen familialen Zusammenlebens. Und auch die Familie ohne Trauschein, alleinerziehende Mütter, Väter, nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern und Wohngemeinschaften mit Kindern wird als Lebensform gewählt.

Und damit komme ich zum Schluss:
Was als "Krise der Familie" thematisiert wurde, entpuppt sich als zunehmende Vielfalt und Variationsbreite sozialen Zusammenlebens. Diese Vielfalt ist nur zu begrüßen, denn sie zeigt im Grunde nichts anders als die Vitalität dessen, was der Familie als Idee zugrunde liegt. Wenn wir versuchen, dieser Vielfalt einen engen Raster überzustülpen, wenn wir Familie restriktiv definieren, in der Hoffnung, sie vor dem Untergang zu bewahren, laufen wir Gefahr, all diese vitalen neuen Zweige, die da in alle Richtungen auseinanderwachsen, abzuhacken und die so als "Nicht-Familie" definierten Lebensformen in die Diskriminierung abzuschieben. Eine Familienpolitik

der Zukunft, soll sie wirklich im Interesse der Familie und der Familienmitglieder stehen, tut deshalb gut daran, wenn sie die Ermöglichung eben jener Vielfalt zuoberst auf ihr Pflichtenheft setzt.

Liste der verwendeten Literatur

- 1) Beck-Gernsheim, E.: Von der Liebe zur Beziehung? Veränderungen im Verhältnis von Mann und Frau in der individualisierten Gesellschaft. In: Soziale Welt, Sonderband 4. Göttingen 1986
- 2) Nave-Herz, R. (Hrsg.): Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1988
- 3) Schenk, H.: Freie Liebe - Wilde Ehe. Ueber die allmähliche Auflösung der Ehe durch die Liebe. München 1987
- 4) Badinter, E.: Die Mutterliebe. Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute. München 1981
- 5) Grossenbacher, S.: Familienpolitik und Frauenfrage in der Schweiz. Grösch 1987
- 6) Ostner, I./Pieper, B. (Hrsg.): Arbeitsbereich Familie. Umriss einer Theorie der Privatheit. Frankfurt a.M. 1980
- 7) Höpflinger, F.: Wandel der Familienbildung in Westeuropa. Frankfurt/New York 1987
- 8) Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M. 1986
- 9) Lüscher, K. u.a. (Hrsg.): Die postmoderne Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Uebergangszeit. Konstanz 1988
- 10) Gerhardt, U./Schütze, Y. (Hrsg.): Frauensituation. Veränderungen in den letzten 20 Jahren. Frankfurt a.M. 1988
- 11) Müller, U./Schmidt-Waldherr, H. (Hrsg.): FrauenSozialKunde. Wandel und Differenzierung von Lebensformen und Bewusstsein. Bielefeld 1989
- 12) Hoffmann-Nowotny, H.-J. u.a.: Planspiel Familie. Familie, Kinderwunsch und Familienplanung in der Schweiz. Diessenhofen 1984
- 13) Ryffel-Gericke, Ch.: Männer in Familie und Beruf. Diessenhofen 1983
- 14) Borkowsky, A. u.a.: Zwei Welten - ein Leben. Berichte und Anregungen für Frauen zwischen Familie und Beruf. Zürich 1985

VON HERBIZIDRESISTENTEN PFLANZEN, GEKLONTEN HOCHLEISTUNGSKÜHEN- UND GENFABRIKEN

BIO UND GENTECHNIKEN IM ALLTAG

Von Floriane Köchlin

EINLEITUNG:

Beherrscht wird die Diskussion über Bio- und Gentechniken momentan von Diskussionen über die Fortpflanzungstechniken beim Menschen. Diese Auseinandersetzung ist wichtig - v.a. für uns Frauen - und sie wird spätestens bei der Abstimmung über die Beobachter-Initiative zu einer auf eidgenössischer Ebene diskutierten Angelegenheit werden.

Doch hinter dieser Nebelwand spielen sich ganz entscheidende Entwicklungen ab - fast unbemerkt von der grossen Öffentlichkeit. Das Milliarden-geschäft der Gentechnologie wird mit Mikroben, Pflanzen und allenfalls Tieren gemacht. Auch gehen, zumindest zur Zeit, die aktuellsten Gefahren der Gentechnologie nicht von Versuchen am menschlichen Erbgut aus, sondern von der genetischen Manipulation von Mikroben und Pflanzen.

Darum soll es in diesem Artikel gehen, sowie um die Frage, was denn Gentechnologie eigentlich ist und wo sie zur Anwendung kommt.

BIO- UND GENTECHNIKEN: EINE KLEINE EINFÜHRUNG

Biotechniken sind nichts Neues - ganz im Gegenteil: Salamis, Käse, Brot oder Wein werden seit jeher biotechnisch hergestellt. Biotechnik heisst: Lebende Organismen werden zur Produktion bestimmter Stoffe herangezogen. Um beispielsweise Joghurt herzustellen, wird Milch mit bestimmten Milchsäurebakterien geimpft, diese bewirken die Umwandlung von Milch zu Joghurt. Grundsätzlich neu innerhalb der Biotechniken sind die in den letzten Jahrzehnten entwickelten Methoden, mit denen immer tiefer in den Prozess des Lebens selbst eingegriffen werden kann. Teile von Lebewesen, einzelne Zellen oder Teile von ihnen werden isoliert und Experimenten unterzogen. Bereiche dieser "harten" Biotechniken müssen genau so kritisch hinterfragt werden wie die Gentechnik. Beispiele dafür sind die Retortenbabies (Befruchtung im Reagenzglas), oder Zellfusionen: die Verschmelzung einer Tomaten- und einer Kartoffelzelle ergab die "Tomotoffel"; ein kümmerliches Pflänzchen, oder aus der Fusion eines Ziegen und eines Schafembryos entstand die "Schiege" eine Kreatur, die werde Ziege noch Schaf war.

Die Gentechnik ist ein Zweig der Biotechniken. Sie befasst sich mit dem in jeder Zelle vorhandenen Erbmaterial. Heute können einzelne Gene lokalisiert, identifiziert, zerschnitten und verpflanzt werden. Durch den Austausch fremder Genstücke entstehen Lebewesen mit neuen Eigenschaften. Dies ist möglich, weil die Gene aller Lebewesen, ob von Mensch, Tier, Mikrobe oder Pflanze, aus der gleichen chemischen Substanz bestehen, aus der Desoxyribo-Nuclein-Säure (DNS). Die grenzsprengende Dimension dieser neuen Wissenschaft besteht nun darin, dass es mit gentechnischen Methoden möglich wird, ein menschliches Gen in ein Bakterium oder ein Rattengen in eine Maus zu schleusen: Die Bakterien produzieren dann menschliche Eiweisse, und die Mäuse wachsen zu Riesenmäusen heran, weil ihre Zellen die Sprache des Rattenwachstumsgens verstehen können.

Damit sind die von der Natur gebildeten Artengrenzen, ausserhalb derer sich Lebewesen nicht vermehren können, nicht mehr gültig. Die Schranken, welche in Millionen Jahren Evolution zwischen den Arten aufgebaut worden sind, werden abrupt und gewaltsam durchbrochen. Leben wird dabei reduziert auf eine überschaubare Chemie von verschiedenen DNS-Sequenzen, eine Summe von Einzelteilchen, die fast beliebig miteinander kombinierbar sind, wenn man nur die technischen Verfahren dazu kennt. Es steckt die Vorstellung dahinter, dass man(n) alles in die Hände bekommt und technisch neu konstruieren kann, dass also die Naturgrundlagen beherrschbar sind. Es steckt auch die Vorstellung dahinter, dass die Natur "unvollständig" ist und nun mit Hilfe der Gentechnik "perfektioniert", d.h. neu konstruiert werden muss und kann.

Z.B. HERBIZID-RESISTENTE PFLANZEN ODER GEKLONTE KÜHE ODER BAKTERIEN- INTERFERON

Es gibt kaum noch Bereiche in der modernen naturwissenschaftlichen Forschung, wo Bio- und Gentechniken keine Rolle spielen: Pflanzen- und Tierzucht, Entwicklung von Pharmazeutika, Energiegewinnung, Abfallbeseitigung, aber auch die genetische Datenerhebung von Menschen, die pränatale Diagnostik oder die Herstellung von Bio-Waffen sind einige Beispiele.

Eine allgemeine Übersicht über alle Anwendungsgebiete dieser modernen Techniken müsste an allzu grosser Oberflächlichkeit scheitern. Ich möchte mich deshalb auf je ein Beispiel aus dem Pflanzen-, dem Tier- und Pharmabereich beschränken. Alle 3 Beispiele sind für die Schweiz - sei dies als Chemieplatz in der Landwirtschaft - von Bedeutung.

PFLANZEN, DIE FIRMENEIGENE AGROGIFTE VERTRAGEN

In der Pflanzenforschung sind die bisher grössten Erfolge auf dem Gebiet der Herbizid-Resistenzen verbucht worden: dort wurde auch am intensivsten geforscht. Pflanzen, die gegen verbreitete Krankheiten wie z.B. Mehltau immun sind, sind für die Grossen der Branche lange nicht so interessant wie Pflanzen, die gegen die firmeneigenen Unkrautvernichter resistent sind, denn das kann, ja muss, mit dem Saatgut gleich noch das Arsenal von chemischen Bekämpfungsmitteln mitgeliefert werden.

Ciba Geigy z.B. setzt auf eine neues Herbizid, die Sulfonylharnstoffe, das bis jetzt bei Weizenkulturen angewendet wird, weil das Herbizid dem Weizen nichts anhaben kann. Es wird nun intensiv geforscht, Mais gentechnisch so zu manipulieren, dass auch Mais die neuen Superherbizide erträgt. Doch nicht nur Ciba-Geigy, alle grossen Agro-Konzerne betreiben intensivste Forschung, um Kulturpflanzen auf ihre firmeneigenen Herbizide "zurechtzuschneiden". Der kanadische Agrarspezialist Pat Mooney rechnet vor, dass allein in den USA 26 grössere Firmen hauptsächlich auf dem Gebiet der Herbizidresistenz forschen. Ein Grund für diese Anstrengung ist zunächst, dass nur ein Gen verpflanzt werden muss, um eine Herbizid-Resistenz zu erzeugen. Das Verfahren ist also vergleichsweise einfach. Doch es geht um mehr. Die Herstellung von giftunempfindlichen Pflanzen ermöglicht eine direkte Marktausweitung, ohne dass der Konzern viel dazu tun muss. Bäuerinnen und Bauern müssen in Zukunft die Herbizide bei dem Konzern einkaufen, der das Saatgut herstellt, denn das Saatgut ist gentechnisch auf diese Herbizide zurechtgetrimmt. Immer mehr werden auch ganze "Saatgut-Pakete" auf den Markt kommen, die die Bäuerinnen und Bauern vollends an einen einzigen Konzern ketten.

Die modernen Biotechniken ermöglichen also eine Verknüpfung der Agrochemie mit der Saatgutindustrie. Damit wird die Voraussetzung geschaffen für eine massive Beschleunigung der bereits im Gang befindlichen Konzentrationsprozesse. Nach firmeninternen Prognosen, so Pat Mooney, werden es bis zum Jahr 2000 nur noch gut 20 multinationale Konzerne sein, die die gesamte weltweite Nahrungsmittelproduktion unter sich aufteilen werden!

Wer die Nahrungsmittelkette vom Saatgut bis zur Konservenbüchse im Regal lückenlos beherrscht - wie etwa die Nestlé -, kann die Profite an jedem beliebigen Ost dieser langen Kette entstehen lassen, je nachdem, was es politisch oder steuertechnisch am günstigsten ist. Der Konzern kann es sich leisten, zum Beispiel neues Saatgut zu Dumpingpreisen anzubieten, um die Konkurrenz zu ruinieren, und dann die Verluste irgendwo in der langen Kette nachzukassieren. Denn als gleichzeitiger Anbieter von Saatgut und Abnehmer der Landwirtschaftsprodukte hat der Konzern freie Hand. Die ProduzentInnen haben sich zu fügen.

GEKLONTE KÜHE UND NOCH MEHR MILCH...

Kuh und Mensch haben eines gemeinsam: beide gehören sie zur Gruppe der Säugetiere. Bio- und gentechnische Eingriffe, die bei Kühen vollzogen werden können, sind prinzipiell auch bei Menschen machbar. So stammt auch sehr viel Erfahrung im Bereich der Fortpflanzungstechniken beim Menschen (künstliche Befruchtung, Retortenbaby, Leihmutterchaft) von Experimenten bei Kühen ab.

Bei der Tierzucht hat sich in den vergangenen Jahrzehnten das Ziel sehr einseitig auf die Steigerung der Produktivität konzentriert. Durch bio- und gentechnische Methoden soll diesem Ziel nochmals ein grosses Stück näher gekommen werden. Durch künstliche Besamung

WELTERNÄHRUNGSTAG 1989



kannte die einseitige Selektion auf Hochleistung entscheidend beschleunigt werden - zumindest auf Seiten der väterlichen Vererbung. Heute werden in der Schweiz ca. 90% aller Kühe künstlich besamt. Ein ausgewiesener Besamungsbulle hat bis zu 100'000 Nachkommen (so z.B. der in der Schweiz sehr beliebte Superstier Trimbo, der Red-Holstein Blut eingekreuzt hat). Durch Kryokonservierung, das Tiefgefrieren der Samenportionen, ist eine zeitlich und räumlich unabhängige Verbreitung möglich.

Der Embryotransfer ermöglicht nun auch die Reduzierung der weiblichen Tiere. Dazu wird eine Hochleistungskuh durch Hormonspritzen zu einer Superovulation angeregt. Statt wie üblich einer Eizelle "springen" deren 10 bis 15. Nach künstlicher Besamung werden die befruchteten Eizellen ausgespült und sogenannten "Ammenkühen" (oder "Leihmutter-Kühen") eingepflanzt. Diese "minderwertigen" Kühe wurden vorher durch Hormonzugaben in ihrem Zyklus entsprechend synchronisiert und sollen nun die kostbaren Superkälber austragen.

Durch Embryosplittings soll die Anzahl Nachkommen einer Hochleistungskuh nochmals gesteigert werden: die befruchteten Eizellen werden mit Mikrosonden geteilt ("spli"); jede Hälfte entwickelt sich zu einem ganzen Tier, das mit der andern "Hälfte" genetisch völlig identisch ist. Damit aber ist das Klonen von Kühen in den Bereich des möglichen gerückt.

Die einseitige Selektion auf Hochleistung hat zur Beschränkung auf eine wenige Rassen geführt. Alte einheimische Rassen wurden verdrängt. So starb 1975 hier in der Schweiz der letzte Freiburger Schwarzfleckenstier aus.

Moedern Biotechniken ermöglichen auch hier eine grosse Beschleunigung der Selektion und Einengung auf Ertragssteigerung, da nun auch auf mütterlicher Seite eine Einengung auf wenige ausgewiesene Hochleistungskühe möglich zu werden scheint. Es muss hier allerdings bemerkt werden, dass die Erfolgchancen für den Embryotransfer nicht sehr hoch sind und diese Technik wohl deshalb auch noch nicht zur allgemeinen Praxis avanciert ist.

Der tierische Organismus aber ist von Natur aus nicht darauf ausgerichtet, 10'000 Liter Milch zu geben. Die Kehrseite wird immer deutlicher: Die "Nutzungsdauer" der genetisch ausgereizten Tiere sinkt: Milchkühe, die täglich bis zu 50 Liter Milch geben, haben Stoffwechselprobleme, Mangelkrankheiten, Fruchtbarkeitsstörungen - im Schnitt sind sie nach 4 Jahren und zwei bis drei Geburten ausgebrannt. Damit sich dieses Geschäft dennoch lohnt, müssen die kostbaren Spitzentiere mit den neuen Techniken bis zu ihren "ungenutzten" Eizellen vermarktet werden.

Die enormen Leistungssteigerungen waren nur möglich, weil den Tieren zunehmend die Selbstregulierungsmechanismen herausselektioniert worden sind und sie genetisch zu Leistungen gezwungen werden, so die bundesdeutsche Tierärztin Anita Idel. "Die heutigen Leistungen sind aber nur möglich aufgrund des enorm gestiegenen Medikamenteneinsatzes. Die Verfütterung von Medikamenten zur Prophylaxe und zur Therapie - vorwiegend Hormone und Antibiotika - gehört inzwischen zum Normalfall. Nicht die Abwesenheit von Krankheit ist die Norm, sondern der Zwang zu deren permanenter Verdrängung."

Durch direkte gentechnische Eingriffe veränderte Tiere (transgene Tiere) gibt es bisher noch nicht in der Landwirtschaft. Die genetische Manipulation erweist sich als technisch sehr kompliziert. Doch auch hier konzentriert sich die Forschung auf Steigerung des Ertrags und der Leistung. Im Zentrum des Interesses steht dabei das Wachstumshormon-Gen, das im Erbgut für die Produktion von Wachstumshormonen verantwortlich ist. So konnten bisher durch gentechnische Manipulationen u.a. erzeugt werden: Riesenmäuse, denen ein Rattenwachstums-Gen implantiert wurde, Riesenkarpen mit Forellenwachstums-Genen oder Riesenschweine mit menschlichen Wachstums-Genen.

BAKTERIEN-INTERFERON AUS DER GENFABRIK

Im letzten Beispiel geht es um die gentechnische Produktion von menschlichem Wirkstoff z.B. Interferon. Dazu wird Bakterien ein menschliches Gen mit der Produktionsanleitung für Interferon eingepflanzt. Die manipulierten Bakterien werden in grossen Bioreaktoren gezüchtet und anschliessend das Interferon aus den Bakterien gewonnen und gereinigt. Bei der industriellen Grossproduktion stellt sich vor allem die Frage des Risikos.

Bis jetzt hat sich die Gentechnologie fast ausschliesslich auf die Arbeit in Forschungslabors beschränkt, abgesicherte Labors also, wo die Chance, dass künstliche Organismen entweichen, relativ gering ist. Dies soll sich ändern. Die Konzerne drängen darauf, in die Grossproduktion einzusteigen. Ciba-Geigy z.B. will mitten in Basel ein sogenanntes "Biotechnikum" bauen, wo neben Forschungslabors verschiedene Produktionsanlagen stehen sollen. Damit aber wird eine wichtige Schwelle überschritten; das Gefahrenpotential erhöht sich um einige Dimensionen. Es kann nicht mehr verhindert werden, dass gentechnisch manipulierte Lebewesen ins Freie gelangen. Dort aber ist eine Kontrolle nicht mehr möglich, denn Lebewesen - auch künstlich-konstruierte - bewegen sich und vermehren sich. Auch noch so sorgfältige Voruntersuchungen können nicht ausschliessen, dass freigesetzte Kunstmikroben eine ökologische Nische finden (z.B. im Boden, im Wasser oder im menschlichen Organismus) und dort Schaden anrichten. Denn ein Ökosystem lässt sich nicht in seiner ganzen Komplexität im Labor vor-simulieren. Zudem weiss man über die vielfältigen Vernetzungen und

Abhängigkeiten im Ökosystem noch recht wenig. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit, dass dabei eine Katastrophe angerichtet wird, klein ist, so ist sie grösser als Null. Und die Diskussionen um das "Restrisiko" kennen wir allemal (auch Tschernobyl und Schweizerhalle waren "Restrisiken").

Viele andere Sicherheitsfragen, die sich bei der Grossproduktion ergeben, sind auch noch nicht abschliessend geklärt: wie sicher sind ArbeitnehmerInnen vor einer Kontamination mit gentechnisch manipulierten Lebewesen? Was passiert im "worst case" (schlimmster Fall), wenn z.B. ein Bioreaktor platzt? Wenn z.B. bei einem solchen Störfall MitarbeiterInnen in Gummistiefeln in der "Bakterien-Sosse" herumlaufen und beim Absaugen Aerosole (feinste Tröpfchen, die sich in der Luft verteilen) verursachen?

Wegen dieser potentiellen Risiken sind in der BRD alle vergleichbaren Anlagen der letzten Zeit verhindert oder durch Gerichtsbeschluss stillgelegt worden. So hat der hessische Gerichtshof dem Hoechst-Konzern ab sofort verboten, Insulin in ihrer Genfabrik herzustellen. Das Gefahrenpotential sei von "ganz anderer Dimension und Qualität" als bei bekannten chemischen Verfahren. Bei andern Genfabrik-Projekten hat sich in öffentlichen Anhörungen gezeigt, dass viele Risikofragen noch offen sind, so dass keine dieser Anlagen bewilligt wurde: z.B. Behringwerke, Marburg: Produktion von EPO/Erythropoietin, Grünenthal, Aachen: Produktion von Saruplase, BASF, Ludwigshafen: Produktion von TNF/Tumor-Nekrose-Faktor.

Was in der BRD zu gefährlich ist, soll also der Basler Bevölkerung zugemutet werden. Für das sogenannte "Biotechnikum" der Ciba-Geigy reicht ein simples Baugesuch aus, ein Umweltverträglichkeitsverfahren ist nicht nötig. Die behördliche Begründung dafür ist skandalös (so die Aussage von Hans Hoßbach, Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft): die Risiken gentechnischer Anlagen sind noch derart unbekannt, dass für eine Umweltverträglichkeitsprüfung Risikoforschung nötig sei. Dies aber wolle man der Ciba-Geigy nicht zumuten. Da lässt man's halt lieber bleiben.

GESETZLICHES NIEMANDSLAND

Obiges Beispiel ist kennzeichnend für die Situation in der Schweiz. Es gibt keine gesetzlichen Grundlagen, die die Chemiefirmen und Forschungszentren zu besonderer Gefahrenvorsorge verpflichten würden; es gelten allein die allgemeinen Gesetze wie das Umweltschutzgesetz, das kantonale Baurecht und andere.

Zur Überwachung der Sicherheit gibt es die Schweizerische Kommission für biologische Sicherheit (SKBS), die die von den USA übernommenen Richtlinien überwacht. Doch diese Richtlinien sind nicht verbindlich: Verstösse dagegen können nicht bestraft werden. Es wird an die Eigenverantwortlichkeit und an das "gentlemen's agreement" appelliert - Forschung und Industrie kontrollieren sich selber.

Das soll nach Willen des Bundesrates geändert werden. Er schlägt als Gegenvorschlag der Beobachter-Initiative einen Verfassungsartikel vor, der im Unterschied zur Beobachter-Initiative auch bio- und gentechnologische Eingriffe an Tieren und Pflanzen zum Inhalt hat (die Beobachter-Initiative beschränkt sich auf die Verhinderung von "Missbräuchen" bei menschlichen Fortpflanzungstechnik wie z.B. Verbot der Leihmutterchaft oder Verbot der Embryonenforschung). Der bundesrätliche Gegenvorschlag ist allerdings sehr allgemein gehalten und überantwortet sämtliche konkreten Regelungen den noch zu schaffenden Verordnungen oder Gesetzen. **Ob dabei ein Gesetzeswerk zum Schutze der Gentechnologie vor einer besorgten Öffentlichkeit oder aber ein Gesetzeswerk zum Schutze von Mensch und Natur vor den Gefahren der Gentechnologie herauskommt, bleibt abzuwarten. Zu befürchten ist allerdings die erste Variante.**

DIE SCHLEICHENDE ALLTÄGLICHKEIT

Schauen wir uns die drei Beispiele noch einmal an: gentechnisch manipulierte Pflanzen, die Agrogifte ertragen; Dutzendlinge von kostbaren Hochleistungskühen und nochmals mehr Milch; menschliches Interferon, das von Kunstmikroben produziert wird - Beispiele also aus ganz verschiedenen Anwendungsgebieten.

Die Gentechnik wird alle Lebensbereiche durchdringen. Wir werden sie spüren von der manipulierten und deshalb besonders schmackhaften Tomate über ein neues Medikament bis zur pränatalen Diagnostik. Die Gentechnik droht, das Leben aller Menschen zu verändern, seien wir KonsumentInnen, Eltern, PatientInnen, BäuerInnen. Die Schwangere, die sich überlegt, ob sie einen Vorsorgetest machen soll, wird damit genau so konfrontiert wie der Bauer oder Bäuerin, die vom Monopolanbieter Sandoz gentechnisch manipuliertes Saatgut einkaufen müssen, so wie ich damit konfrontiert sein werde, wenn ich im COOP Wein, Käse oder Gemüse einkaufen gehe.

Die Gentechnik soll nach dem Willen ihrer Schöpfer und Verwerter eine Grundtechnologie werden, wie es einmal die Dampfmaschine, die Elektrizität oder heute die Mikroelektronik ist.

Nicht die schielende, lahme und kranke Riesensau, ein Schreckbild gentechnischer Machenschaft, sollte uns zu denken geben, sondern eben diese schleichende, alltägliche Durchdringung unser aller Leben.

Oppositionsgruppen gegen die Gentechnik in der Schweiz

Basler Appel gegen Gentechnologie:

Aktuelle Schwerepunkte:

Information (u.a. Buch zum Gen-Kongress 88 in Basel, vierteljährlicher Pressespiegel, "Videothek zu Gentech-Themen).

Kampagne gegen das sogenannte "Biotechnikum", die von Ciba-Geigy geplante Genfabrik in Basel (u.a. Einsprachen, Gegengutachten).

Kampagne gegen die Patentierung von Tieren und Pflanzen.

Adresse: Postfach 74, 4007 Basel

Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie

Aktuelle Schwerepunkte:

Information (u.a. ausführliche Informationsmappe, Aufbau Dokumentation)

Kampagne gegen die Patentierung von Tier und Pflanzen.

Erarbeitung einer Stellungnahme zum bundesrätlichen Gegenvorschlag Beobachter-Initiative.

Adresse: Postfach 3265, 8031 Zürich,

Nogerete

Nationale Organisation gegen Gen- und Reproduktionstechnologie feministischer Frauen

Aktuelle Schwerepunkte:

Plattform der Nogerete

Öffentlichkeitsarbeit

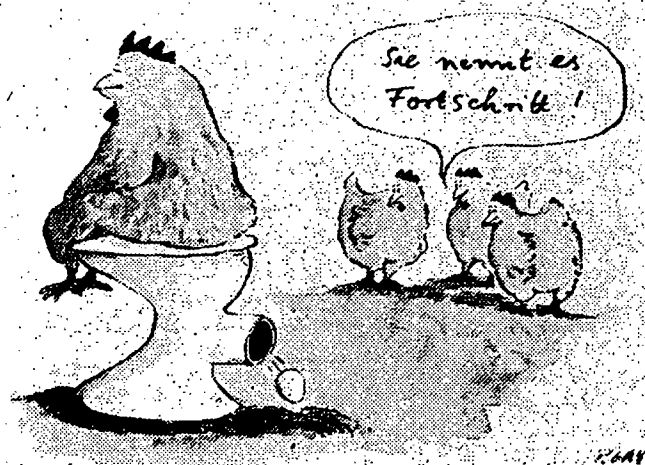
Adresse: Postfach 3310, 8031 Zürich

Anti-Gen-Frauengruppe Bern "Diana"

Adresse: Frauenarchiv Bern, Quartiergasse 17, 3013 Bern

Anti-Gen Frauengruppe Zürich "Atigena"

Adresse: Postfach, 8008 Zürich



SEXUELLE GEWALT: DIE REALITÄT JENSEITS DER VORURTEILE

von Carmen Grell, "Viol-Secours", Genf

Mit diesem Beitrag möchte ich zeigen, dass die gängigen Vorstellungen über Vergewaltigung auf Mythen aufbauen, die jeder und jede von uns verinnerlicht hat. Es sind falsche Ideen, die mit der Darstellung von Männern und Frauen in unserer Gesellschaft zusammenhängen.

Meine Analyse beruht vor allem auf den Erfahrungen, die ich bei "Viol-Secours" machen konnte, auf Aussagen von Frauen, aber auch auf dem, was ich bei verschiedenen Vergewaltigungsprozessen beobachten konnte.

In der Tat sind die Gerichtsstuben gute Beispiele dafür, wo und wie solche Mythen zum Zwecke der Be- oder Entlastung von Frauen oder Männern zustandekommen. Es ist ausserordentlich wichtig, dass wir darüber nachdenken, denn immer wenn eine vergewaltigte Frau solche Vorurteile und Kommentare zu hören bekommt - sei es in ihrer unmittelbaren Umgebung oder im Verlaufe eines Prozesses - fühlt sie sich durch diese falschen Urteile verleugnet, erniedrigt und verletzt. Sie weiss selbst nur zu gut, was geschehen ist, wie alles gekommen ist.

Ich brauche hier nicht zu wiederholen, wie oft wir schon von Frauen gehört haben, dass ein Vergewaltigungsprozess eigentlich wie eine zweite Vergewaltigung sei oder sogar noch schlimmer als das Delikt selbst, weil es hier die Gesellschaft als Ganze ist, die die Frau nicht versteht, ihre Verletzungen nicht anerkennt und die Glaubwürdigkeit ihrer Person bestreitet.

Bevor ich zu diesen Mythen komme, möchte ich aber noch einen kleinen Exkurs in die Vergangenheit machen und an die Geschichte des Tatbestandes der Vergewaltigung erinnern, um Ihnen zu zeigen, wie und aufgrund welcher Voraussetzungen die Vergewaltigung historisch zu einem Rechtsfall wurde.

Seit mehreren tausend Jahren herrscht in fast allen menschlichen Gemeinschaften das Patriarchat als soziales System. Diese soziale Organisationsform beruht auf der väterlichen Gewalt, was gleichbedeutend ist mit männlicher Vorherrschaft und sozialer und rechtlicher Abhängigkeit von Frau und Kindern. Auf diesem Hintergrund ist die Vergewaltigung ins Recht aufgenommen worden, und zwar als ein Eigentumsdelikt, das sich unter Männern als Eigentümern abspielt, wobei die Frau hier das Eigentum darstellt.

So galt etwa in den ersten uns überlieferten Gesetzgebungen der Antike der Grundsatz, dass es zivilisierter und weniger gefährlich sei, einem Familienoberhaupt eine Frau abzukaufen, als sie mit Gewalt zu entführen. Die "kriminelle" Vergewaltigung war also eine Verletzung dieser neuen Art, miteinander ins Geschäft zu kommen. Eine Jungfrau zu vergewaltigen, bedeutete in diesem Sinne, dem Vater das Geld zu rauben, das er beim Verkauf seiner Tochter an den zukünftigen Mann erhalten hätte. Ein weiterer wichtiger Punkt war die unterschiedliche Behandlung, die unverheirateten, bzw. verheirateten Frauen bei einem Vergewaltigungsdelikt widerfuhr: wurde die eine als unschuldig betrachtet, so erwartete die andere dasselbe Los wie ihren Aggressor, da Vergewaltigung als Ehebruch betrachtet wurde.

Es ist also sehr wichtig, zu betonen, dass die Gesetzgebung über die Vergewaltigung von Frauen seit den Anfängen nicht etwa ein Leid oder ein Verbrechen geahndet hat, bei der das Recht der Frau auf körperliche oder psychische Integrität und auf sexuelle Selbstbestimmung zur Debatte gestanden wäre. Es ist vielmehr im Zusammenhang mit dem Eigentumsrecht von Männern an Frauen entstanden. Wie wir noch sehen werden, sind Spuren dieser patriarchalen Rechtsauffassung heute in gewissen Mythen immer noch erkennbar.

Das gängigste und am klarsten durchschaubare Vorurteil lautet, dass die vergewaltigte Frau eine leichtsinnige, provozierend auftretende Person, also eigentlich selber Schuld an ihrem Malheur sei. Dieser Mythos legitimiert nach landläufiger Auffassung die Tat des Vergewaltigers oder entschuldigt ihn zumindest. Es handelt sich hier um ein Werturteil gegenüber der Frau: man wirft ihr ihr Verhalten vor, ihre Art sich darzustellen, sich anzuziehen, und behauptet, dass gewisse Männer darin eine Aufforderung zur Vergewaltigung sehen müssen. Wenn von einer Frau gesagt wird, sie habe eben provoziert, dann wird nicht über die Vergewaltigung, die Straftat geredet, sondern darüber, wie Frauen sich verhalten und was für Rechte gewisse Männer über gewisse Frauen offenbar geniessen.

Wir leben in einer Zeit, in der viel von Frauenemanzipation, von unabhängigen und freien Frauen usw. die Rede ist... Aber jedesmal wenn eine Vergewaltigung geschieht, sagt man der Frau: Du hättest eben nicht Auto-Stop machen dürfen; Du bist selber schuld, wenn Du spät abends alleine durch die Strassen gehst; Du hättest dieses Kleid nicht anziehen, mit diesem Mann nicht sprechen und schon gar nicht Dich von ihm begleiten lassen dürfen... und schon wirft man der Frau ihre Unabhängigkeit vor.

Die Vergewaltigung ist nicht nur eine Zerstörung der physischen und psychischen Integrität der Frau, sondern auch der Moment, in dem sie sich bewusst wird, dass sie nicht gleich behandelt wird und nicht gleich handeln kann wie ein Mann.

Zwei Beispiele mögen dies veranschaulichen:

- Eine junge Frau lernt an einem Fest einen Mann kennen und verbringt den Abend mit ihm, ohne dass es zu Vertraulichkeiten kommt. Sie beschliessen, Adressen von Leuten, die sie in Paris kennen, auszutauschen. Zu diesem Zweck geht sie mit dem Mann nach Hause und betritt dessen Wohnung. Er vergewaltigt sie. Während des Prozesses taucht immer wieder die Frage auf: Warum sind Sie denn überhaupt mit dem Mann in dessen Wohnung gegangen, so spät nachts, wo Sie ihn doch erst ein paar Stunden kannten? Was wollten Sie eigentlich dort? Die Anspielung war klar.

- Eine junge Obdachlose verbringt die Nacht in der Wohnung eines Mannes, den sie am gleichen Abend kennengelernt hat. Beide respektieren ihre Bedürfnisse gegenseitig, d.h. sie verbringen die Nacht schlafend, ohne dass zwischen ihnen etwas gewesen wäre. Am anderen Morgen taucht der Wohnpartner des Mannes auf, verbringt den Tag in seiner Wohnung mit der Obdachlosen und vergewaltigt sie. Als er während des Prozesses befragt wurde, sagte er: "Da ich sie im Bett meines Freundes sah, dachte ich, sie sei ein leichtes Mädchen." Für diesen Mann wie für so viele andere war seine Tat Folge einer Provokation: Ein leichtes Mädchen verdient keine Achtung, man kann frei darüber verfügen.

Wer eine Vergewaltigung mit angeblich provozierendem Verhalten der Frau rechtfertigt, spricht immer auch von der archaischen und patriarchalischen Ansicht des Rechts des Mannes auf die Frau, vor allem auf die leichtlebige Frau, die keine Achtung verdient, die allen gehört: vom Recht auf die, die man Hure nennt.

Ein weiterer Mythos ist derjenige von der naiven, leichtgläubigen Frau. Wird die Vergewaltigte nicht als leichtfertige Frau betrachtet, so wird man von ihr sagen, sie sei halt naiv gewesen. Schliesslich kann man ja nicht alle Frauen als "leichte Mädchen" taxieren: entsprechend ihrer sozialen und beruflichen Stellung, ihrem Alter, werden Frauen anders beurteilt.

Die Behauptung, vergewaltigte Frauen seien entweder leichtlebig oder naiv ist gleichbedeutend mit der Aussage, dass nur eine bestimmte Gruppe von Frauen von der Vergewaltigung betroffen sei, nämlich die, die sich nicht nach den in unseren Gesellschaften geltenden Verhaltensnormen für das weibliche Geschlecht richten. Diese Verhaltensnormen bestehen darin, dass Frauen sich im Hinblick auf all das, was ihnen passieren könnte, Selbstzensur auferlegen.

Die leichtgläubige Frau hat zwar diese Verhaltensregeln nicht befolgt, immerhin rettet ihre Naivität ihr Ansehen: Sie hat es nicht vorsätzlich getan. Trotzdem wird man ihr ihre Naivität vorwerfen, sie hätte es schliesslich wissen müssen: Ihre Unwissenheit ist keine Entschuldigung. So steht sie da als Schuldige, und die Vergewaltigung war

die Strafe dafür, dass sie nicht gewusst hat, dass Männern nicht zu trauen ist.

Es ist wichtig, zu begreifen, dass Frauen sich nicht nur durch den Akt der Vergewaltigung verhöhnt, erniedrigt und in ihrer Selbstachtung verletzt fühlen; sondern auch durch den Verrat, den ein Mann an ihnen begeht, wenn er ihr Vertrauen missbraucht. Denn sehr oft verlaufen Vergewaltigungen nach ähnlichem Muster: Der Vergewaltiger spielt mit dem Vertrauen, das die Frau ihm entgegenbrachte. Dazu kommt, dass die Frau sich zusätzlich dafür schämen muss, wenn die Gesellschaft ihr dieses Vertrauen auch noch als Schuld anrechnet.

Frauen haben also kein Recht, einem Mann zu vertrauen, denn sobald eine Vergewaltigung geschieht, sind sie es, die dafür verantwortlich gemacht werden. Man wird sagen: Wer etwas riskiert, muss mit Folgen rechnen. Das bringt mich auf den Gedanken der sozialen Kontrolle, der die Frauen unterworfen sind: Sie sind nicht frei, ihren Wünschen entsprechend zu handeln. Die Verantwortung dafür, Vergewaltigungen vorzubeugen, wird im allgemeinen den Frauen aufgelastet. So wird ihr Leben beeinträchtigt, zurückgestutzt; es sind immer die Frauen, die sich nach den herrschenden Sitten und Gebräuchen richten und die Drohungen der Männer ernst nehmen müssen.

Als Beispiel für diese Behauptung möchte ich den Versuch des israelischen Staates nenne, für die Frauen ein Ausgehverbot einzuführen. Damit sollten die Frauen angeblich vor Aggressionen geschützt werden. Golda Meir wehrte sich gegen dieses Vorhaben mit dem Argument, dass wenn schon, dann wohl eher ein Ausgehverbot für Männer angebracht wäre. Das kollektive Bewusstsein setzt als selbstverständlich voraus, dass es die Frauen sind, die sich den Lebensweisen der Männer anzupassen haben. Auch wenn es nicht gerade zu einem Ausgehverbot kommt: Die Frauen müssen in ihrem täglichen Leben so tun, als gäbe es eins. Sie gehen abends früher nach Hause, damit sie nicht allein, sondern in Begleitung den Heimweg antreten können, oder weil sie noch den letzten Bus erwischen müssen. Was wir bei "Viol-Secour" erfahrungsgemäss immer wieder an Frauen sehen, ist dieser Verlust an Vertrauen und Spontaneität, insbesondere Männern gegenüber. Die Frauen werden argwöhnisch.

Wenn wir Frauen naives Verhalten vorwerfen, anerkennen wir im gleichen Zug beim Mann eine angeblich so starke Sexualität, dass er sie oft einfach nicht unter Kontrolle halten kann: Das ist der Mythos vom überbordenden Sexualtrieb des Mannes. Oft hören wir einen Vergewaltiger sagen, er wisse nicht, was ihn gepackt haben, er könne es nicht verstehen; es sei einfach so, ganz plötzlich, passiert.

Wie muss man sich in diesem Fall all die vorsätzlichen Handlungen erklären, die ein Vergewaltiger plant, und

die Tatsache, dass Vergewaltigungen immer an solchen Orten geschehen, wo keine Zeugen vorhanden sind? Wie erklärt man sich die Tatsache, dass die Aggression meist genau in dem Moment stattfindet, wo der Mann die Frau soweit hat, dass sie ihm vertraut und sie von der Tat völlig überrumpelt wird? Wie können wir damit erklären, dass vergewaltigte Frauen das Gefühl haben, in eine Art Spinnennetz hineingeraten zu sein, das sie unausweichlich dorthin führte, wo die Vergewaltigung erst möglich war?

Folgende Beispiele sagen darüber einiges aus:

- Eine Frau wird von einem Mann, dem sie früher bereits einmal begegnet ist und den sie flüchtig kennt, zu einem Apéritiv eingeladen. Unterwegs zwingt er sie plötzlich in den Keller eines Hauses. Dieser Mann wurde nicht unvermittelt von einem überstarken Trieb geplagt, er hat seine Tat vorsätzlich geplant; er kannte diesen Keller bereits, weil er dort nämlich schon andere Frauen vergewaltigt hatte. Nachdem er die Frau ungefähr eingeschätzt und ihr Vertrauen gewonnen hatte, rechnete er damit, dass er bei der Vergewaltigung vom Überraschungseffekt profitieren könnte.

- Ein anderes Beispiel einer Vergewaltigung: Es handelt sich um einen Mann, der Autobussen folgte und jedesmal, wenn er eine Frau aussteigen und in eine unübersichtliche, enge Seitenstrasse einbiegen sah, zuschlug und die Frau vergewaltigte. Auch für diesen Mann gilt die Frage: Hat er nicht vorsätzlich gehandelt, die günstigste Gelegenheit für die Tat abgewartet?

Die Verlängerung der Vorstellung von einem unkontrollierten Sexualtrieb des Mannes finden wir im Mythos, der besagt, dass die Vergewaltiger ein kranker Mann sei. Ich will damit nicht behaupten, dass Vergewaltiger nicht auch krank sein können; es ist sicher möglich, dass ein Vergewaltiger psychisch gestört ist. Das heisst aber noch lange nicht, dass eine eindeutige ursächliche Verbindung zwischen dieser Störung und der Tat besteht. Es geht dabei eher um ein Nebeneinander der Phänomene: Dieser Mann ist krank, und er hat eine Vergewaltigung begangen, und nicht: Dieser Mann hat vergewaltigt, weil er krank ist. Aber abgesehen von der Tatsache, dass wir es mit einem psychisch gestörten Mann zu tun haben können, bin ich überzeugt davon, dass Vergewaltiger nicht per definitionem krank sind.

Dafür gibt es meiner Ansicht nach mehrere Gründe. Zum Beispiel den, dass bei Vergewaltigungsprozessen psychiatrische Gutachten meist nur dann gefragt sind, wenn sich nichts finden lässt, was gegen die Frau sprechen und so den Angeklagten entlasten würde. Der Verteidigung bleibt dann kein anderer Ausweg als auf die Karte gestörten psychischen Verhaltens zu setzen, um den Vergewaltiger zu entlasten und das Strafmass hinunterzusetzen.

Von dem Moment an ist es Sache des Psychiaters, einen psychischen Defekt nachzuweisen, der für mildernde Umstände, für beschränkte oder nur teilweise vorhandene Zurechnungsfähigkeit des Betroffenen in Betracht gezogen werden könnte. Ich rede bewusst von psychischem "Defekt", weil, wie wir noch sehen werden, die Argumente vieler Psychiater meiner Ansicht nach ziemlich schwach sind.

Nehmen wir zum Beispiel den Psychiater, der erklärt, der Vergewaltiger leide an einer krankhaften Schädigung durch Alkoholeinfluss. Dieser Mann hatte zum Zeitpunkt der Tat 0,5 Promille Alkohol im Blut. Zum Vergleich: Die Strassenverkehrsordnung schreibt vor, dass der Alkoholgehalt höchstens 0,8 Promille betragen darf. Ein weiteres Beispiel ist das eines Psychiaters, der während des Prozesses erklärte, sein Vergewaltiger könne mit Frustrationen nicht umgehen seit seine Mutter ihm als Kind den Genuss von Schokolade verboten habe.

In anderen Fällen werden die Psychiater von unglücklicher Kindheit, schädigenden Einflüssen der Umgebung, von der Unreife oder von der sexuellen und affektiven Misere eines Mannes sprechen usw... Ich stelle diese psychiatrischen Befunde nicht in Frage, aber sie können keinesfalls als Entschuldigungen gelten, als Argumente zur Entlastung von Vergewaltigern. Tatsächlich werden wir alle bei uns Frustrationen und ähnliche Mängel finden, ohne dass wir deshalb gleich kriminell werden.

Dazu kommt, dass man uns durch solche Entschuldigungen und Pseudo-Krankheiten vormachen will, dass diese Tat nur von einer Minderheit anormaler Individuen begangen werde. Auf diese Weise wird die Gesellschaft nicht in Frage gestellt; das Uebel wird nicht als soziales Phänomen im Zusammenhang mit den bestehenden Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern begriffen, sondern auf ein individuelles Phänomen reduziert, das nur bei einigen abnormalen Individuen auftritt.

Ich möchte schliesslich noch auf einen letzten Mythos zu sprechen kommen: Es handelt sich um denjenigen des unbekannten Vergewaltigers, der sich in den Köpfen vieler Frauen und Männer hartnäckig aufrechterhält. Aber die Wirklichkeit sieht auch da ganz anders aus.

Bei den vielen Aussagen, die wir bei "Viol-Secours" hören konnten, war der Vergewaltiger Chef eines Unternehmens, Arbeiter, Angestellter, Techniker, höherer Beamter einer internationalen Organisation, Psychologe, Therapeut usw... es handelte sich um Männer, welche die betreffende Frau seit einer gewissen Zeit mehr oder weniger gut kannten. Warum also, werden Sie fragen, sind denn alle die Männer, die effektiv wegen Vergewaltigung vor Gericht kommen, im Allgemeinen meist Ausländer aus der Unterschicht, die die Frauen nicht kennen oder erst am selben Abend kennengelernt haben? Ich glaube, Frauen merken, welche Risiken sie eingehen, wenn sie Männer anzeigen, die eine höhere soziale Position einnehmen oder mit denen sie beruflich oder therapeutisch

zu tun haben... sie wissen, dass eine Aura der Respektabilität diese Männer unangreifbar macht; man würde ihnen (den Frauen) keinen Glauben schenken. Wenn sie den Mut zu einer Anzeige haben, wird das Verfahren meist eingestellt, und es werden grosse Entschädigungssummen geboten. Das Problem besteht darin, dass diese Seite der Realität der Öffentlichkeit verborgen bleibt; es ist denn auch so, dass die Frauen und die Justiz über solche Geschichten lieber schweigen.

Man ist gerne bereit zuzugeben, dass Vergewaltiger kranke Menschen sind, Männer denen es nicht gut geht und die ihre körperliche Ueberlegenheit missbrauchen, um Frauen einzuschüchtern. Mann nimmt an, dass die Vergewaltiger Ausnahmefälle sind. Die übrigen Vergewaltigungen werden geleugnet. Es ist, als gäbe es sie nicht, nur weil sie nach anderen Mustern ablaufen: Ein Vorgesetzter zum Beispiel braucht nicht Gewalt anzuwenden, um eine Frau zu vergewaltigen, die Erpressung durch Androhung einer Entlassung genügt oft. Oder dann gibt es, wie wir bei "Viol-Secours" oft erfahren haben, den Therapeuten, der seine Klientin missbraucht unter dem Vorwand, dass dies für den Erfolg der Behandlung erforderlich sei.

Ich möchte zwei Beispiele dazu angeben, Fälle, die glücklicherweise ein gutes Ende genommen haben:

Eine Frau kündigte ihrem Chiropraktiker während der Behandlung an, das sie die Behandlung bei ihm nicht fortzusetzen wünsche, da sie keine Besserung ihres Zustandes merke. Als sie sich umziehen wollte, legte der Chiropraktiker seine Hände auf die Brüste der Frau und fragte sie, ob sie so auch keine Besserung verspüre... die Frau reagierte rasch, worauf er ihr antwortete, sie müsste dazu halt schon etwas weniger "verklemmt" sein.

Ein junges Mädchen mit sexuellen Problemen ging zum Psychologen. Dieser forderte sie auf, sich auszuziehen, um der Sache auf den Grund zu gehen. Das unerfahrene Mädchen tat, wie ihr geheissen und reagierte erst in dem Moment, wo der Mann, nachdem er seine Hose ausgezogen hatte - um sich, wie er sagte, wohler zu fühlen - versuchte, sie an sich zu ziehen.

Wie ich Ihnen in meinem Beitrag gezeigt habe, beruhen die landläufigen Meinungen über Vergewaltigung auf sexistischen Vorurteilen, die Frauen unterdrücken und Vergewaltiger entlasten.

Vergewaltigung an Frauen wird verharmlost, wenn man einseitig das Privatleben und die Handlungsfreiheit der Frauen angreift: Das Recht der Frau auf sexuelle Selbstbestimmung wird verleugnet, das sexuelle Verhalten der Männer jedoch zur Norm erklärt, ein Verhalten, das mit einem gewissen Grad an physischer Gewalt und dem Recht der Männer, über Frauen zu verfügen, verbunden erscheint. Darüber hinaus macht man aus der Vergewaltigung eine Sache, die nur einige wenige, abnorme

Individuen betrifft.

Auf diese Weise wird das wirkliche Problem, das mit der Vergewaltigung verbunden ist, gar nicht zur Kenntnis genommen: Die Tatsache, dass es sich um ein soziales Problem in einer patriarchalen Gesellschaft handelt.

(Uebersetzung: Stefanie Brander)

159. Adolf Wissel, Kahlenberger Bauernfamilie, GDK 1939



Aus: Kunst im 3. Reich. Dokumente der Unterwerfung. Frankfurter Kunstverein, 1974

VIOLENCE SEXUELLE: LA RÉALITÉ DES PRÉJUGÉS

Par Carmen Grela

J'aimerais à travers cette intervention montrer que les idées qui circulent sur le viol reposent sur des mythes que chacun de nous a intégrés. Ce sont des idées fausses liées en l'occurrence aux représentations que nous nous faisons des femmes et de hommes dans nos sociétés. Mon analyse se base particulièrement sur l'expérience que j'ai acquise à Viol-Secours, à travers les témoignages de femmes, mais également à travers les différents procès pour viol que j'ai suivis.

En effet les tribunaux sont le lieu par excellence où ces mythes sont brassés afin de culpabiliser ou de déculpabiliser la femme ou l'homme. Il est primordial qu'une réflexion ait lieu sur ce sujet, car lorsqu'une femme violée entend ces préjugés, ce genre de commentaires, que ce soit de la part de son entourage ou lors d'un procès, elle se sent blessée, niée, humiliée par ces jugements erronés. Elle ne sait que trop bien ce qui s'est passé, comment les choses sont arrivées.

Combien de fois n'avons nous pas entendu de la part de ces femmes qu'un procès pour viol était comme un deuxième viol ou pire que le viol lui-même, car là c'est la société entière qui ne reconnaît pas ses blessures, qui ne la comprend pas, qui la nie dans ce qu'elle a vécu.

Avant de parler des mythes j'aimerais faire un petit retour en arrière sur l'histoire du viol, afin de vous montrer comment et à partir de quelle conception le viol est entré dans la loi.

Depuis plusieurs millénaires le système social qui prévaut dans presque toutes les communautés humaines est celui que l'on appelle le patriarcat. C'est une organisation sociale basée sur la puissance paternelle, qui implique l'autorité mâle et la dépendance sociale et légale de la femme et des enfants. C'est à partir de cette conception que le viol est entré dans la loi, comme un crime de lèse-propiété de l'homme contre l'homme, les femmes étant bien entendu considérées comme la propriété. En effet, il était prescrit dans les premières lois de l'Antiquité qui nous sont parvenues qu'au lieu de capturer les femmes par la force, il était plus civilisé et moins dangereux de donner de l'argent au chef de famille pour acquérir la femme désirée. Le viol "criminel" était donc la violation de cette nouvelle manière de faire des affaires.

Car violer une fille vierge, par exemple, signifiait qu'on volait l'argent que le père se serait approprié en vendant sa fille au futur mari. Un autre point important était la différence de traitement entre une femme non mariée,

donc vierge, et une femme mariée: la première était considérée innocente, la deuxième partageait le même sort que son assaillant, le viol étant considéré comme adultère.

Il est donc très important de souligner que, dès le début, la législation concernant les viols de femmes s'est construite non pas autour de la souffrance et du crime, pour le droit des femmes à leur intégrité corporelle et psychique et à leur autodétermination sexuelle, mais autour du droit de propriété des hommes sur les femmes. Comme nous allons le voir, cette conception patriarcale du droit des hommes sur les femmes est de nos jours encore décelable à travers certains mythes.

Le plus commun et flagrant de ces mythes est celui qui qualifie la femme violée de femme facile, provocante, qui dit qu'elle l'a bien cherché. Ce mythe, aux yeux de bien des personnes, justifie l'acte du violeur ou alors le déculpabilise. Il s'agit ici d'un jugement de valeur sur la femme; on reproche à la femme sa conduite, ses attitudes, sa façon de s'habiller comme s'ils étaient un appel au viol dans l'esprit de certains hommes. Dire d'une femme qu'elle a été provocante ne pose pas la question du viol, du crime, mais renvoie d'une part au comportement des femmes, et d'autre part au droit que certains hommes considèrent avoir sur certaines femmes. Nous vivons à une époque où l'on parle de libération des femmes, de femme indépendante et libre etc... Néanmoins lorsqu'un viol survient, la femme est coupable d'avoir fait de l'auto-stop, de s'être baladée seule tard le soir, de porter tel vêtement, d'avoir suivi un homme quelque part etc... Du coup son indépendance lui est reprochée.

Le viol est non seulement la destruction de l'intégrité physique et psychique d'une femme, mais c'est également le moment où elle prend conscience du traitement inégal qu'elle subit. Dans ce cas-ci, on la rend coupable de ce qui lui est arrivé.

Deux exemples pour illustrer cela:

Une jeune femme rencontre un homme lors d'une fête et passe la soirée avec lui sans aucun quiproquo. Ils décident de s'échanger l'adresse d'une personne à Paris... Pour cela, ils doivent se rendre chez l'homme. La jeune femme monte dans l'appartement de l'homme et là, il la viole. Lors du procès, l'argument qui est revenu très souvent était "mais pour quelle raison était-elle montée chez cet homme; si tard dans la nuit, alors qu'elle ne le connaissait que depuis quelques heures? qu'allait-elle donc chercher? L'insinuation était claire.

Une jeune femme, n'ayant où aller dormir, passe la nuit chez un homme qu'elle a rencontré le soir même. Chacun respectant les désirs de l'autre, ils passent la nuit à dormir et rien d'autre. Le lendemain, l'ami partageant l'appartement avec l'homme passe la journée avec la jeune femme et la viole. L'argument lors du procès allait être "l'ayant vue dans le lit de mon ami, j'ai pensé que

c'était une fille légère". Pour cet homme et bien d'autres, le geste était une provocation: une fille légère pour qui on n'a pas à avoir de respect et dont on peut disposer à volonté.

Justifier l'acte de viol par la soi-disante provocation d'une femme, c'est également parler de cette conception archaïque et patriarcale du droit des hommes sur les femmes, et en particulier sur cette femme non respectable, facile, qui appartient à tous les hommes: celle que l'on appelle putain.

Un autre de ces mythes tenaces est celui de la femme naïve. Si la femme violée n'est pas considérée comme une femme facile, on dit qu'elle a été naïve. On ne peut en évidence traiter toutes les femmes de femme facile: leur statut, leur position sociale, leur profession, leur âge seront pris en considération pour les qualifier.

Dire d'une femme violée que c'est une femme facile ou une femme naïve, c'est dire que le viol n'arrive qu'à certaines femmes, qu'à celles qui ne respectent pas, et ne suivent pas les normes de conduites édictées par la société pour les femmes. Normes de conduites qui consistent à se censurer en fonction de tout ce qui pourrait arriver.

La femme naïve n'a pas suivi ces normes de conduite, mais sa naïveté sauve sa respectabilité: elle n'a pas agi délibérément. Néanmoins, sa naïveté lui est reprochée, elle aurait dû savoir. Son ignorance est inadmissible. Elle reste là fautive et punie par le viol de n'avoir pas su qu'il faut se méfier des hommes.

Il faut savoir que la femme se sent bafouée, humiliée et blessée dans son estime de soi, non seulement par le viol, mais aussi par la trahison de la confiance qu'elle a mise sur un homme à un moment donné. Car telles sont bien souvent les circonstances qui caractérisent bon nombre de viols: le violeur s'est joué de la confiance que la femme avait en lui. De plus, lorsque la société la juge coupable de cette confiance, elle est d'autant plus humiliée. Les femmes n'ont pas le droit de croire en quelqu'un, car si un viol a lieu, elles en sont responsables; on dira que puisqu'elles ont pris des risques, c'est à elles de les assumer. Ceci m'amène à l'idée du contrôle social des femmes: les femmes ne sont pas libres d'agir comme elles l'entendent. La responsabilité de prévenir le viol leur est généralement attribué. C'est ainsi que leur manière de vivre en est altérée; ce sont en fait les femmes qui doivent se plier aux moeurs, aux menaces des hommes.

Afin d'appuyer ce que je viens de dire, je citerai l'exemple d'Israël qui décida un jour d'instaurer un couvre-feu pour les femmes afin de les protéger, disait-on, des agressions. Golda Mehr s'était insurgée contre cette décision en disant que si un couvre-feu devait être instauré, il devait l'être pour les hommes et non pour les femmes. Dans la conscience collective c'est en fait toujours aux femmes à se plier aux manières de vivre des hommes. Même si aucun couvre-feu n'est décrété, la réalité des femmes est la même; elles vivent comme s'il y en avait un. La femme rentrera plus tôt lors d'une soirée

pour ne pas rentrer seule, mais accompagnée, ou alors pour se dépêcher de prendre le dernier bus par exemple. Une constante que nous retrouvons à Viol-Secours chez les femmes que nous rencontrons, c'est la perte de confiance et de spontanéité dans les rapports avec les hommes particulièrement. Les femmes deviennent méfiantes.

Reprocher aux femmes leur naïveté est lié au fait que l'on reconnaît à l'homme une sexualité si grande qu'il ne peut parfois la contrôler; c'est le mythe de la pulsion sexuelle incontrôlable chez l'homme. Souvent on entend l'homme violeur dire qu'il ne sait pas ce qui l'a pris, qu'il ne comprend pas: c'est arrivé comme ça tout soudain. Alors comment expliquer la préméditation avec laquelle le violeur agit, comment expliquer que les viols ont toujours lieu dans des endroits retirés, sans témoin; comment expliquer que l'agression arrive généralement au moment même où la femme mise en confiance par l'homme est complètement décontenancée par ce qui lui arrive? Comment expliquer ce sentiment chez les femmes violées qu'une toile d'araignée a été tissée autour d'elles afin de les mener là où le viol serait possible? Les exemples suivants sont significatifs:

Une femme est invitée à aller boire un apéritif par un homme qu'elle a déjà rencontré auparavant dans d'autres circonstances. Sur le chemin il l'entraîne soudain de force dans la cave d'un immeuble. Cet homme n'a pas tout d'un coup été pris d'une pulsion incontrôlable, mais a prémédité son acte; il connaissait en effet la cave pour y avoir déjà violé d'autres femmes. Après avoir vu un peu comment était la femme, après l'avoir mise en confiance, il agit profitant de l'effet de surprise.

Autre cas de viol: cet homme qui suivait les bus et qui, lorsqu'il voyait une femme seule en descendre et emprunter une petite rue sombre, l'agressait et la violait. Là aussi qu'est-ce d'autre que de la préméditation, que l'attente du moment idéal pour agir?

En prolongation à cette idée de pulsion sexuelle incontrôlable arrive le mythe que le violeur est un homme malade. Loin de moi l'idée qu'un violeur ne peut être malade; il est en effet possible qu'un violeur présente des troubles psychiatriques. Cependant ceci ne signifie pas pour autant qu'il y a une relation de cause à effet entre le trouble et l'acte, mais plutôt une relation d'équivalence: cet homme est malade et il a violé, et non pas cet homme a violé parce qu'il est malade. Néanmoins à part cette éventualité de se trouver face à un homme présentant des troubles psychiatriques, je persiste à croire que les violeurs ne sont pas, par définition, des malades.

Différentes choses m'amènent à cette conclusion. Par exemple, lors de procès pour viol, il apparaît que l'expertise psychiatrique n'est demandée que lorsqu'aucun argument, qui justifierait l'acte de l'agresseur, ne peut être retenu contre la femme. Il ne reste donc à l'avocat de la défense qu'à jouer la carte de la maladie, ce qui déresponsabilise le violeur et atténue la peine.

A partir de là, c'est au psychiatre de trouver un quelconque défaut qui permettrait de considérer des circonstances atténuantes, une responsabilité restreinte ou partielle du violeur. Je dis bien défaut, car comme vous allez le voir, les arguments des psychiatres sont parfois bien faibles à mon avis.

L'exemple d'un psychiatre qui déclare que le violeur souffre d'une alcoolémie malade, celui-ci ayant un taux d'alcool dans le sang de 0,5 o/oo lors de l'agression. Je vous signale au passage que le taux d'alcoolémie dans le code de circulation ne doit pas dépasser 0,8 o/oo. Autre exemple, celui d'un psychiatre qui invoque lors d'un procès l'impossibilité pour le violeur de vivre des frustrations, ceci dit-il, depuis que sa mère lui refusait du chocolat.

Dans d'autres cas, les psychiatres parleront d'une enfance malheureuse, d'un environnement néfaste, d'un homme un peu immature ou alors d'un homme vivant une misère sexuelle et affective etc... Je ne mets pas en cause les observations des psychiatres, mais elles ne sont en aucun cas des excuses, des arguments pouvant déresponsabiliser les violeurs. En effet, d'une part, on peut trouver des frustrations, des manques similaires chez chacun-e de nous, sans que ceux-ci nous mènent pour autant à des actes criminels, et d'autre part, on nous fait croire à travers ces excuses, ces pseudo-maladies que cet acte est commis par une minorité d'individus anormaux. Ainsi la société n'est pas remise en cause; ce fléau n'est pas considéré comme un phénomène social lié à des rapports de pouvoir entre les femmes et les hommes, mais est réduit à un problème individuel qui ne peut apparaître que chez quelques individus déviants. Je terminerai par un dernier mythe, celui du violeur inconnu, qui persiste dans l'imaginaire des femmes et des hommes. Cependant la réalité ne se résume pas à cela. Bien au contraire.

A travers tous les témoignages que nous avons reçu à Viol-Secours, le violeur est patron d'entreprise, ouvrier, technicien, haut fonctionnaire international, psychologue, thérapeute etc...: en fait, des hommes ayant eu un contact plus ou moins long et important avec la femme.

Alors pourquoi, direz-vous, les personnes inculpées pour viol sont généralement des hommes étrangers, au niveau économique bas, inconnu de la femme ou ne la connaissant que depuis la soirée? Je pense que les femmes sentent qu'elles encourent des risques à dénoncer un homme qui a une position sociale élevée ou qui entretient avec elle une relation professionnelle ou thérapeutique... Elle sait que l'aurole de respectabilité rend ces hommes-là intouchables; on ne la croirait pas.

Lorsqu'elle a le courage de déposer plainte, l'affaire est classée en cours de procédure et de grosses sommes d'argent lui sont présentées.

Le problème réside dans le fait que cette réalité n'est pas connue du public; en effet les femmes et la justice gardent ces histoires-là sous silence.

Ce qui est reconnu, c'est que les violeurs sont des êtres malades, des êtres mal dans leur peau, qui utilisent la force physique pour intimider les femmes. On admet que

les violeurs sont des exceptions. Les autres viols sont niés. C'est comme s'ils n'existaient pas; alors qu'ils sont commis d'une façon différente: un patron par exemple n'a pas besoin d'utiliser la force pour violer une femme, le chantage à l'emploi peut suffire. Ou alors, comme nous en avons eu connaissance à plusieurs reprises à Viol-Secours, c'est un thérapeute qui abuse de sa cliente sous prétexte que le geste est nécessaire pour la réussite du traitement.

Je citerai deux exemples rencontrés à Viol-Secours qui se sont heureusement bien terminés:

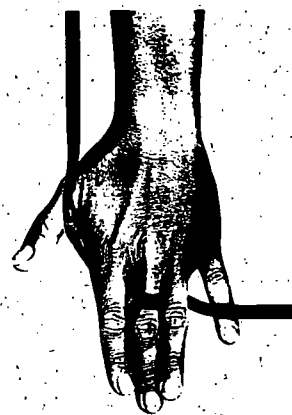
Lors d'une séance chez son chiropraticien, une femme annonce à ce dernier qu'elle ne perçoit aucun changement à son état, et qu'elle pense cesser ces rendez-vous. Au moment de se r'habiller le chiropraticien place ses deux mains sur les seins de femme et lui demande si ainsi elle ne remarque pas une amélioration... La femme réagit et l'homme réplique qu'il faudrait déjà qu'elle commence par se "décoincer"...

Une jeune fille ayant des problèmes sexuels se rend chez un psychologue. Celui-ci lui demande de se déshabiller afin de voir ce qu'il en est. La jeune fille inexpérimentée s'exécute et ne réagit qu'au moment où ce dernier ayant enlevé son pantalon afin de se sentir plus à l'aise, dit-il, se plaque contre elle.

Comme je viens de vous montrer tout au long de cette intervention, les idées qui circulent sur le viol reposent sur des préjugés sexistes qui oppriment les femmes et déculpabilisent les violeurs.

Le viol des femmes est banalisé car, d'une part, on s'attaque à la vie privée et à la liberté d'action des femmes: on nie le droit des femmes à leur autodétermination sexuelle, et d'autre part, on normalise un comportement sexuel masculin qui contient précisément une certaine dose de violence physique et qui implique le droit des hommes de disposer des femmes. En plus le viol est réduit à quelques individus déviants.

C'est ainsi qu'on ne tient pas compte du réel problème qu'est le viol: un problème social dans une société patriarcale.



S
OLIDARITE
FEMMES

Qu'est ce que
la violence
conjugale?

FORMATION DES INTERVENANT-E-S FACE AUX VIOLENCES SEXUELLES

Par Marie France Casalis, Planing familial, Paris
(Extrait)

Dans l'ensemble de l'Europe émerge de plus en plus la dénonciation des violences sexuelles perpétrées contre les femmes dès leur plus jeune âge.

Poser publiquement un problème implique que l'on s'efforce d'élaborer une action et des moyens de réponse et de prévention. Suivant les pays, ce travail a débuté soit à partir des années 1970 soit plus récemment, les pays anglo-saxons ayant en moyenne 10 à 15 ans d'avance sur les pays latins.

En ce qui concerne les associations de planing familial (A.P.F.), un premier séminaire européen sur le viol en 1984 regroupait à la fois des associations pouvant rendre compte d'une pratique et d'une réflexion et d'autres pour qui ce fut le point de départ d'une réflexion, et de nouvelles pratiques. Un second séminaire européen s'est tenu en décembre 1988 sur les viols par inceste qui a permis de mesurer l'extension de ces préoccupations et des actions des APF dans ce domaine.

Dans des sociétés où la violence publique est de plus en plus dénoncée, les violences privées restent encore cachées et traitées différemment.

Il a tellement été dit et répété aux femmes qu'elles étaient coupables d'être agressées sexuellement, violées, battues, maltraitées, qu'elles ont honte des crimes dont elles sont les victimes et qu'elles les taisent. Elles se taisent encore davantage lorsque de violeur ou l'agresseur a autorité sur elles, ou vit quotidiennement avec elles (père, beau-père, oncle, frère, conjoint, compagnon, patron, chef, etc.) ou qu'un lien affectif existe, ou a existé, avec lui.

Par exemple, parmi les appels reçus à Paris par la permanence téléphonique Viols Femmes Informations tenue par le Collectif féministe contre le viol, 35% des femmes n'avaient parlé à personne de l'agression sexuelle qu'elles avaient subie. Dans le même groupe d'appels, plus de 75% (75,5%) n'avaient pas vu de médecin. Et près de 80% (77,36%) n'avaient pas dénoncé les faits à la police et ne pensaient pas le faire.

Prendre conscience de l'importance des viols et violences subis dans la souffrance et la détresse est un préalable essentiel à toute démarche d'accueil.

Ce silence et cet isolement doivent nous rendre

particulièrement exigeantes sur notre attitude et nos comportements en matière d'accueil et de soutien. La prise de parole et les témoignages des femmes qui révèlent les violences qu'elles ont subies constituent l'élément le plus formateur pour celles et ceux que leurs engagements ou leurs fonctions mettent en situation d'accueil.

* * * *

Les formes de violences exercées contre les femmes sont diverses: agressions sexuelles, viols, violences maritales, harcèlement sexuel, mutilations du sexe, mariages forcés et enlèvements, exploitation sexuelle, prostitution, exploitation pornographique.

Ces violences sont multiples et d'une fréquence effrayante dans nos sociétés dites civilisées. Les chiffres disponibles ne recouvrent qu'une très faible partie des faits, qu'ils proviennent du recueil des plaintes déposées auprès des forces de police, des centres médicaux ou des mouvements féministes militants dont les moyens restent dérisoires face à l'ensemble social.

Les violences commises à l'encontre des femmes traduisent en actes l'autorisation sous-jacente de notre société à dominer, asservir, contrôler les femmes et le corps des femmes quel que soit leur âge. Les femmes doivent se plier au désir de l'homme, elles sont l'objet de son plaisir, proies à prendre, à posséder, à acheter, à vendre. La persistance de ces notions archaïques entre en pleine contradiction avec la réalité et les images actuelles de femmes qui se libèrent et revendiquent une pleine égalité.

Aujourd'hui, à partir de la parole des femmes qui dénoncent ces violences, il devient possible de mieux connaître ces réalités afin de répondre aux besoins de celles qui sont victimes et de concevoir les moyens d'une réelle prévention de ces crimes.

ACCUEIL DES FEMMES VICTIMES DE VIOLENCES

L'objet de l'accueil des femmes victimes d'agressions et de viols est de mettre à leur disposition l'assistance dont elles ont besoin pour surmonter les traumatismes subis, envisager les suites à donner et retrouver leur équilibre de vie.

Pour les mouvements féministes, tels que le MFPP, cet accueil et cette écoute sont indispensables pour élaborer réflexion et théorisation de l'oppression sexuelle des femmes, la dénoncer et construire des initiatives efficaces de solidarité et de prévention.

Des différences importantes caractérisent cet accueil selon qu'il est assuré par un-e intervenant-e de la police, du secteur médical ou social ou tout simplement d'un-e ami-e ou de l'entourage.

Mais, quelle que soit sa fonction, l'intervenant-e doit avoir préalablement pris conscience du rôle qui lui est imparti, des limites de son action et de ses possibilités, de l'existence des divers intervenants concernés par ces faits comme de leur spécificité respective.

Tout doit être fait pour éviter à celle qui a subi ces violences d'être amenée à exposer inutilement les circonstances des agressions. La préoccupation constante de l'intervenant-e doit être de se mettre à la disposition de celle qui s'adresse à lui ou elle pour faire prendre conscience, développer et renforcer ses capacités à surmonter la réalité des violences perpétrées contre elle par l'agresseur.

Pour exercer un contrôle sur ses propres réactions et guider l'entretien, il est nécessaire de:

- 1) savoir et comprendre ce que sont les violences sexuelles commises contre les femmes,
- 2) savoir et comprendre l'impact de ces violences sur celles qui les subissent;
- 3) connaître les conséquences qu'entraînent viols et violences;
- 4) avoir présentes à l'esprit des formidables ressources que les femmes peuvent mettre en oeuvre pour retrouver leur vie.

Le temps écoulé entre l'agression et l'accueil est également à prendre en compte notamment pour ce qui concerne les décisions à prendre au niveau médical et judiciaire. Cependant, il faut savoir que les temps n'apportent pas l'oubli. Viols et violences ne s'effacent pas. Certes, la volonté ou la nécessité de survivre peut, des années durant, maîtriser la dramatique souffrance liée aux viols et agressions subis dans le secret. Ce secret peut se maintenir pendant des décennies, pour certaines, tout au long de la vie, particulièrement quand il s'agit de viols par inceste.

La femme qui s'exprime alors a besoin dans la plus grande urgence d'être écoutée et accueillie à ce moment-là de sa vie.

En matière de violences sexuelles, il ne s'agit jamais d'une "vieille histoire".

QUELQUES CARACTÉRISTIQUES DES VIOLS ET VIOLENCES SEXUELLES ET LEUR INCIDENCE

Avant de considérer ces faits, il est nécessaire d'avoir à l'esprit le contexte patriarcal dans lequel agissent les agresseurs, contexte d'une telle prégnance, malgré les évolutions culturelles contemporaines, qu'il influe considérablement sur les réactions des victimes et sur le

traitement social de ces questions.

Dans tous nos pays, le viol est condamné comme un crime, théoriquement (mais pas le violeur comme un criminel!) Le violeur, par son acte, se met donc hors la loi, hors du groupe. Sa victime se ressent comme expulsée du groupe social, sans qu'elle ait d'aucune façon pris part à cette rupture.

Sa volonté de violer cette femme rend le violeur sourd à sa victime. Il la prive alors de son identité, de sa volonté, de sa liberté. Les coups portés au visage marquent sa tentative de déshumaniser celle qu'il veut maîtriser, dominer, posséder. La force de l'agresseur est toute entière centrée sur la destruction de la femme, une terrible angoisse de mort saisit alors celle-ci, la paralyse, la prive des moyens de se défendre soit dès le début de l'attaque, soit après ses multiples tentatives et les réactions souvent terribles de l'agresseur.

Toutes les femmes qui ont été victimes de ces agressions expriment à la fois ce risque de mort et la terrible peur qu'elles en ressentent. La rupture complète de tout ce qui est échange (langage, sentiments, gestes, perceptions) nie pour la femme sa dimension personnelle, sa vie même.

Parce que le violeur fait d'elle un objet, sa victime, privée d'elle-même, s'engloutit dans la honte. Privée de sa parole, elle n'est plus sujet. Cet anéantissement prolongera durablement le préjudice subi si personne avec elle ne participe à ses efforts pour reconstruire ce que viols et violences ont détruit et retrouver son identité.

La gravité du vécu que certains experts (comme le Dr. Liliane Daligand à Lyon ou le Dr. Odille Diamant-Berger à Paris) qualifient de "vécu mortifère" ne dépend pas uniquement du degré de violence des sévices imposés, mais de leur essence même: la volonté de tuer une femme, cette femme; volonté vécue par la victime dans ce qui lui est imposé.

La sensation d'être souillée, la culpabilité, la terreur, le besoin permanent de se laver, de se rendre propre, toutes les femmes le vivent et nous le disent.

La remémoration incessante de l'agression, des agressions, la répétition des mots de l'agresseur, l'inscription des images et des gestes dans la mémoire, autant de blessures profondes qu'il faudra examiner, soigner et guérir pour mettre fin à l'impossibilité de sommeil, à l'absence de désir sexuel, à la persistance d'un désespoir dépressif réactivé d'autoculpabilisation permanente.

WIE MIT DEM PROBLEM DER SEXUELLEN GEWALT UMGEHEN?

EIN LEITFADEN FÜR BETROFFENE (AUSZUG AUS EINEM LÄNGEREN REFERAT)

von Marie-France Casalis, Familienplanungsstelle, Paris

Die Frage der sexuellen Gewalt, der Frauen von frühester Kindheit an ausgesetzt sind, findet gegenwärtig in ganz Europa zunehmend Beachtung.

Wenn wir heute öffentlich darüber diskutieren, bedeutet das, dass wir uns überlegen müssen, mit welchen Mitteln wir hier eingreifen können, welche vorbeugenden Massnahmen zu treffen sind. Diese Arbeit ist in einigen Ländern bereits in den 70er Jahren in Angriff genommen worden, in anderen erst vor kurzen, wobei die angelsächsischen Länder den romanischen Ländern durchschnittlich um 10-15 Jahre voraus sind.

Verschiedene Vereinigungen von Familienplanungsstellen haben 1984 erstmals ein europäisches Seminar über Vergewaltigung durchgeführt. Daran beteiligten sich sowohl Vereinigungen mit entsprechenden Erfahrungen und Konzepten, als auch solche, die damals erst anfangen, sich mit dem Problem zu beschäftigen und versuchten, neue Handlungsstrategien zu entwickeln. Ein zweites europäisches Seminar fand 1988 zum Thema Vergewaltigung und Inzest statt und erlaubte eine Einschätzung der vordringlichsten Probleme und Aufgaben in dieser Sache. In allen Gesellschaften, in denen Gewalt im öffentlichen Leben eine immer grössere Rolle spielt, bleibt die Gewalt im Privatbereich immer noch verborgen und wird entsprechend anders behandelt.

Man hat den Frauen so lange eingeredet, sie seien selber schuld, wenn sie sexuell angegriffen, vergewaltigt, geschlagen und misshandelt werden, dass sie sich der Übergriffe, deren Opfer sie sind, meist schämen und sie verschweigen. Sie schweigen umso mehr, wenn der Vergewaltiger oder der Aggressor eine Machtposition innehat oder sie im Alltag mit ihm zusammenleben müssen (Vater, Schwiegervater, Onkel, Bruder, Ehemann, Gefährte, Vorgesetzter, Chef usw.) und eine emotionale Bindung zum Mann besteht oder bestanden hat.

Ein Beispiel: 35% der Frauen, die das Notteléfono "Viols, Femmes, Informations" vom feministischen Kollektiv gegen Vergewaltigung benützten, haben vorher noch mit niemandem über die sexuelle Gewalt, die sie erlebt hatten, gesprochen. In der gleichen Gruppe haben über 75% (75,5%) der Frauen keinen Arzt aufgesucht. Und annähernd 80% (77,36%) sind nicht für eine Anzeige zur

Polizei gegangen und wollten dies auch nicht tun.

Dieses Schweigen und diese Einsamkeit stellen an unser Verhalten bei der Aufnahme von vergewaltigten Frauen sowie an unsere Bemühungen, diese Frauen zu unterstützen, hohe Anforderungen. Bei der Ausbildung aller Personen, die mit der Aufnahme und Betreuung vergewaltigter Frauen zu tun haben, spielt der Zeitpunkt, wo die Frauen anfangen zu reden und erzählen, was sie erlebt haben, eine besonders wichtige Rolle.

* * * *

Wenn wir versuchen, Anlaufstellen für Frauen aufzubauen, müssen wir unbedingt wissen, wie gravierend und wie weit verbreitet die Vergewaltigungen und Misshandlungen sind, die Frauen in Angst und Einsamkeit erleben.

Gewalt gegen Frauen gibt es in verschiedensten Formen: Sexuelle Gewalt, Vergewaltigung, eheliche Gewalt, Anmache, sexuelle Verstümmelung, erzwungene Eheschliessungen und Entführungen, sexuelle Ausbeutung, Prostitution, Ausbeutung der Frau in der Pornographie.

Diese Gewalttätigkeit hat viele Gesichter und ist in erschreckendem Ausmass in unseren sogenannten zivilisierten Gesellschaften gang und gäbe. Zahlen und Statistiken geben nur sehr unzureichend Aufschluss über das, was tatsächlich geschieht, ob sie nun von der Anzahl eingegangener Anzeigen bei der Polizei, von Angaben aus Gesundheitszentren oder von militanten feministischen Organisationen ausgehen.

Die vielen Formen von Gewalt gegen Frauen machen deutlich, dass unsere Gesellschaft stillschweigend damit einverstanden ist, dass Frauen und ihre Körper in jedem Alter beherrscht, unterdrückt und kontrolliert werden. Frauen haben sich nach den Bedürfnissen der Männer zu richten, gelten als Objekte ihres Vergnügens, als leichte Beute, freigegeben zur Besitznahme, zum Kauf und Verkauf. Dass solch archaische Vorstellungen immer noch verbreitet sind, steht in vollem Widerspruch zur heutigen Realität und ihren Frauenbildern: Frauen sind dabei, sich zu emanzipieren und fordern volle Gleichberechtigung. Wenn sie heute anfangen, ihr Schweigen zu brechen, wird es möglich, dass wir diese Misstände besser kennenlernen und Mittel und Wege finden können, um sexuelle Gewalt wirksam zu bekämpfen.

ANLAUFSTELLEN FÜR FRAUEN, DIE OPFER DER GEWALT GEWORDEN SIND

Ziel solcher Aufnahmestellen muss es sein, den Frauen diejenigen Betreuungsmöglichkeiten zu bieten, die sie brauchen, um über ihre traumatischen Erlebnisse und deren Folgen hinwegzukommen und ihr Gleichgewicht wieder zu finden. Für feministische Bewegungen wie das

Mouvement Français pour le Planning Familial (MFPF) sind solche Anlaufstellen, in denen Frauen Gehör geboten wird, unerlässlich. Wir brauchen sie, um über die sexuelle Unterdrückung der Frauen nachzudenken und theoretische Konzepte zu entwickeln, um sie zu bekämpfen und wirksame Instrumente der Solidarität zu schaffen.

Die erste Kontaktnahme kann für Frauen sehr unterschiedlich ausfallen, je nachdem ob sie dabei mit Leuten von der Polizei, aus dem medizinischen oder sozialen Sektor oder einfach mit Freundinnen oder Freunden aus dem Bekanntenkreis zu tun haben.

Aber unabhängig von der Funktion der betreuenden Person, muss diese sich zuerst darüber klar werden, welche Aufgabe sie zu erfüllen hat, wo die Möglichkeiten und Grenzen ihres Handelns liegen, wer alles in diesem konkreten Fall miteinbezogen werden muss.

Es ist unter allen Umständen zu vermeiden, dass die betroffene Frau ohne zwingenden Grund den Hergang der Gewalttat beschreiben muss. Die betreuende Person sollte vor allem darauf achten, für die Frau, die sich an sie wendet, zunächst einfach einmal da zu sein, sie zu stützen und zu bestärken bei ihrem Versuch, die Gewalttat zu verarbeiten und zu überwinden.

Um unsere Reaktionen unter Kontrolle zu halten und ein Gespräch führen zu können, müssen wir:

- 1) genau wissen, worum es sich bei sexuellen Gewalttaten gegen Frauen eigentlich handelt,
- 2) verstehen, was diese Gewalt für die betroffene Frau bedeutet,
- 3) die Folgen von Vergewaltigungen und sexueller Gewalt kennen und
- 4) uns die ungeahnten Fähigkeiten vergegenwärtigen, die Frauen beim Versuch, nach der Gewalttat weiterzuleben, entwickeln können.

Beim Abwägen der medizinischen und rechtlichen Schritte, die unternommen werden könnten, ist die Zeitspanne, die zwischen der Tat und dem Gespräch liegt, zu berücksichtigen. Man kann indessen nicht davon ausgehen, dass die Zeit alle Wunden heilt. Vergewaltigungen und Gewaltakte lassen sich nicht einfach ungeschehen machen, obschon der Ueberlebenswille der Frauen manchmal jahrelang mit den grössten Leiden, die ihnen im Versteckten zugefügt werden, fertig wird. Frauen behalten ihr Geheimnis oft jahrzehntelang für sich, manche sogar ihr ganzes Leben lang, besonders wenn es sich um Vergewaltigung bei Inzest handelt. Bei sexuellen Gewalttaten gibt es keine "alten Geschichten". Wenn solche Frauen einmal anfangen zu reden, brauchen sie unbedingt Bezugspersonen, die fähig und willens sind, ihnen

Gehör zu schenken und sie zu betreuen.

CHARAKTERISTIKA SEXUELLER GEWALT UND IHRE AUSWIRKUNGEN

Zunächst scheint es mir nötig, an die patriarchalen Zusammenhänge, in denen Vergewaltiger handeln, zu erinnern. Trotz aller gegenwärtigen Entwicklungen ist dieser Zusammenhang so vorherrschend, dass er das Verhalten der Opfer, sowie die Art und Weise, wie die Frage der sexuellen Gewalt gesellschaftlich angegangen wird, in hohem Mass beeinflusst.

In unseren Ländern gilt Vergewaltigung theoretisch als Verbrechen (nicht aber der Vergewaltiger als Verbrecher!). Ein Vergewaltiger bricht demnach mit seiner Tat das Gesetz und macht sich zum Aussenseiter. Es ist aber sein Opfer, die Frau, die sich aus der Gesellschaft ausgestossen fühlt, obschon sie selbst das Gesetz nicht übertreten hat.

Der Wille, eine Frau zu vergewaltigen, macht den Vergewaltiger taub für sein Opfer. So raubt er ihre Identität, ihren Willen, ihre Freiheit. Mit Schlägen ins Gesicht versucht er die Frau, die er beherrschen, bezwingen und besetzen will, zu entmenschlichen. Mit all seiner Kraft will er die Frau zerstören und bewirkt bei ihr so Todesangst, Lähmung, die sie daran hindert, sich gleich zu Beginn oder nach den brutalen Reaktionen des Täters gegen den Angriff zu wehren. Alle Frauen, die solcher Gewalt zum Opfer gefallen sind, beschreiben dieses Gefühl tödlicher Bedrohung und die furchtbare Angst, die damit verbunden ist. Der totale Bruch mit allem, was in irgendeiner Weise auf Gegenseitigkeit beruht (Sprache, Gefühle, Gesten, Wahrnehmungen) leugnet die Persönlichkeit, ja sogar die Existenz der Frau.

Weil der Vergewaltiger die Frau ihres Selbst beraubt, aus ihr ein Objekt macht, versinkt sein Opfer in Schamgefühlen. Sprachlos gemacht, kann sie kein Subjekt mehr sein. Diese Vernichtung produziert bleibende Schäden, wenn niemand der Frau hilft bei ihren Anstrengungen, wiederaufzubauen, was die Vergewaltigung zerstört hat und ihre Identität wiederzufinden.

Wie schlimm das Erlebnis ist - Expertinnen (wie z.B. Dr. Liliane Daligand in Lyon oder Dr. Odile Berger in Paris) bezeichnen es als "todbringendes Erleben" - hängt nicht allein vom Ausmass der erlittenen Brutalisierungen, sondern vielmehr von deren Natur ab: In ihnen zeigt sich der Wille, eine Frau, diese bestimmte Frau, zu vernichten; es ist dieser Vernichtungswille, den die Frau in all dem, was ihr aufgezwungen wird, erlebt.

Alle vergewaltigten Frauen sprechen von ihrem Gefühl, beschmutzt worden zu sein, von Schuldgefühlen, vom Entsetzen, von ihrem dauernden Bedürfnis, sich zu waschen, wieder sauber zu werden.

Das unaufhörliche Wiedererinnern der Aggression, der Brutalitäten, die Wiederholung der Worte des Täters, die bleibende Erinnerungsspur von Bildern und Gesten im Gedächtnis, all das sind tiefe Verletzungen, die man untersuchen, behandeln und heilen muss, damit die Schlaflosigkeit, der Verlust sexuellen Begehrens, die Hartnäckigkeit von Verzweiflung und Depression durch permanente Selbstbeschuldigung ein Ende nehmen.

(Uebersetzung: Stefanie Brander)



Aus: Ideales Heim, E2/1989

GEWALT AN FRAUEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM - WIE REAGIERT DIE ÖFFENTLICHKEIT

von Claudia Rüegg, Notteléfono für vergewaltigte Frauen
Zürich

Einen Artikel zum Thema Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum zu schreiben: eine knifflige Angelegenheit. Einmal mehr den Focus dorthin richten, wohin er traditionellerweise eh schon gerichtet ist: nach draussen, vor die Tür. - Wie eine Falle lauert hinter dem Gebüsch der böse Mann, vor dem frau sich in acht nehmen soll, den sie nicht durch ihre Kleidung oder überhaupt durch ihre Anwesenheit in der Nähe des besagten Busches provozieren soll. - Unsere Bedenken, so möglicherweise zur weiteren Verschleierung des wirklichen Ausmasses der Gewalt gegen Frauen beizutragen, sind wohl nicht unbegründet.

Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum existiert, doch sie ist nur ein Aspekt der Problematik Gewalt gegen Frauen und zwar der Teil, der überhaupt zur Kenntnis genommen wird und Betroffenheit auslöst. Gewalt in Beziehungen, Vergewaltigungen in der Ehe, sexuelle Ausbeutung von Kindern indessen sind wohl hie und da Medienthema, die Bevölkerung zieht es jedoch vor, den Schleier des Schweigens daranzuhüllen. Ich höre nichts, ich sehe nichts, ich weiss nichts und vor allen: ich sage nichts.

Als 1987 der Sozialforscher Alberto Godenzi die Resultate der Umfrage "Vergewaltigung in der Ehe" publik machte und der Nation vorrechnete, dass in der Schweiz mehrere Hunderttausend Ehefrauen von ihren Ehemännern vergewaltigt werden, nahmen Mann und Frau das mit (zumindest oberflächlicher) Gelassenheit zur Kenntnis. Ganz anders die Reaktionen im Frühherbst 1989: In Zürich ist Mitte August eine junge Frau am helllichten Tag neben einem Radweg brutal vergewaltigt und ermordet worden. Vier Tage später teilt die Polizei mit, dass zwei weitere Frauen auf öffentlichem Grund vergewaltigt worden sind. Die Öffentlichkeit regiert äusserst heftig, mit Angst, Entsetzen, Hilflosigkeit.

In den ersten Tagen nach bekannt werden dieser drei Verbrechen sind die Linien unseres Notteléfono dauernd besetzt: Verängstigte Frauen, die sich ihre Angst wegzureden versuchen oder sich überlegen, wie sie sich trotz grosser Angst ihre Bewegungsfreiheit erhalten könnten, Journalistinnen, Politikerinnen, die uns mitteilen, dass in ihrem Quartier unter den Frauen grosse Panik herrsche und dass sie jetzt unbedingt etwas unternehmen wollten und immer wieder die eine Frage: Was hat diese plötzliche Zunahme der Gewalttaten gegen Frauen ausgelöst?

Uns Notteléfonofrauen hat diese panikartige Stimmung sehr beschäftigt: Es war, als ob plötzlich Hunderte und Tausende von Frauen aus einem Schlummer erwachten und schlagartig mit der Bedrohtheit ihrer Existenz konfrontiert würden - doch ist diese Bedrohung nicht jahrtausendealte Realität? Ist nicht jede Frau in der Angst vor Gewalt und Vergewaltigung erzogen worden? Kennt nicht jede diese Angst seit ihrer Kindheit und richtet ihr Leben mehr oder weniger damit oder darumherum ein?

Uns war diese Stimmung unheimlich; eigentlich war es unser Wunsch, die Situation wieder etwas zu entladen. Die Gewalt gegen Frauen hatte sich nicht plötzlich gehäuft - nur die Informationspolitik der Polizei hatte sich schlagartig verändert. Dadurch spiegelte sich jetzt auch in den Zeitungen die Wirklichkeit, wie wir sie aus unserer Beratungsarbeit schon lange kennen: Vergewaltigungen sind keine isolierten, einzelnen Taten, sie sind tägliche Realität von Frauen.

Normalerweise ist an diesem Punkt ein blinder Fleck. Und dieser blinde Fleck wird eifrig bewacht von ganz vielen Leuten:

- Die Polizei sträubt sich, der Öffentlichkeit alle zur Anzeige gelangten Vergewaltigungen bekanntzugeben;
- Forschungsprojekten zum Thema Gewalt gegen Frauen werden die Budgets drastisch zusammengestaucht - wenn sie nicht sowieso ganz gestrichen werden;
- Die Aussage des Notteléfono (die auf Erfahrungen aus der Beratungsarbeit beruht und zudem durch deutsche und amerikanische Studien gestützt werden könnte), dass die Mehrheit der Vergewaltigten ganz normale Männer sind und nicht Psychopathen, wird von einer Zeitungsredaktion als "feministische Ideologie" abqualifiziert. Punkt, Thema abgehakt, respektive einmal mehr erfolgreich nicht zur Sprache gebracht. (So zuletzt geschehen in Zürich im September 1989);
- Taucht Gewalt gegen Frauen als Thema in privaten Gesprächsrunden auf, zeigen sich die Männer immer sehr ungläubig und erstaunt über die diesbezüglichen Schilderungen und Erfahrungen von Frauen ("was sind denn das für Männer, also ich kann mir das gar nicht vorstellen") - oft sind sie so erstaunt, dass die Frauen lieber wieder in Schweigen versinken.

Gewalt gegen Frauen ist normalerweise kein Thema. In Zürich gab es im vergangenen August für viele Frauen keine Möglichkeit mehr, diese Realität zu verdrängen. Die vermeintliche Häufung von Vergewaltigungen erschreckte sie zutiefst. Dabei müssen - wie mir scheint - jedoch zusätzliche Faktoren mitgespielt haben welche

den Frauen dieses plötzliche Bewusstwerden überhaupt erst erlaubten. Auf sie und auf die Widersprüche, die damit verbunden sind, soll im folgenden eingegangen werden.

Die Realität holt den Mythos ein

Welche Frau wurde nicht immer wieder vor dem bösen, fremden Mann gewarnt, der draussen in der Dunkelheit lauert? Diese Warnung beinhaltet eines der prägenden Bedrohungsszenarien von Frauen. Und dieses Szenario wurde nun von der Realität eingeholt: alle drei Frauen wurden draussen von einem fremden Mann angegriffen.

Alpträume, wie sie viele Frauen kennen, wurden plötzlich wahr. Für einen Moment trat - durch die veränderte Informationspolitik der Polizei - die reale Bedrohung klar zutage. So klar, dass es vielen Frauen nicht mehr möglich war zu denken: "ich doch nicht".

Die Tatsache, dass zwei der drei Frauen am helllichten Tag angegriffen wurden, hat die Angst und Betroffenheit noch gesteigert. Das Bewusstsein darüber, dass Frauen Nacht und Tag angegriffen und vergewaltigt werden können, stellt die Mobilität von Frauen grundsätzlich in Frage. Diese Erkenntnis traf viele Frauen unvorbereitet, denn die Vergewaltigungsmysmen kreisen meist um die Nacht, desgleichen die Tips der Polizei oder die im Familienkreis tradierten Verhaltens- und Vorsichtsregeln für Frauen - als ob eine gewalttätige, patriarchale Gesellschaft Geschäftszeiten hätte.

Doch Frauen lassen sich nicht mehr einsperren und sind auch nicht mehr bereit, sich selbst einzuschliessen. Viele Frauen haben dies in den vergangenen Wochen und Monaten formuliert - empört und ohnmächtig zugleich.

Der Widerspruch unserer Existenz als heutige, selbstständige Frauen zeigt sich in seiner ganzen bitteren Unlösbarkeit. (Als Zeugnis für die Bewusstheit über diesen Widerspruch sehe ich die Tatsache, dass sich Mitte August innerhalb von wenigen Tagen mehrere Hundert Frauen für Wen-Do Kurse angemeldet haben; Versuche, dieser Situation handelnd zu begegnen.)

Ich sehe nichts - Was darf ich nicht sehen?

Es war für uns Nottelefonfrauen - ich habe dies oben schon einmal angesprochen - erstaunlich und bestürzend zugleich, mitzuerleben, wieviele Frauen sich von einem Tag auf den anderen dem Thema Vergewaltigung, Gewalt gegen Frauen aussetzten (aussetzen mussten).

Dadurch, dass drei Männer drei ihnen fremde Frauen vergewaltigt hatten, dass einer dieser Männer zudem eine Frau auf bestialische Weise ermordet hatte - waren bereits die Weichen gestellt für die mittelfristige "Verarbeitung" dieser Geschehnisse, (welche bereits im Verlauf des vergangenen Herbst durch Radio, Zeitschriften und

Fernsehen wacker vorangetrieben wurde: Vergewaltiger können als psychisch gestörte Männer, als sogenannte Triebtäter aus der "normalen" Gesellschaft ausgegrenzt werden; Frauen sind vor allem durch fremde Männer gefährdet. - Familie, Beziehungen, kurz: unsere Gesellschaft hat sich einmal mehr unverändert aus der Krise gerettet.

Mit solchen Ansatzpunkten war es vielen Frauen wohl erst möglich, Angst und Betroffenheit zuzulassen, weil sie nicht gezwungen waren zu sehen, dass der eigene Mann, Freund, Bekannte vergewaltigen könnte. So endeten denn alle Diskussionsrunden einer von uns organisierten Veranstaltungsreihe zum Thema "Frau im öffentlichen Raum" (Abendthemen waren etwa Städtebau, Hilfestellung) beim Thema Selbstverteidigung, respektive bei der Frage: wie kann Frau sich gegen den fremden Angreifer draussen schützen? - Auch wenn teilweise grosse Solidarität und Verbundenheit unter den verschiedensten Frauen zu erleben war, in der ohnmächtigen Angst vor Gewalt und Vergewaltigung sind viele Frauen vereinzelt und allein. Im Bewusstsein, dass alle Frauen gleichermaßen Betroffene sind, läge wohl eine grosse Kraft. Doch: Darf ich das sehen? Ist das Bewusstsein eines kriegsähnlichen Zustandes zwischen den Geschlechtern ein auf die Dauer erträgliches Lebensgefühl?

Da kann die Erde doch nicht einfach weiterdrehen

Angehörige und Bekannte von Frauen, die vergewaltigt wurden, reagieren immer wieder sehr ähnlich: Sie sind wütend, verzweifelt, ohnmächtig. Die Ohnmacht gegenüber dem Vorgefallenen auszuhalten, ist manchmal beinahe unerträglich. Darum versuchen sie zu handeln, so die Ohnmacht zu überwinden: Sie möchten etwas unternehmen, Anzeige erstatten, den Vergewaltiger bestrafen, für die Frau eine Therapie organisieren etc.

Erst im Rückblick konnten wir erkennen, wie ähnlich im vergangenen Herbst eine ganze Stadt reagiert hat. Angefangen bei der Polizei, die in einer Art Panikreaktion nach der Ermordung einer jungen Frau, im Gegensatz zur bisherigen Informationspraxis, sogleich alle diesbezüglichen Meldungen an die Medien weitergibt und damit Medien und Bevölkerung völlig überfährt und verunsichert: Gefolgt von den JournalistInnen, die uns mit Anfragen überrennen, alle wollen was tun, Tips geben und noch brandaktueller informieren.

Den nächsten Schritt machten die Politikerinnen: Ende August und im September hagelte es im Zürcher Gemeinderat wie auch im Kantonsrat Vorstösse zum Thema. Das meiste eher mässig ausgegoren. In der Hitze des Geschehens wurden so auch Vorstösse eingereicht, die sich im Nachhinein als kontraproduktiv erwiesen haben oder sich noch erweisen könnten. Frauen meldeten sich aber nicht nur aus beruflichen Gründen, sondern mit Hilfsangeboten, mit Fragen wegen Selbstverteidigungs-

kursen, Tränengassprays - doch während zwei Wochen meldete sich keine einzige Frau für eine Beratung.

Als vor einiger Zeit im Ständerat über die Sexualstrafrechtsrevision debattiert wurde, und in den Medien parallel dazu eine breite Diskussion der strittigen Punkte stattfand, schlug sich das in unserer Beratungsarbeit wieder. Die (zeitweilige) Enttabuisierung des Themas erleichterte es den Frauen damals, über, teilweise weit zurückliegende, Gewalterfahrungen zu sprechen. Jetzt war es ganz anders. Die herrschende Verunsicherung wirkte auf betroffene Frauen offenbar wie ein Schock. Zwei, drei Wochen später wurden wir jedoch plötzlich überschwemmt von Beratungen.

Auch hier zeichnete sich im grossen Rahmen ab, was wir aus den einzelnen Beratungen kennen: Währenddem die Personen im Umfeld einer betroffenen Frau alle Hebel in Bewegung zu setzen versuchen, schliesst sich die Frau selbst eher ab.

In einer Beratung sagte einmal eine Frau: "die Erde kann doch nicht einfach weiterdrehen, wenn eine Frau vergewaltigt worden ist." In Zürich haben viele Frauen versucht, die Erde am weiterdrehen zu hindern.

...Sie dreht sich einfach weiter. Sie muss sich weiterdrehen

Eine vergewaltigte Frau kann meist nicht sofort darangehen, die erlebte Gewalt zu verarbeiten. Oft ist es so, dass nach einer mehrwöchigen Krise der Wunsch entsteht, das Erlebte zu verdrängen, um irgendwie weiterleben zu können. Die Erde muss weiterdrehen. Viele Frauen kommen nach einem oder mehreren Jahren auf die Gewalterfahrung zurück, weil sie beispielsweise merken, dass sie sich seit der Vergewaltigung in ihrer Lebensweise sehr einschränken, in Beziehungen kein Vertrauen mehr aufbauen können, etc. In dieser Zeit reift oft der Entschluss, jetzt eine Therapie zu beginnen, um das Erlebte wirklich verarbeiten zu können.

- Fanden sich zu unseren Veranstaltungen Anfang September jeweils zwischen 150 und 250 Frauen ein, so versammelten sich knapp zwei Monate später bei Veranstaltungen, die wir in verschiedenen Quartieren der Stadt machten, noch vier bis sechs Frauen. Ernüchternd? Ernüchternd. Offensichtlich sind wir hier im Moment im zweiten Stadium, im Stadium der Verdrängung. Die Erde muss weiterdrehen. Ich wünsche mir das Eintreffen des dritten Stadiums in möglichst naher Zeit: der Moment, in dem es nicht mehr lebenswert erscheinen kann, die Realität dauernd wegzustecken, weil klar wird, welches Potential in der Bearbeitung dieser Realität läge.

Seit der Gründung im Jahre 1981 ist das Nottelefon für vergewaltigte Frauen Zürich sowohl Anlauf- und Beratungsstelle für vergewaltigte und von Gewalt bedrohte Frauen als auch Ort der theoretischen Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Hintergründen von Gewalt gegen Frauen. Diese zwei Bereiche sind untrennbar miteinander verknüpft und voneinander abhängig.

Seit Januar 1987 ist das Nottelefon Zürich durch Spenden und Subventionen finanziert.

Das Nottelefon für vergewaltigte Frauen

- berät Frauen am Telefon oder im persönlichen Gespräch;
- die Beratung ist parteiisch für die Frau, kostenlos und auf Wunsch anonym;
- Frauen werden unabhängig davon, wie lange die Gewalterfahrung zurückliegt, beraten.

Postfach 3344
8031 Zürich
Tel. 01/271.46.46

Weitere Nottelefone in der Schweiz:

Nottelefon Basel
Postfach 170
4001 Basel
Tel. 061/25.89.89

Informations- und Beratungsstelle
für vergewaltigte Frauen
Postfach 4007
3000 Bern 1
Tel. 031/21.07.07

Viols-Secours
Case postal 459
1211 Genève 24
Tel. 022/733.63.63

Nottelefon für vergewaltigte Frauen
(der Frauenzentrale Luzern)
Tel. 041/22.80.23

Nottelefon Schaffhausen
Postfach 3303
8201 Schaffhausen
Tel. 053/24.22.55.

Hinweis: Im Mai 1990 erscheint eine erweiterte Neuauflage der Broschüre F-Frauenberatungsstellen in der Schweiz. Darin sind alle Adressen von Frauenhäusern, Beratungsstellen und Nottelefonen aufgeführt. Die Broschüre kann bei folgender Adresse (schriftlich) bestellt werden: Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, Postfach 5653, 3001 Bern.

**AUSGEWÄHLTE LITERATUR ZUM THEMA
GEWALT/
DOCUMENTATION SELECTIVE SUR LE THEME
"VIOLENCE"**

BILLON, Bernard: Viols et violeurs. Paris, Editions du Centre National de la Recherche Scientifique, 1984

BROWNMILLER, Susan: Gegen unseren Willen. Vergewaltigung und Männerherrschaft. Frankfurt 1978

BROWNMILLER, Susan: Le viol. Traduit de l'américain par Anne Villelaur. Québec, Editions l'Étincelle, 1976, Opuscule

BURGHARD, Roswitha: Misshandelte Frauen: Verstrickung und Befreiung. Eine Untersuchung zur Ueberwindung von Gewaltverhältnissen. Weinheim 1985

CAHIERS DU GRIF: "Violence" Nos 14/15. Paris, décembre 1985

CARRIER, M.; MICHAUD, N.: La violence faite aux femmes en milieu conjugal: le produit d'une société sexiste. Ottawa, Secrétariat d'Etat, programme pour la situation de la femme, 1982

CHESNAIS, Jean-Claude: Histoire de la violence. Paris, Laffont, 1981

CLARAC, Viviane; BONNIN, Nicole: De la honte à la colère. Les Publications Anonymes, 1985

COLLECTIF SOS FEMMES BATTUES - CODIF: Bulletin de Marseille No 4, novembre 1976

CONTRE LES VIOLENCES FAITES AUX FEMMES: Des solutions concrètes. Paris, Femmes en mouvement, 1978

DALLAYRAC, Dominique: Pulsions de viol. Paris, Robert Laffont, 1983

DE GAUDEMAR, M.: Images de femmes: Mythes et histoire. Aix-en-Provence, Centre d'études féminines, 1982

DHAVERNAS, Odile: Droit des femmes, pouvoir des hommes. Paris, Le Seuil, 1978

DUCRET, Véronique; GRELA, Carmen: Pile je gagne, face tu perds: Les mythes autour du viol dans les tribunaux à travers la presse. Genève, Mémoire Institut d'Études sociale, 1989

ETERSON; LAING, Donald: L'équilibre mental, la folie et la famille. Paris, Maspéro, 1977

ETRE EXPLOITEES (Collectif italien), Paris, Ed. des Femmes, 1974

FACE A FEMMES (Revue): Femmes battues. Paris, Ed. Alternative et Parallèles, 1977

FALCONNET, G.; LEFAUCHEUR, N.: La fabrication des mâles. Paris, Ed. du Seuil, Points-Actuels, 197

FARGIER, Marie-Odile: Le viol. Paris, Grasset, 1976

FEMMES JURISTES DEMOCRATES: Qu'entendons-nous par viol? Les délits sexuels d'un point de vue féministe. Traduit par Anne-Marie Barone, Bâle 1987

GODENZI, Alberto: Bieder, brutal. Frauen und Männer sprechen über sexuelle Gewalt. Zürich 1989

GRIFFIN, Susan: Le viol. Ce qu'on en pense, et ce qui en est. Traduit et présenté par Martine Eloy, Lisette Girouard, et Danièle Lamoureux. Québec, Editions l'Étincelle, 1972

GUTJAHR, Karin; SCHRADER, Anke: Sexueller Mädchenmissbrauch. Köln 1988

HALMER, J.: Violence et contrôle social des femmes. Dans: Questions féministes. Paris, novembre 1977

HEINRICHS, Jürgen (Hrsg.): Vergewaltigung. Die Opfer und die Täter. Braunschweig 1986

HILFEN für misshandelte Frauen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojekts Frauenhaus Berlin. Hrsg. vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit. Stuttgart 1981

HODGINS, S.; LAROUCHE, G.: La réponse de l'appareil juridique aux femmes victimes de violence. Dans: Revue internationale de criminologie et de police technique, 1981, volume 34, No 4, pp. 373 - 384

HODGINS, S.; LAROUCHE, G.: Violence conjugale: antécédents et conséquences. Montréal; Rapport soumis au ministère du solliciteur général, 1980

HUSTON, Nancy: Jouer au papa et à l'amant. Paris, Ramsay 1979

KAZIS, Cornelia (Hrsg.): Dem Schweigen ein Ende. Sexuelle Ausbeutung von Kindern in der Familie. Basel 1988

LACERTE-LAMONTAGNE, Célyne; LAMONTAGNE, Yves: Le viol: acte de pouvoir et de colère. Montréal, Editions La Presse, LTEE, 1980

LES PRESSES DE LA SANTE: L'assaut sexuel. Traduit par Michèle Lefèvre et Elaine Côté. Montréal 1980

LICHT, Maren: Vergewältigungsoffer. Psychosoziale Folgen und Verarbeitungsprozesse. Pfaffenweiler 1989

MAC KELLAR, J.: Le viol: l'appât et le piège. Paris, Payot, 1978

MEDEA, Andra; THOMPSON, Kathleen: Contre le viol. Paris, Pierre Horay, 1976 (Femmes en mouvement)

MERIC, M.: Le mariage névrotique. Paris, Denoël-Gonthier, 1972

MILLER, Alice: L'enfant sous la terreur. Paris, Aubier, 1986

PERASSO, E.: Ne pleure pas, hurle. Paris, Stock

PIZZEY, Erin: Crie moins fort, les voisins vont t'entendre. Paris, Ed. des Femmes, 1975

PLOGSTEDT, Sibylle; BODE, Kathleen: Uebergriffe. Sexuelle Belästigung in Büros und Betrieben. Reinbek 1984

RAPOPORT, D.; DOLTO, F.; THIS, B.: Enfants en souffrance. Paris, Stock

RUSH, Florence: Das bestgehütete Geheimnis: Sexueller Kindesmissbrauch. Berlin 1982

RUSH, Florence: Le secret le mieux gardé. Paris, Denoël, 1983

SCHLÖTTERER, Ruth: Vergewältigung: Weibliche Schuld - männliches Vorrecht? Berlin 1982

STEINBERG, Nicole: Psychopathologie d'une normalité à propos des violeurs. Thèse présentée pour le doctorat en médecine. Université Louis Pasteur, Faculté de médecine de Strasbourg, No 276, 1981

THOMAS, Eva: Le viol du silence. Paris, Aubier, 1986

VALLEE, Brian: Une femme en enfer: le drame des femmes battues. Paris, Presses de la Cité

VIOL-SECOURS: Contre le viol et les violences faites aux femmes. Que faire? Que voulons-nous? Genève 1988

VIOL-SECOURS: Les mythes autour du viol. Le harcèlement sexuel. Les femmes face à la justice. Genève 1988

Was heisst hier Vergewältigung? Sexualstrafrecht aus feministischer Sicht. Hrsg. von den Demokratischen JuristInnen Basel. Basel 1988

WEIS, Kurt: Die Vergewältigung und ihre Opfer. Eine viktimologische Untersuchung zur gesellschaftlichen Bewertung und individuellen Betroffenheit. Stuttgart 1982

WELZER-LANG, Daniel: Le viol au masculin. Paris, L'Harmattan, 1988

WIRTZ, Ursula: Seelenmord. Inzest und Therapie. Zürich 1989



Prügelnder Gatte (um 1840): Niedergang in Schande
Aus: Der Spiegel 40/1989

ZWEI JAHRE UNABHÄNGIGE FRAUENLISTE LUZERN UFL

von Franziska Greising (20.9.89)

Heute, da dieser Bericht zu Papier kommen soll, ist erstmals eine aus der UFL-Gruppierung hervorgegangene Politikerin im Stadtparlament vereidigt worden. Im Gegensatz zu den weiteren Neumitgliedern, Männer aus bürgerlichen Parteien, stand sie bereits an diesem ihrem ersten Tag im Rat auf und bekundete ihre Meinung. In der Kaffeepause konnte man ihr ansehen, wie nah ihr diese erste Sitzung ging, während die andern Neuankömmlinge unbekümmert daherschwatzen. Die Motion, die sie verteidigt hatte, war von ihrer Vorgängerin, einer ehemaligen Poch-, später UFL-Frau, eingereicht worden. Wie üblich, kann man sagen, wurde sie abgeschmettert. Dabei wäre es nur darum gegangen, die Anzahl Parkplätze auf Stadtgebiet zu plafonieren, d.h. nicht mehr auszuweichen. Denn die UFL geht real davon, dass aus immer mehr Leute lieber laufen als autofahren wollen, weil sie die Nasen voll haben und ihnen schon bald einmal die ganze Autopolitik im Halse stecken bleibt. Oder sie fahren Rad, nehmen den Bus. Aber der markige Politiker der Gegenseite, mit dem man früher auf der Strasse (!) Völkerball spielen konnte, sieht es gerade umgekehrt. Er leibt die Mobilität in den eigenen vier Stahlwänden und sieht gläubig und einäugig einem demnächst zu erwartenden umweltfreundlichen Auto entgegen. Es solle, meint er, dereinst für dieses Geschenk genügend Platz bereit stehen.

Als ich zum ersten Mal eine Vollversammlung besuchte, sasssen die rund zwölf Frauen ernst zusammen und planten die Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen ins Stadtparlament. Sie diskutierten eine Pressekonferenz, eine eigene Wahlzeitung und ein Beizenfest, bei dem sie kochen, servieren und Geld für die Propaganda erwirtschaften würden. Im Raum war schlechtes Licht, wir sasssen gedrängt und draussen regnete es. Die Mäntel verströmten feuchten Geruch, einige Frauen qualmten, Bier stand auf dem Tisch, Weisswein, Mineralwasser, Tee. Eine Vielfalt an Haarschnitten, Lippenstiften, eine Vielfalt auch an Ideen. Die gewesenen Poch-Aktivistinnen prägten die Gespräche mit ihrer Brillanz und ihrem Vorsprung an Information. Die Politik war eine verschlungene Sache, wie die meisten es schon immer gehant hatten. Aber nun standen sie aus Ueberzeugung und Solidarität mit den wenigen Frauen Luzerns, die endlich unabhängige Frauenpolitik machen wollten, auf der Liste. Und da sich schon viel Wut in ihren jeweiligen Leben angesammelt hatte, hielten sie ihren

Entschluss für richtig.

Noch war es nur wenige Monate her, seit die UFL nach vier turbulenten Sitzungen mit siebzehn Kandidatinnen für gleich alle sieben Regierungsratssitze an die Wahlöffentlichkeit getreten war. Die Unbescheidenheit war zum Tatbestand geworden, das traditionelle Parteiendasein durchbrochen.

Das Beizenfest wurde ein Erfolg. Von den Wahlergebnissen waren die Frauen enttäuscht. Hatten sie zuviel Hoffnungen in die Wählerinnen gesetzt? A., seit vier Jahren als Poch-Frau im Kantonsparlament, verlor dort ihren Sitz, hielt dafür aber als UFL-Frau Einzug ins Stadtparlament. Aber noch blieb einer der vormaligen Poch-Sitze im Kanton (Grossrat). Die UFL war mit einem Schlag in beiden Legislativen vertreten!

Die Arbeit in der Opposition, insbesondere für die je einzige UFL-Frau, ist enorm. Sie kann es sich nicht leisten, schlecht vorbereitet zu sein. Sie muss ihre vielen Einwände und Forderungen genauestens belegen und ausführlichst vertreten können - auch dann noch scheint es den einen oder andern der Gegenseite anzuöden. Oder warum würde er sonst mit dem Nachbarn sich unterhalten oder angestrengt in die Zeitung blicken, bis ein Votum zu Ende ist? Dabei ist das Faktum nicht zu übersehen, dass diese Frau allein ist und sich mit niemandem in die Arbeit teilen kann. Zum Zweck der Arbeitserleichterung sind daher Arbeitsgruppen entstanden, die den beiden Parlamentarierinnen regelmässig an die Hand gehen. Diese Schattenfraktionen lesen die traktandierten Geschäfte und beraten sich mit der Ratsfrau vor der Tagung.

Es wäre verlogen und völlig sinnlos, den Streit zu beschönigen, der Anlass für die Abkehr vieler der engagiertesten Frauen von der neuen Linken war und zur Bildung der Unabhängigen Frauenliste beigetragen hat. Auch die dadurch ausgelösten Gehässigkeiten und Verleumdungen, die gegenseitigen öffentlichen Beschimpfungen gehören dazu. Führende Männer der Linken sollen bei Wahlen noch immer die Frauenfrage als Nebenwiderspruch behandelt haben.

Aus naturgemässen Gründen ist die Frauenfrage in ihrer üblichen Form bei der UFL nie aufgetaucht. Doch dann kam eines Tages das Traktandum Rücktritte.

An diesem Abend sagte A., versierte Grossstadträtin, sie wolle eine Weile vermehrt für sich schauen. Sie wohnt mit einer ebenfalls kompetenten Politikerin zusammen, arbeitete während Jahren als Arztgehilfin, studierte nebenbei und promovierte kurz vor ihrem Rücktritt als lic.iur. in Bern. Dort lebt ihr Lebenspartner, dort hat sie ihre zweite Anschrift: Frau/man sieht, welch umfassendes Dasein aktive Frauen der Opposition, diese ganz besonders, führen. Die unvereinbar scheinenden Ebenen, auf denen sie leben, lieben und arbeiten, vermitteln gewiss

über eine längere Zeit ein Gefühl von Ungebundenheit, führen jedoch später zum Wunsch, zumindest für eine Weile sich zurückzuziehen. A. sagte es mit grossem Ernst. Sie gehört zu jenen Frauen, die damals der Poch den Ruf eingetragen haben, die Partei mit den schönsten Frauen zu sein. Die ParlamentarierInnen aller Richtungen schätzen sie, und ihr hat diese Sympathie Zuversicht gewährt.

L., die Grossrätin im Zeichen des Löwen, sagte, nach neun Jahren möchte sie wieder vermehrt ausserparlamentarisch stören. Im ganzen Sitzungssaal wird man ihre leidenschaftlichen, prägnanten und unbequemen Voten und Einwürfe vermissen. Man kann sich natürlich über den Sinn und Unsinn von Demonstrationen streiten, aber für L. werden sie auch inskünftig nicht aus ihrem Leben wegzudenken sein. Es stellt sich immerhin die Frage, ob sie, etwas weniger chaotisch und quer, nicht schon längst eine Karriere nach oben hätte antreten können. Doch gleichzeitig muss zugegeben werden, dass nach oben der Spielraum immer enger wird, dass angesichts der allorts verbreiteten patriarchalen Regiergewohnheiten Macht ihre TrägerInnen total entstellen kann. Andere Aspekte im Zusammenhang Frau/Macht kamen etwas später ans Licht. Vorerst musste die UFL, wollte sie weiter bestehen und sich einmischen, unausweichlich für die demissionierenden Frauen zwei Nachfolgerinnen stellen.

Zwei Kernprobleme schälten sich im Verlauf der Diskussion um die Nachfolge heraus:

Erstens: Die Arbeit im Kreis vertrauter gleichgesinnter Frauen ging verhältnismässig leicht, die Ideen und gesammelten Empörungen hörten sich gut an. Und was ebenso wichtig ist für viele, das Private, der Stammtisch, die Frauenfeste, die an- und abschwellenden Beziehungen, gehören dazu. Jedoch hinauszugehen aus diesem gewohnten Rahmen und sich im Parlament auszusetzen, damit hatte im Grunde keine Frau ernsthaft gerechnet. Sei es, weil sie ihre Stellung hinter der Front nie konsequent bedacht hatten; sei es, weil die herrschenden Strukturen nicht frauemässig sind und ihnen daher Verweigerung aufnötigen.

Zweitens: Die Unabhängige Frauenliste führt keine Namen von Frauen, die

- a) einen Betrieb haben, der regelmässiges nebenberufliches Fernbleiben ohne weiteres verkräften könnte. Auch Frauen, die
- b) ihren Arbeitsplatz wegen Ratsgeschäften verlassen dürften und dennoch den vollen Lohn und die ganzen Ferien garantiert haben, sind nicht dabei.
- c) Frauen, die Kinder und Haushalt in der sicheren

Obhut der geschätzten anderen Ehehälfte wüssten, gibt es in der UFL noch nicht.

Tatsachen, die einen Einstieg in die Parlamente ungeheuer erschweren. Die Anzeichen dafür, dass Souverän und Parlamente endlich die schon lange und immer wieder thematisierten Hindernisse entfernen würden, sind verschwindend klein.

Anlässlich dieser Diskussion zeigte sich, wie viel Unausgesprochenes noch zwischen den Zeilen der vielen Protokolle dieser zwei Jahre liegt. Hatte frau sich gegenseitig schonen wollen? Oder hatte frau Angst, wegen widerständiger Ansichten aus der Gruppierung ausgeschlossen zu werden, hatte sie kein Vertrauen in die eigene Meinung? Andere wiederum wollten sich nicht vordrängen, taten sich schwer mit dem viel beschworenen Solidaritätsgedanken. Und einige wenige fühlten sich ständig gedrängt. Es scheint, als stünde die UFL vor einem neuen Abschnitt, als würde erst jetzt neben der Lust zum Radikalen die Ernsthaftigkeit der Sache geprüft und die Vielfalt in der Einigkeit erwogen.

Die Abgesandten in den Parlamenten haben nicht mehr den politischen und erfahrungsmässigen Vorsprung, sie sind nicht mehr gleichzeitig die Abgesandten und Anführerinnen. Es heisst nun, sich ein Bild zu machen von den politischen Zielen und Mitteln einer derartigen Frauengruppe, heisst, noch grundlegender zu diskutieren. Denn frau will weiterhin das Wort ergreifen aus persönlicher Unversöhnlichkeit mit dem Bestehenden und der uns von der regierenden Männermehrheit zugemuteten Zukunft. Die UFL-Frauen wollen ja die Selbstverständlichkeit stören, mit der in ihre Lebensräume eingegriffen wird. Und da haben sie unterschiedliche Erfahrungen, verschiedenartige Forderungen. Ihre Mitbeteiligung an Entscheiden führt viel weiter als bloss zu sog. "frauenspezifischen Anliegen". Das Ausmass der Radikalität und die Form der Forderungen hängen mit dem Temperament der jeweiligen Vertreterin vor dem Volk zusammen. Daher begrüsst die UFL die Rotation. Sie bringt stete Veränderung. Die Gleichstellung der Frauen, wie sie gesetzlich gewährt worden ist, soll nicht ausarten, weder in eine Angleichung an das andere Geschlecht, noch in eine uniforme Weiblichkeit.

Die juristische Gleichheit ist das Recht aller Frauen, die vitale Verschiedenheit ihr Vorrecht. Daran hält die UFL fest. Auch wenn Konflikte vorgezeichnet sind, das Chaotische greifbar nahe liegt. Und hier findet sich vielleicht der hauptsächlichste Unterschied zu andern Frauenorganisationen. Dass vorderhand nicht die Harmonie, der Jahrtausende lang geübte Konsens das Ziel ist.

Die Arbeit der UFL reicht von zahlreichen Motionen,

wie jener über die Ausrufung des Freistaates Luzern und seiner Loslösung von Bern, und Postulaten, z.B. jenem zur Mitsprache der Bevölkerung bei der Planung der Fussball-WM 1998 in Luzern, via Strassenaktionen bis zu hochgeachteten Kulturanlässen und Beizenfesten. Dabei agieren, kochen und servieren im Gegensatz zu andern Parteien die Frauen mit Lust, ihre Argumentationen sind witzig und radikal, ohne sie wäre das politische und kulturelle Stadtbild nicht mehr vorstellbar.

Jetzt, da der Bericht zu seinem Ende gekommen ist, meldet die UFL, auch die Nachfolgerin im Grossen Rat sei vereidigt. Ihr Lieblingsbuch: De Sade. Ihr Beruf: Filmerin.

Liebe Franziska, Luzern, 7.11.89

Erlaube mir, nach der Lektüre Deines UFL-Porträts einige Fragen zu stellen und auch einige Ergänzungen zu machen.

Wahrscheinlich erlebt jede von uns unsere Gruppe anders. Es geht mir nicht um Korrekturen Deiner Wahrnehmung, vielmehr um Aspekte, die ich anders sehe und die mir wichtig sind.

Schreibe jede UFL-Frau ihr eigenes UFL-Porträt, wäre die Vielfalt und die Farbigkeit gewährleistet, die die UFL auszeichnet von allen anderen Gruppierungen, die mir bekannt sind. Kennte ich die UFL nicht, müsste ich Deinem Bericht entnehmen, wir funktionierten hauptsächlich auf parlamentarischer Ebene.

Die Dreinrede im Parlament (unser Entscheid von 1987) hat für mich jedoch immer nur einen Sinn gehabt, wenn sie aufzudecken vermochte: z.B. eingefahrene Werte, eingerasterte Normen, Pseudomoral, Stereotypen, Bluff - eben halt die ganze Palette des Patriarchalismus mit dem Rattenschwanz endloser politischer Fehlentscheide, die dann wieder konkret und detailliert kritisiert werden sollen, müssten... Das Aufdecken dieses wie geölt und geschmierten Systems hat wiederum meinem Dafürhalten nach immer nur dann einen Sinn, wenn es auch ausserhalb der Parlamentsmauern wahrgenommen wird. (Mein Hang zu "Demonstrationen" wie Du sagst, ist immer nur der Versuch, trockene Papiere und deren Inhalt umzusetzen in Bilder. Du scheinst da Deine Vorbehalte zu haben, weil Du fürchtest, diese Sprache werde nicht ernstgenommen und nicht verstanden).

Dies als Einstieg in mein Hauptanliegen, das als zentrale Frage die UFL bewegt, schüttelt und beutelt, der wir nicht ausweichen können und die wir entschlossen sind zu diskutieren; allen Tagesaktualitäten, Organisationsproblemen und allen Risiken zum Trotz! Ich spreche vom Spannungsfeld zwischen dem Anspruch auf Gleichberechtigung und dem Anspruch auf unsere

Differenz, die wiederum fusst auf unserer sexuellen Differenz und dem, na ja, sagen wir langen Ausschluss...

Unser Land ist morgen, fünftausend Jahre schon...

Ich habe Ingeborg Bachmanns Wort nie für resigniert, sondern immer voll der wildesten Hoffnung gefunden.

Ein grosser Teil der UFL-Frauen haben sich bewusst, einige unbewusst, dem Mitspielen und auch allein Aufforderungen zum Mitspielen bei Männerspielen verweigert. Ausserhalb politischer Gefässe versuchten sie und versuchen sie noch Autonomie zu leben - mit Erfolg und auch immer wieder scheiternd an der Wirklichkeit, die allen Autonomieträumen von Frauen immer zuwiderläuft. Ein anderer UFL-Teil - zur gleichen Folgerung gelangt aus anderer Herkunft - gehört zu jenen Gebrannten und Gebrandmarkten, die jahrelang um Autonomie und weiblichem Anspruch darauf innerhalb der traditionellen Neuen Linken stritten. Für sie war der Schritt zur UFL ein logischer - die Erfüllung eines unserer Autonomieträume: endlich ein politisches Gefäss ohne Hierarchie.

Den Diskurs um sexuelle Differenz kennen die wenigsten Frauen aus Cixous - oder Irigaray-Texten, viel eher schon durch die eigenen Erfahrungen. Der Zusammenprall unterschiedlichster Vorstellungen, Ideale und Utopien hat das Gärungsfeld seit Januar 1987 bis heute spannungsvoll gehalten. Die Grundfragen: Einmischung in Männerstrukturen oder feministische Verweigerung sind jedenfalls sofort zur Stelle, wenn Fragen einer innerhalb von Stunden zu beschliessenden Exekutivkandidatur - als Anspruch immer gerechtfertigt, als Run auf ein Vollamt im Kollegialitätskäfig immer in Frage zu stellen - oder Fragen der Referendumsdemokratie zu diskutieren sind. Oder wenn unsere Sitzungen (zweimal im Monat Vollversammlungen) zu stark mit Parlamentssorgen besetzt werden. Die Grundfragen sind aber auch da, wenn der Rückzug ins weibliche Gärtchen bequem erschiene. Dass zwischen diesen beiden Polen auch Konflikte entstehen und ausgetragen werden, mag nur diejenigen erstauen, die in Frauen den Hort immerwährender Harmonie zu sehen belieben.

Natürlich und selbstverständlich stammt der parlamentarische Vorstoss zur Schaffung einer Frauenstelle aus der UFL-Küche. In Voraussicht des männlichen Wohlwollens, das dieser Forderung entgegenschlagen würde ("Was wollt ihr noch, nachdem wir euch eine Stelle einrichten?.."), wurde ein weiterer Vorstoss für eine analoge Stelle zur Förderung unterentwickelter Eigenschaften bei Männern nachgereicht: Regierung und Parlament nahmen die Frauenstellen-Forderungen gnädig an (und brüstet sich seither damit), die Männerstelle wurde unter parlamentarischen Aergernis verbucht und abgetan!

Wichtiger als die Diskussion um gleiche Rechte - die haben wir längst geführt; da bekommt auch jeder Bremser



Margrit Durrer, UFL: Beitrag zur Situation

unsern Zorn zu spüren und das nicht kleinlich! - wichtiger ist der UFL jedoch die Diskussion mit offenem Ausgang, weshalb Gleichberechtigung sich noch immer messen lassen muss am Mass aller Dinge: am Massstabsetzer Mann. Sollen doch die Kronen der Schöpfung sich selbst trösten über die durch ihr Mass zerstörten Lebensgrundlagen und über die eisige Kälte zwischen den Menschen. "Weibliche Mittäterinnenschaft" ist in diesem Zusammenhang beinahe ein Euphemismus: Gefragt war immer bloss Gehilfenschaft.

Auch ohne vorherige Politikerschleife schätzen die meisten UFL-Frauen diese Situation klar ein. Viele haben sich ihr Leben ohne paternalistische Falle eingerichtet: Sie gönnen dem Patriarchat weder kleinen Finger noch rechte Hand, weder Kuchen noch Kinder, weder Tröstung noch Pantoffel. Und wenn Du die Hürde auf Dich nimmst, Kinder oder Mann oder beides hast, bist Du dann ausgeschlossen von Hilfsbereitschaft und Verständnis? Die UFL-Solidarität nach innen ist so gross, wie das Misstrauen nach aussen: Das heisst eben gross. - Die Annahme, dass nicht nur Kinderaufzucht oder Heterobeziehung allein uns zwangsläufig dem Patriarchat verfallen lassen, sondern ebenso Machtgelüste und Eigentumsansprüche unter Frauen, überschwemmt uns from time to time mit dem UFL-spezifischen Gelächter eigenen Widersprüchen gegenüber. Dieses Gelächter durchlüftet Köpfe und Beziehungen - es gehört für mich zu den besten UFL-Erfahrungen.

Liebe Franziska, weil wir in Deinem Porträt so ernsthaft arbeiten, musste dies auch noch - ganz ernsthaft - gesagt sein. Ich hoffe, Du begreifst mein Anliegen: Wir sind nichtinstitutionalisiert und reden in allen Institutionen aufsässig mit. Der Grad der Radikalität ist nicht bei allen der gleiche. Die Lust, für eine Zeit drei Schritte zurückzutreten, ist allen zugestanden. Die Arbeit am Experiment UFL ist für mich so spannend, weil wir alles wollen: Gleichberechtigung als pragmatische Selbstverständlichkeit allein genügt uns nicht, abgehoben sein ist unser Ziel auch nicht: Die UFL existiert, weil wir andere Politik machen wollen, und das in den Parlamenten, auf der Strasse, bei uns selbst. Wenn das nicht hoffnungsträchtig ist!

Mit allen lieben Grüssen
Laura

Liebste Laura, Luzern, 15.11.89

Vielen Dank für den Brief. Nein ich habe nichts vergessen. Wir könnte ich! Nun ist mir aber, als sprächen wir zümelich aneinander vorbei. Dein Brief ist ein wunderbarer feministischer-philosophischer Exkurs, eine Spiegelung Deiner kühnen Hoffnungen, was

Frauenpolitik betrifft.

Tatsächlich erlebe ich die UFL ganz anders. Mir fehlt beispielsweise das von Dir geschilderte Gärungsfeld, die spannende Diskussion um die Grundfragen: Einmischung oder Verweigerung. Aber auch vom "aufsässigsten" Mitreden in allen Institutionen ist mir wenig zu Ohr gekommen. Bis jetzt sind Du und Andrea aufsässig gewesen, radikal und kompromisslos. Der Rest der UFL (und dabei ist dies kein Werturteil) arbeitet leiser und verhaltener, eben nicht aufsässig. Mir ist es daher lieber, der Wirklichkeit ihr Recht einzuräumen, als Wunschträumne für wirklich zu erklären.

Dazu kommt mein persönlicher Eindruck, dass die meisten ausserparlamentarischen Aktionen vorab und hauptsächlich als Gaudi und lustiges Spektakel erlebt worden sind: Erlebnisse, die jenen, die mitgemacht haben das wichtige Gefühl zu vermitteln vermochten, nicht allein zu sein. Dies ist auch politisch, gewiss, und vermag auf lange Sicht vielleicht zu verändern. Wer ist aber im Publikum bereit, Bilder ohne Sprechblasen selber umzusetzen? Jene, die ohnehin schon verstanden haben! - Zum ändern scheint mir auch, der Effekt solcher Demos nehme proportional zu ihrer Häufigkeit ab. Darum möchte ich sie aber nicht vernachlässigt haben, einzig gegen ein Ueberbewerten ihrer Wirkung habe ich Einwände. Vielleicht noch dies: Die Gruppendynamik so einträchtig agierender Gruppen ist mir unheimlich. - Mir scheint es eben zweckdienlicher, die vorgegebenen Mittel und Wege zu nutzen, die Parlamente, die Verbände etc. Dir brauche ich nicht zu erzählen, wie hart es ist, sich dort direkt mit dem Patriarchat und seinen ewigen Gralshütern anzulegen. Immer wieder, trotz der Verluste, die es dabei einzustecken heisst. Trotz dem häufigen Fehlen jeglicher Solidarität von Frauen, trotz der regelmässigen Rückschläge. Andererseits sind genau dort, in jenen Gremien und Institutionen auch die Fortschritte zu beobachten, die ein Weitermachen ja überhaupt rechtfertigen oder immerhin erleichtern.

Was aber die Dreinrede als solche betrifft, so bin ich nicht dafür, dass sie bloss aufdecken und die Machthaber endlos auf ihre Fehlentscheide aufmerksam machen soll. Was bewirkt diese Haltung mit dem Mahnfinger, dem Drohfinger? Vorstösse wie jener zur Schaffung einer Männerstelle sind aus feministischer Sicht richtig, theoretisch. Aber hätten wir statt dieser Massregelung nicht besser noch mehr für uns verlangt? Ich denke (nicht neu, nur zwei Beispiele unter vielen) an ein Frauenhotel, ein Frauentaxi. Schliesslich ist auch die Frauenstelle in andern Städten eingerichtet worden. Sie steht der UFL-Küche gut an, ist aber wohl kaum in ihr erfunden worden. Oder habe ich da etwas nachzuholen? Nichtsdestoweniger halte ich Deine vielen mutigen und unkonventionellen Vorstösse für wichtig!

Ich finde es wunderschön, dass es in der UFL Hilfsbereitschaft gibt, dass wir Verständnis für einander

haben, dass es an- und abflauende Beziehungen gibt. Auch mir ist diese Atmosphäre schon zugut gekommen, Göttin sei Dank! Und das Misstrauen gegen aussen kenne ich ebenso. Bloss fehlt mir die Ausarbeitung eines Ziels und der Mittel, es anzugehen. Ich schreibe bewusst "anzugehen". Es zu erreichen ist ja die Utopie. Diese wäre für mich die Etablierung von Differenz als Antrieb. Das Beharren auf der Differenz ist noch nicht schöpferisch, meine ich. Und wenn wir sie diskutieren, dann wünsche ich mir dies besonders im Hinblick auf ihre voll genützte Kraft zur Veränderung.

Und genau dies tun wir zu wenig. Wir lassen uns überschweben von alltäglichem Politkleinkram, lassen uns hinreissen zu saftigen Beschimpfungen des Patriarchats, werden getrieben von plötzlichen Einfällen. Statt mit zäher Absicht breitangelegte Wege zur Veränderung zu entwerfen und beschreiten, sind wir viel zu sehr damit beschäftigt, an vielen Orten gleichzeitig zu agieren. Das verbraucht unsere Kräfte. Ausserdem verscherzen wir vielleicht den Rückhalt jener vielen, die mit uns rechnen. Ebenso vielleicht gar das Ansehen bei jenen, die lieber nicht mit uns würden rechnen müssen.

Angesichts dieser Fragen und Vorbehalte verstehst Du möglicherweise, warum ich das Porträt so gemacht habe, wie es ist. Ich dachte, andere Frauen in der ganzen Schweiz möchten gerne wissen, wie wir das machen, wie wir funktionieren. Möchten ermutigt werden, es uns gleich tun. Die Flucht nach vorn. Ich habe auch absichtlich kein feministisches Pamphlet machen wollen. Sogas gehört nicht unbedingt in ein Porträt, sowas kann man besser in einschlägigen Schriften nachlesen, von Frauen unterschiedlichster feministischer Herkunft verfasst. Von spannenden Diskussionen um feministische Standpunkte zu reden, das wäre mir zu hochstaplerisch vorgekommen. Von den Strassenaktionen zu berichten, damit bin ich einverstanden. Sie sind mir, da ich nie dabei sein konnte oder wollte, entfallen.

Die Arbeit jedoch möchte ich nun nicht mehr machen. Unter den gegebenen Umständen bin ich dazu ausserstande. Wie wir festgestellt haben, sieht ohnehin jede UFL-Frau die UFL anders. Es fehlt mir ganz einfach die Lust, die vielen Stunden, die ich auf diese Arbeit schon verwendet habe, noch zu vermehren.

Mit ganz herzlichen Grüssen

Franziska

Liebe Franziska,

Luzern, 4.12.89

Auch Du sei herzlichst für Deinen Brief bedankt. Unser Briefwechsel - etwas stockend, aber stetig - bringt uns

genau auf den Punkt, der für die UFL existenziell ist. - Wäre die UFL eine "normale" Partei wie jede andere, dann würde sie, müsste sie begutachtet werden am Mass ihres Einflusses in Institutionen, Parlamenten und Verbänden. Die Zahl der dort durchgeboxten Vorstösse - und dies, und nicht etwa die Verzweiflung ihrer Wortführerinnen - wäre die Elle, mit der gemessen würde. Taktisches Geschick und nicht eine Idee selbst wäre die oberste Maxime, die aus Ideen handfeste Forderungen zimmerte, die es dann durchzubringen gälte, wie man eine Schwerkranken durchbringen kann: Durch Chemotherapie zwar der Haare ledig oder an Schläuche gehängt, jedenfalls ans Tanzen nie mehr denkend, aber "durchgebracht".

Kurz: Weil die UFL so jung ist und weit und breit kein paralleles Erfahrungsfeld zum Kopieren sich anbietet (glücklicherweise), deshalb allein schon ist die UFL nicht ausschliesslich durch ihre reale Organisation zu definieren. Sondern eben auch durch das, was Du mir zum Vorwurf machst, nämlich was die UFL in den Köpfen von uns selbst ist. In jedem UFL-Kopf etwas anderes. (Das zu Deinen Bedenkern gegenüber "zu einhellig agierender Gruppen" - diese teile ich auch). Verschieden im Kopf heisst verschieden in unseren Ausgangslagen. In den kurzen Momenten einhelligen Agierens sind auch nur gerade die Frauen einhellig, die eine Aktion miteinander ausgeheckt haben. Wie Du weisst, bleiben viele, auch Du, unseren Strassenaktionen fern, weil ihnen diese Ebene nicht behagt. Zum "Plausch + Gaudi"-Vorwurf: Ja, das stimmt und es fehlte gerade noch, dass wir säuerlich und lustlos wären, wenn wir beispielsweise vor Beginn des Schlusskonzertes der IMF als aufgedonnerte Konzertbesucherinnen den echten aufgedonnerten Konzertbesuchern mit geschenkten Tausendernoten zu verstehen geben, dass sich Volksmitsprache in der Planung des neuen Konzerthauses nicht kaufen lässt. Wenn das alles noch beziehungsreich und phonstark eingenebelt wird mit der ewig wiederholten Sequenz "Seid umschlungen Millionen", um auf die von der Privatwirtschaft gesponserten Planungsmillionen aufmerksam zu machen, so ist diese Botschaft unmissverständlich durchgekommen, weil wir eben nicht mit dem von Dir beanstandeten Drohfinger, sondern mit Ironie die Ebene der Gegenseite benutzten. Dass wir selbst dabei "Plausch + Gaudi" hatten, ja, sollen wir uns das selbst verübeln? Diese Aktion garantierte quasi unsere Einsprache auf der institutionellen Ebene: Schliesslich wurde die Volksabstimmung zur ersten Konzerthaus-Kredittranche nur durch das von uns gesammelte Referendum möglich. Den im Abstimmungskampf ausgearbeiteten Argumentationskatalog willst Du wohl kaum auf die Ebene reduzieren können, wir hätten uns lediglich das Gefühl vermittelt, nicht allein zu sein.

Du weisst, dass dies nur ein Beispiel ist stehend auch für andere. Agitation als l'art pour l'art? Eben gerade weil an diesen Aktionen viele von uns beteiligt sind, haben sie einen andern Stellenwert als die einsame Arbeit der bei-

den Parlamentarierinnen. Liebend gerne stelle ich mir eine UFL-Parlamentsvertretung in Fraktionsstärke vor. Das würde vieles ermöglichen, was die Kraft einer einzelnen Vertreterin übersteigt. Unser Ziel jedoch ist es, dass sich möglichst viele Frauen ihrer Situation bewusst werden und ihr Selbstvertrauen untereinander so weit stärken, dass so die Situation innen und aussen verändert, nicht nur den vorgegebenen Raster, werden kann.

Zur Frauenstelle: Da, liebe Franziska, bin ich immer weniger stolz auf unsere "durchgeboxte" Initiative. So wie es momentan aussieht, besteht aller Grund zur Befürchtung, dass eine unterbesetzte Verwaltungsstelle entsteht. So war es wahrhaftig nicht gemeint. Und um so richtiger finde ich heute noch die Diskussion um eine Männerförderungs-Stelle. Nicht einmal taktisch war etwas zu verlieren - schon zum Zeitpunkt der Parlamentarischen Debatte nicht - auch diesmal nicht Drohfinger, sondern Ironie, auch dem eigenen Glauben gegenüber, Gleichheitsstellen könne man aus der Position derer gestalten, die nur wahrgenommen werden als Beweisstück der eigenen Fortschrittlichkeit.

Und: Widersprichst Du Dir nicht selbst, wenn Du einerseits diejenigen Fortschritte, die innerhalb der Institutionen erreicht werden, durch die taktische Wahl der vorgegebenen Mittel als zweckdienlich bezeichnest (im Gegensatz zu Aktionen), andererseits die zähe Absicht zur breit angelegten Veränderung vermisst, eben weil wir zu sehr mit Alltagspolitfragen zugedeckt sind. Dass gerade 2 UFL und ehemalige Poch-Parlamentarierinnen 1987 nicht wieder gewählt wurden, hat genau mit der Angst vor Veränderungen zu tun, Wähler und Wählerinnen setzten lieber auf vorgegebene Mittel und Wege, wo Frauen als Doppelsekretärinnen Männerkandidaturen schmücken. etc.

Zum Schluss: Was mich irritiert an Deinem Antwortbrief ist der Beobachterinnenstatus, den Du Dir auferlegst; Du bist jedoch auch ein Teil der UFL. Ich wünsche mir selbstverständlich immer kritische Distanz, wenn sie schöpferische Selbstkritik nach sich zieht. Wenn Objektivität (welche ja nicht existieren kann), sich dazu hergibt, vorzeigbare Resultate und das "Funktionieren" in Institutionen aufzuzählen, so kann sie gerade einer Gruppierung wie der UFL nicht gerecht werden.

Ich hoffe einmal, dass Du unsere Korrespondenz in diesem Sinn verstehst: **Life in your head** ist die notwendige Komplettierung, müssen doch gerade Frauen sich laufend selbst erfinden.

Ich freue mich, Dich bald zu sehen.

Laura

DIE TÄTIGKEIT DER EIDG. KOMMISSION FÜR FRAUENFRAGEN IM JAHRE 1989

Seit dem 1. Januar 1989 wird die Eidg. Kommission für Frauenfragen von Frau Dr. Judith Stamm, Nationalrätin und Jugendanwältin in Luzern, präsidiert.

Im weiteren wurde (für die Legislaturperiode 1989-1992) das Vizepräsidium der Kommission neu bestellt.

Wiedergewählt wurde dabei die bisherige Vizepräsidentin Signora Alma Bacciarini und neu wurde Herr Dr. Alberto Godenzi für den zurücktretenden Herrn Emil Kamber gewählt.

Auf den 1. April hat als Sekretärin der Kommission Frau Rosie Bitterli in der Nachfolge von Frau Dr. Claudia Kaufmann ihre Arbeit aufgenommen.

In diesem Jahr hat sich die Kommission schwergewichtig mit dem Thema Frauen und Politik beschäftigt.

1 SITZUNGEN

11 Plenarsitzungen

An insgesamt 6 Sitzungstagen (14.2., 21.3., 31.5., 13.9., 20./21.11.) behandelte die Kommission als wesentlichste Traktanden: Hearing und Diskussion zur Revision der Invalidenversicherung; Diskussion und Verabschiedung einer Stellungnahme zum Lohngleichheitsbericht; Diskussion und Verabschiedung der verschiedenen, z.T. in Auftrag gegebenen Kapitel des Berichtes "Frauen und Politik".

12 Arbeitsgruppen

Die Arbeitsgruppe "Frauen und Politik" begleitete die beauftragten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ihren Forschungsprojekten und erarbeitete die Folgerungen und Empfehlungen der Kommission. Diese Studie hat den gegenwärtigen Stand der Frauenvertretung in den politischen Gremien in der Schweiz zum Thema und wird aufzeigen, welche Schritte unternommen werden können, um die Situation in Zukunft zu verbessern.

Der Bericht wurde an der letzten Plenarsitzung verabschiedet und wird im Frühjahr 1990 auf deutsch und französisch publiziert. Eine Kurzfassung wird auf italienisch übersetzt.

Die Arbeitsgruppe "Sozialpolitik" bereitete, zusammen mit einer Expertin und einem Experten, die Stellungnahme der Kommission zur Revision der Invalidenversicherung zuhanden der Plenarsitzung (anfangs 1990) vor.

Die Arbeitsgruppe "Arbeitsgesetzrevision" konstituierte sich im Herbst und wird bis Anfang 1990 die Stellungnahme der Kommission zur Vernehmlassung der Arbeitsgesetzrevision zuhanden der Plenarsitzung erarbeiten.

Schliesslich wurde im Hinblick auf die 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft im Jahre 1991 eine 'Groupe de réflexion' eingesetzt. Sie prüfte ein allfälliges Aktivwerden der Kommission.

Ein definitiver Entscheid wird erst im Frühling 1990 gefällt.

2 PUBLIKATIONEN

21 F-Frauenfragen -

1989 erschienen 2 Nummern des Bulletins F-Frauenfragen.

Als Neuerung und Folge der Eröffnung des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann, wird F-Frauenfragen von einem erweiterten Mitarbeiterinnenteam betreut: dem Sekretariat der Eidg. Kommission für Frauenfragen (wie bisher, zeichnende Redaktion) sowie, je nach Themenschwerpunkt, den Mitarbeiterinnen des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann.

In der ersten Nummer zogen verschiedene Autorinnen Bilanz der bisherigen Gleichstellungspolitik und setzten sich mit der Problematik einer Institutionalisierung dieser Frage auseinander. Im weiteren wurden in einer Uebersicht über die schweizerischen Kantone die bestehenden oder beschlossenen Gleichstellungsstellen sowie diejenigen, die in Vorbereitung sind, aufgelistet.

Die zweite Nummer beschäftigte sich mit dem Thema Frauen und Arbeit bzw. Frauen-Förderung im Erwerbsbereich. Neben Artikeln zur Teilrevision des Arbeitsgesetzes, dem Tagebuch einer Tag- und Nachtarbeiterin erschien in einer Zusammenfassung eine Arbeit über positive Aktionsprogramme zur Verbesserung der beruflichen Möglichkeiten von Frauen. Im weiteren wurde die Auswertung über das Konsultativverfahren zum Lohngleichheitsbericht des EJPD veröffentlicht. Die schwierige Materie Arbeitsgesetzrevision und Frauenförderung wurde optisch durch eine Fotoreportage ergänzt.

22. Pressemappe/Dokumentationsstelle

Wie in den letzten Jahren informierte wiederum eine Pressemappe monatlich über die wichtigsten frauenspezifischen Ereignisse, namentlich zu den Stichworten Gewalt, gleiche Rechte, Frauen und Politik, Erziehung/Bildung, Ehe/Familie/Sexualität, Kunst/Wissenschaft/Medien/Kirche, Gesundheitswesen/soziale Sicherheit und Beruf. Die Bibliothek wurde durch Neuerscheinungen ergänzt. Im weiteren wird die Umstellung auf EDV vorbereitet.

3 VERNEHMLASSUNGEN

Stellungnahme der Eidg. Frauenkommission zum Schlussbericht "Lohngleichheit für Mann und Frau" Die Kommission begrüsst die Stossrichtung des Massnahmenpaketes und unterstützt namentlich das für den Schlussbericht gewählte Konzept. Sie geht mit der vom Eidg. Justiz- und Polizeidepartement eingesetzten Arbeitsgruppe einig, dass die angestrebte Lohngleichheit nur mittels einer umfassenden Chancengleichheitspolitik verwirklicht werden kann.

4 VERSCHIEDENES

41 Kontakte

Am 1. Januar nahm das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann seine Arbeit auf. Die Leiterin, Dr.

Claudia Kaufmann, ist von Amtes wegen in der Eidg. Kommission für Frauenfragen vertreten und gewährleistet somit den Informationsaustausch und die Koordination der beiden Organe. Im weiteren bestehen gute und regelmässige Kontakte zwischen dem Kommissionssekretariat und den Mitarbeiterinnen des Gleichstellungsbüros.

Wiederum fand das jährliche Treffen der Parlamentarierinnen mit den Präsidentinnen der gesamtschweizerischen Frauenverbände und der Eidg. Kommission für Frauenfragen statt. Diskussionspunkte bildeten die 10. AHV-Revision, die Frage der Nomination von Frauen für ausserparlamentarischen Kommissionen des Bundes und der Informationsaustausch mit den Parlamentarierinnen. Im weiteren nimmt das Kommissionssekretariat an den in jeder Session stattfindenden Treffen der Parlamentarierinnen teil.

Anlässlich ihrer Plenarsitzung vom September besuchte die Kommission das Archiv zur Geschichte der schweizerischen Frauenbewegung der Gosteli-Stiftung und informierte sich an Ort und Stelle über den Stand der Arbeiten in dieser Institution.

42 Internationale Organisationen

Die Präsidentin der Eidg. Kommission für Frauenfragen wurde vom Bundesrat zur Delegationsleiterin am 2. Europarat-Ministertreffen über die Gleichstellung von Frauen und Männern bestimmt. Dieses Treffen mit dem Generalthema "Politische Strategien für die Realisierung der effektiven Gleichstellung von Frauen und Männern" fand am 4. und 5. Juli 1989 in Wien statt. Dabei wurde eine "Resolution über die Politik zur Beschleunigung der Realisierung der effektiven Gleichstellung von Frauen und Männern" verabschiedet. Der Schweizer Delegation gehörten ferner folgende Mitglieder der Frauenkommission an: Frau Marie-Josèphe Lachat und Frau Claudia Kaufmann.

Im weiteren war das CEEG (Comité pour l'égalité entre les femmes et les hommes) des Europarates 1989 weitgehend mit der Vorbereitung der MinisterInnenkonferenz sowie mit Routinegeschäften beschäftigt. Als Schweizer Vertreterin nahm die Kommissionssekretärin an den Sitzungen teil.

5 AUSBLICK 1990

Die Kommission wird die bereits in Angriff genommenen Arbeiten zu Ende führen. Es sind dies namentlich

- Publikation des Berichtes über Frauen und Politik
- Stellungnahmen zur Invalidenversicherung und Arbeitsgesetzrevision.

Im weiteren wird F-Frauenfragen wiederum mit 2-4 Nummern erscheinen.

Bezüglich neuer Schwergewichtsthemen wird die Kommission erst im Frühjahr entscheiden.

LES ACTIVITÉS DE LA COMMISSION FÉDÉRALE POUR LES QUESTIONS FÉMININES EN 1989

La Commission fédérale pour les questions féminines est depuis le 1er janvier 1989 présidée par Mme Judith Stamm, conseillère nationale, avocate pour les questions des jeunes, de Lucerne.

Par ailleurs, la vice-présidence (pour la période législative de 1989 à 1992) a été renouvelée. Mme Alma Bacciarini a été réélue tandis que M. Alberto Godenzi était désigné pour succéder à M. Emil Kamber, démissionnaire.

Le 1er avril, Mme Rosie Bitterli succédait à Mme Claudia Kaufmann au poste de secrétaire de la commission.

La commission a cette année axé ses travaux sur le thème "les femmes et la politique".

1 SÉANCES

11 Séances plénières

Au cours de 6 jours de séance, (14.2, 21.3, 31.5, 13.9, 20/21.11.), les questions suivantes ont été à l'ordre du jour: exposé d'experts et discussion au sujet de la révision de l'assurance-invalidité; adoption d'une prise de position sur le rapport relatif à l'égalité de salaire; discussion des divers travaux -en partie accomplis sur mandat-- présentés dans les différents chapitres du rapport intitulé sur les femmes et la politique.

12 Groupes de travail

Le groupe de travail "Les femmes et la politique" s'est occupé du suivi des travaux des recherches scientifiques mandatés et a préparé les conclusions et les recommandations de la commission. Cette étude a pour objet l'état actuel de la représentation des femmes dans les instances politiques en Suisse et préconise des moyens pour améliorer la situation. Le rapport a été adopté lors de la dernière séance plénière et sera publié en français et en allemand au printemps de 1990. Une synthèse sera réalisée en italien.

De concert avec deux spécialistes, le groupe de travail "Politique sociale" a préparé, à l'intention de la séance plénière (début de 1990), la prise de position de la commission sur la révision de l'assurance-invalidité.

Le groupe de travail "Révision de la loi sur le travail" s'est constitué en automne dernier et élaborera à l'intention de la séance plénière d'ici au début de 1990 la prise de position de la commission à l'occasion de la procédure de consultation en vue de la révision de la loi

sur le travail.

Enfin, un groupe de réflexion s'est constitué dans la perspective du 700e anniversaire de la Confédération en 1991. Il a examiné l'éventualité d'une participation de la commission. Une décision définitive à ce propos sera prise au printemps de 1991.

2 PUBLICATIONS

21 F-Questions au féminin

Le bulletin a paru à deux reprises en 1989. Suite à l'ouverture du Bureau de l'égalité entre femmes et hommes, la rédaction de F- Questions au féminin s'est agrandie. Le Secrétariat de la Commission fédérale pour les questions féminines assure comme jusqu'ici la rédaction, mais est secondé pour des questions spécifiques par les collaboratrices du Bureau de l'égalité.

Dans le premier numéro, diverses auteures ont dressé un bilan de la politique menée en matière d'égalité et évoqué la question de l'institutionnalisation. Par ailleurs, on y trouve une liste répertoriant les bureaux de la condition féminine déjà créés ou en préparation dans divers cantons suisses. Le second numéro est consacré à la question des femmes dans le monde du travail et aux possibilités de promouvoir l'égalité dans ce domaine. A côté de divers articles consacrés à la révision de la loi sur le travail et du journal d'une travailleuse de jour et de nuit, ce numéro présente la synthèse d'un travail sur des programmes d'actions visant à améliorer les possibilités professionnelles des femmes. On peut également y lire une évaluation de la consultation sur le rapport du DFJP concernant l'égalité des salaires. Le texte sur la révision de la loi sur le travail, parfois ardu en raison de la complexité de la matière, est illustré par des photographies.

22 Revue de la presse et service de documentation

cf F 1/89 page 37 / 23

La bibliothèque s'est enrichie de quelques nouvelles publications et l'on prépare son informatisation.

3 CONSULTATIONS

Prise de position de la Commission fédérale pour les questions féminines sur le rapport final "Egalité de salaires entre hommes et femmes"

La commission estime que les mesures proposées vont dans le bon sens et elle s'en réjouit; elle soutient l'approche choisie. Elle partage l'avis du Département

fédéral de justice et police selon lequel l'égalité des salaires ne pourra être atteinte que dans le cadre d'une politique globale d'égalité des chances.

4 DIVERS

41 Contacts

Le Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes a pris ses activités le 1 janvier. Sa chef, Mme Claudia Kaufmann est représentée d'office au sein de la commission et assure ainsi l'échange d'information et la coordination des deux organes. Il existe par ailleurs des contacts réguliers et fructueux entre le secrétariat de la commission et les collaboratrices du Bureau de l'égalité.

La rencontre annuelle des parlementaires avec les présidentes des sociétés féminines suisses et de la Commission fédérale pour les questions féminines a été consacrée aux thèmes suivants: la 10e révision de l'AVS, la question de la nomination des femmes dans les commissions fédérales extra-parlementaires, et l'échange d'information avec les parlementaires.

Par ailleurs, le secrétariat de la commission prend part aux rencontres entre parlementaires lors des sessions.

A l'occasion de sa séance plénière en septembre la commission a visité les archives de l'histoire du mouvement féministe suisse de la Fondation Gosteli et s'est informé sur place des travaux de cette institution.

42 Organisations internationales

Le Conseil fédéral a appelé la présidente de la Commission fédérale pour les questions féminines à conduire la délégation suisse à la 2e Conférence ministérielle européenne sur l'égalité entre les femmes et les hommes. Consacrée au thème "Stratégies politiques pour la réalisation de l'égalité effective des femmes et des hommes", cette rencontre a eu lieu à Vienne les 4 et 5 juillet 1989. Une résolution sur l'accélération de la réalisation de l'égalité effective des femmes et des hommes a été adoptée. Deux autres membres de la commission féminine, Mesdames Marie-Josèphe Lachat et Claudia Kaufmann complétaient la délégation suisse.

Par ailleurs, le CEEG (Comité pour l'égalité entre les femmes et les hommes) du Conseil de l'Europe s'est occupé de la préparation de la conférence des ministres ainsi que des affaires courantes. La secrétaire de la commission féminine a représenté la Suisse lors des séances.

5 PERSPECTIVES POUR 1990

La commission achèvera les travaux suivants:

- publication du rapport sur les femmes et la politique.
- prises de position sur l'assurance-invalidité et sur la révision de la loi sur le travail.

F - Questions au féminin paraîtra à nouveau entre deux et quatre reprises.

La commission ne fixera les thèmes prioritaires pour l'avenir qu'au début de l'an.

(Traduction Gilles Cuenat)

L'ATTIVITA DELLA COMMISSIONE FEDERALE PER I PROBLEMI DELLA DONNA NEL 1989

Dal 1° gennaio 1989, la Commissione federale per i problemi della donna è presieduta dalla dott. Judith Stamm, consigliera nazionale e giudice dei minorenni a Lucerna. Le elezioni alla vicepresidenza per la legislatura 1989-1992 hanno riconfermato nella carica la signora Alma Bacciarini, mentre al signor Emil Kamber, dimissionario, è subentrato il dott. Alberto Godenzi. Il 1° aprile, la signora Rosie Bitterli ha iniziato il suo lavoro quale segretaria della Commissione, in sostituzione della dott. Claudia Kaufmann. Nel corso dell'anno, la Commissione si occupata in particolare del tema inerente alle donne nella politica.

1. SEDUTE

11 Sedute plenarie Le 6 riunioni plenarie (14.2, 21.3, 31.5, 13.9 e 20/21.11.89) tenute dalla Commissione nel corso dell'anno recavano all'ordine del giorno: un'audizione e la discussione sulla revisione dell'assicurazione contro l'invalidità; la discussione e il licenziamento di una presa di posizione sul rapporto concernente la parità salariale; la discussione e il licenziamento di diversi capitoli del rapporto "Donne e politica", una parte dei quali era stata commissionata a ricercatrici e ricercatori esterni.

12 Gruppi di lavoro Il gruppo di lavoro "Donne e politica" ha seguito le ricercatrici e i ricercatori incaricati nello svolgimento delle indagini e ha elaborato le conclusioni e le raccomandazioni della Commissione. Questo studio è incentrato sulla rappresentazione delle donne nei consessi politici in Svizzera e dovrà indicare quali passi vadano ancora compiuti per migliorare la situazione nel futuro. Il rapporto è stato approvato nel corso dell'ultima riunione dell'anno e sarà pubblicato nella primavera del 1990 in francese e tedesco; del riassunto è prevista anche la versione in italiano.

Il gruppo di lavoro "Politica sociale", coadiuvato da un'esperta e da un'esperto, ha allestito all'attenzione della seduta plenaria di inizio 1990 la presa di posizione commissionale sulla revisione dell'assicurazione contro l'invalidità.

Il gruppo di lavoro "Revisione della legge sul lavoro" si è costituito quest'autunno. Entro l'inizio del 1990 dovrà elaborare all'attenzione della seduta plenaria la presa di

posizione commissionale per la consultazione concernente la revisione della legge sul lavoro.

Infine, in vista dei festeggiamenti per i 700 anni della Confederazione, che si svolgeranno nel 1991, si è creato un gruppo di riflessione. Questo gruppo studia le attività di cui la Commissione potrebbe farsi promotrice. La decisione definitiva in merito verrà presa solo nella primavera del 1990.

2 PUBBLICAZIONI

21 F-Problemi al femminile Nel 1989, sono apparsi due numeri del bollettino F-Problemi al femminile. Quale innovazione e conseguenza dell'apertura dell'Ufficio per l'uguaglianza fra donna e uomo, F-Problemi al femminile è ora redatto da un'équipe allargata, composta dalle collaboratrici della segreteria della Commissione per i problemi della donna - come finora e in quanto redazione responsabile - e, secondo gli argomenti da trattare, dalle collaboratrici dell'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo.

Nel primo numero, le autrici facevano il bilancio della politica di uguaglianza sin qui perseguita e discutevano il problema legato alla crescente istituzionalizzazione della questione femminile. Seguiva una panoramica dei cantoni svizzeri che avevano istituito o deciso di istituire un ufficio per l'uguaglianza, come pure di quelli che stavano allestendo i preparativi in vista di creare una simile struttura.

Il secondo numero trattava l'argomento delle donne sul lavoro rispettivamente della promozione delle donne nel mondo del lavoro. Accanto ad articoli sulla revisione parziale della legge sul lavoro e al diario di una lavoratrice diurno-notturna, veniva presentata riassuntivamente una ricerca sui programmi d'azione volti a migliorare le opportunità professionali delle donne. Riportato vi si trovava anche lo spoglio di una consultazione concernente il rapporto sulla parità salariale fatta dal DFGP. L'ostica materia della revisione della legge sul lavoro e della promozione della donna veniva integrata con un reportage fotografico.

22 Dossier per la stampa / Centro di documentazione Come in passato, si è di nuovo allestito a scadenze mensili un dossier riguardante gli avvenimenti di maggior rilievo per le donne, segnatamente nei settori: violenza, parità di diritti, donne e politica, educazione/formazione, matrimonio/famiglia/sessualità, arte/scienze/media/chiesa, servizi sanitari/sicurezza sociale e professione.

La biblioteca è stata aggiornata con nuove pubblicazioni. Inoltre, ci si sta riorganizzando in vista dell'introduzione dei sistemi informatici.

3 CONSULTAZIONI

Presa di posizione della Commissione federale per i problemi della donna sul rapporto conclusivo "Parità salariale tra donna e uomo"

La Commissione approva l'indirizzo delle misure proposte e, in particolare, il piano scelto per il rapporto conclusivo. Essa condivide l'opinione espressa dal gruppo di lavoro del Dipartimento federale di giustizia e polizia, secondo cui la parità salariale è attuabile solo nell'ambito di una politica che persegua uguali opportunità in tutti i settori.

4 VARIA

41 Contatti

Il 1° gennaio è stato aperto l'Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo. La direttrice, dott. Claudia Kaufmann, lo rappresenta d'ufficio in seno alla Commissione federale per i diritti della donna, assicurando in tal modo pure lo scambio di informazioni e il coordinamento tra i due organi. Buoni e regolari si sono rivelati anche i contatti tra la segreteria della Commissione e le collaboratrici dell'Ufficio per l'uguaglianza.

Nel corso dell'anno si è pure ripetuto l'abituale incontro tra le deputate in parlamento, le presidenti delle associazioni femminili attive a livello nazionale e la Commissione federale per i problemi della donna. L'ordine del giorno prevedeva la discussione della 10a revisione dell'AVS e della questione della nomina di donne nelle commissioni federali extraparlamentari, come pure uno scambio di informazioni con le deputate.

La segreteria della Commissione ha inoltre presenziato agli incontri tra le deputate - incontri che si tengono nel corso di ogni sessione.

In occasione della sua seduta plenaria di settembre, la Commissione ha visitato l'Archivio per la storia del movimento femminista svizzero della Fondazione Gosteli, al fine di informarsi in loco sul lavoro svolto da questa istituzione.

42 Organizzazioni internazionali

La presidente della Commissione federale per i problemi della donna è stata designata dal Consiglio federale quale capo della delegazione svizzera al 2° Incontro dei ministri del Consiglio d'Europa dedicato all'uguaglianza tra donna e uomo. Questo incontro, il cui tema generale era "Strategie politiche per l'attuazione della parità effettiva tra donne e uomini", ha avuto luogo il 4 e 5 luglio 1989 a Vienna. In quell'occasione si è votata la "Risoluzione sulla politica di accelerazione dell'attuazione della parità effettiva tra donne e uomini". Della delegazione svizzera facevano parte anche Marie-Josèphe Lachat e Claudia Kaufmann, in quanto membri

della Commissione per i problemi della donna.

Nel 1989, il CEEG (Comité pour l'égalité entre les femmes et les hommes) del Consiglio d'Europa si è occupato soprattutto dei preparativi in vista della Conferenza dei ministri, come pure degli affari correnti. Alle sue riunioni era delegata, nella veste di rappresentante svizzera, la segretaria della Commissione.

5 ATTIVITÀ PREVISTE PER IL 1990

La Commissione porterà a termine i lavori in corso, in particolare:

- la pubblicazione del rapporto sulle donne in politica
- le prese di posizione sull'assicurazione contro l'invalidità e la revisione della legge sul lavoro.

F-Problemi al femminile uscirà di nuovo con 2 a 4 numeri. Per quanto concerne i nuovi temi da affrontare, la Commissione prenderà una decisione solo nella primavera prossima.

(Traduzione Romana Camani-Pedrina)

CHRONIK DER LAUFENDEN EREIGNISSE JULI 1989 BIS JANUAR 1990

von Elisabeth Kästli

INITIATIVE FÜR HEBAMMENENTGELT BEI HAUSGEBURTEN

(4.7.) Eine Volksinitiative fordert im Kanton Thurgau ein kantonales Hebammenentgelt für Hausgeburten. Der von Elke Burg präsidierte Verein "Forum Geburtenhilfe" lancierte die Initiative mit dem Ziel, den Schwangeren die freie Wahl der Entbindungsart zu ermöglichen. Zu diesem Zweck sollen freischaffende Hebammen bei Hausgeburten auf eine angemessene Entschädigung zählen können. Die Initiative ist mit 3'321 Unterschriften zustande gekommen. Das Forum will im übrigen eine Beratungsstelle über Geburtshilfe eröffnen.

BOTSCHAFTERIN FÜR PERU UND BOLIVIEN ERNANNT

(4.7.) Als dritte Frau hat der Bundesrat die 50jährige Sylvia Pauli zur Botschafterin ernannt. Sie wird die Schweiz in Peru und Bolivien vertreten. Seit 1985 ist sie Botschaftsrätin und erste Mitarbeiterin des Missionschefs in Wien. Sie trat 1968 in den Dienst des Eidg. Departementes für Auswärtige Angelegenheiten und war in Bern, den Haag, Paris, Washington und Wien im Einsatz.

FÜR GLEICHBERECHTIGUNG IN LEHRMITTELN

(17.7.) Die "Werkstatt Frauensprache" in St. Gallen setzt sich seit drei Jahren für die Aufhebung der Geschlechtsdiskriminierung in Schulbüchern ein. Die Gruppe untersuchte die gebräuchlichsten Lesebücher im Kanton St. Gallen (die zum Teil auch in anderen Kantonen verwendet werden) in bezug auf das Frauen- und Männerbild, das sie den Schulkindern vermitteln. Sie stellte u.a. fest, dass von 132 Schulbuch-AutorInnen nur 12 weiblich sind, dass in den Texten dreimal soviel männliche Personen vorkommen wie weibliche und dass nur ein ganz geringer Teil der Frauen berufstätig ist - etwa als Wäscherin, Dienstmädchen oder bestenfalls Klavierlehrerin. Der st. gallische Erziehungsrat hat nun immerhin drei der Bücher mit überholter Rollenverteilung zwischen Mann und Frau von der Liste der obligatorischen Schulbücher gestrichen oder will sie in neuen Fassungen vorlegen.

WENIG FRAUEN IN HÖHERER BERUFS-AUSBILDUNG

(20.7.) In der höheren Berufsausbildung, die eine abgeschlossene Berufslehre, ein Mittelschuldiplom, Lehrpatent oder Matur voraussetzt, dominieren die jungen Schweizer Männer. Laut Bundesamt für Statistik werden nur gerade ein Fünftel der Meister-, TechnikerInnen-, IngenieurInnen- oder Fachschuldiplome von Frauen erworben. 1987/88 besuchten 8'226 Frauen und 32'094 Männer eine höhere Berufsschule. Auch Ausländerinnen und Ausländer sowie ältere Erwerbstätige sind in der höheren Berufsausbildung untervertreten. Die Untervertretung der Frauen hat einerseits mit deren Belastung durch Familie zu tun, andererseits aber auch mit dem engeren Berufsspektrum, in dem sich die Frauen bewegen - oft Berufe ohne Aufstiegsmöglichkeiten - mit mangelndem Selbstvertrauen und fehlender Förderung.

WENIGER ALKOHOL, MEHR TRANQUILIZER

(27.7.) Nach einer Scheidung trinken Frauen eher weniger Alkohol als zuvor. Dies geht aus einer Untersuchung des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Genf bei über hundert Frauen hervor, die gerade eine Scheidung hinter sich hatten. Es zeigte sich, dass sich der Bekanntenkreis der Frauen durch die Scheidung veränderte, wodurch der Alkoholkonsum mehrheitlich zurückging. Die mit der Scheidung verbundenen Problemen führten dagegen öfters zur Einnahme von Beruhigungs- oder Schlafmitteln.

WENIGER ABTREIBUNGEN IN DER SCHWEIZ

(29.7.) Die Zahl der legalen Schwangerschaftsabbrüche hat in der Schweiz in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Obwohl die Zahlen nicht genau festgelegt werden können (für die Kantone Thurgau und Zürich liegen nur Schätzungen vor), weisen die in der Westschweizer Zeitschrift "Médecine et Hygiène" veröffentlichten Zahlen auf eine rückläufige Tendenz hin: 1966 wurden die legalen Abbrüche an in der Schweiz wohnhaften Frauen auf 18'000 bis 21'000 geschätzt, 1986 noch auf rund 14'000. Die Schweizerische Vereinigung für die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs (SVSS) führt diese Entwicklung unter anderem auf eine verbesserte Information über die Empfängnisverhütung zurück.

MEHR SCHEIDUNGEN, MEHR HEIRATEN

(6.8.) Die Zahl der Ehescheidungen stieg 1988 auf eine neue Rekordhöhe: 12'731 Scheidungen; das sind fast elf Prozent mehr als im Vorjahr. (Die jährliche Zunahme

lag seit 1980 etwa bei zwei bis drei Prozent). Das Bundesamt für Statistik führt die enorme Zahl der Scheidungen des vergangenen Jahres auf die Einführung des neuen Eherechts zurück, welches die geschiedenen Frauen finanziell besserstellt. Auf Anraten ihrer AnwältInnen warteten 1987 zahlreiche Scheidungswillige das Inkrafttreten des neuen Eherechts am 1.1.1988 ab. Ebenfalls Rekordzahlen waren bei den Eheschliessungen zu verzeichnen, 45'176 Paare (fast fünf Prozent mehr als 1987) gaben sich 1988 das Ja-Wort.

WALLISER BEAMTINNEN BENACHTEILIGT

(16.8.) In der Walliser Kantonsverwaltung verdienen die Frauen weniger als ihre männlichen Kollegen und haben weniger Aufstiegschancen. Ein Bericht der kantonalen Kommission für Frauenfragen über die Situation der Frauen in der kantonalen Verwaltung zeigt, dass von den über 700 Frauen nur gerade fünf in den sechs oberen Gehaltsklassen eingeteilt sind gegenüber mehr als hundert Männern. In den fünf untersten Lohnklassen dagegen gibt es fünfmal mehr Frauen als Männer. Weiter wurde festgestellt, dass Frauen mit gleicher Ausbildung und in gleichen Funktionen wie ihre männlichen Kollegen tiefere Löhne erhalten. Und zu den Beförderungsaussichten heisst es im Bericht: "Die Aufstiegschancen für Frauen sind lächerlich".

BUBEN- UND MÄDCHENHANDARBEITSUNTERRICHT IN ZÜRICH

(21.8.) Mit Beginn des neuen Schuljahres ist der gemeinsame Handarbeitsunterricht für Knaben und Mädchen in allen Primarschulen des Kantons Zürich definitiv eingeführt worden. Versuchsweise hatten bereits gut die Hälfte der Schulen das gemeinsame Werken mit Stricknadeln, Holz, Ton usw. praktiziert. Mit einer Verzögerung wird anfangs der 90er Jahre die Koedukation im Werken und textilen Handarbeiten auch in der Oberstufe eingeführt.

DEMONSTRATION GEGEN GEWALT

(23.8.) Der Sexualmord am 17. August in Zürich-Altstetten und eine Reihe von Vergewaltigungen hat engagierte Frauen zu einer Demonstration gegen die Gewalt an Frauen und zu einer Veranstaltungsreihe zum Thema "Frauen im öffentlichen Raum" veranlasst. "Frauen, lasst euch nicht einschüchtern, werdet laut und frech, widerspenstig und widerständig, organisiert und solidarisiert euch", forderten Rednerinnen an der Demonstration. Die Ratschläge der Polizei zur Vorsicht erboste viele Frauen, die sich nicht zuhause einsperren lassen wollen. Gefordert werden vielmehr gratis Selbstverteidigungskurse - das Sozialamt der Stadt

Zürich bietet solche ab Oktober zu einem bescheidenen Unkostenbeitrag an - ein Nachttaxi für Frauen, städtebauliche Veränderungen und ein frauengerecht organisierter öffentlicher Verkehr. Im weiteren sollen sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz vermehrt thematisiert werden und das Strafrecht und die Verfahrenspraxis bei Vergewaltigungen geändert werden, da immer noch zahlreiche Frauen aus Angst vor einem erniedrigenden Gerichtsverfahren eine Vergewaltigung nicht anzeigen.

FRIEDENSPOLITIK-POSTEN FÜR MARIANNE VON GRÜNIGEN

(25.8.) Im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten wird eine neue politische Abteilung geschaffen, die sich mit Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik befassen soll. Leiterin dieser Abteilung wird die 53jährige Juristin Marianne von Grünigen, welche zurzeit Botschafterin in Finnland ist.

CLUB DER ZUGER BERUFS- UND GESCHÄFTSFRAUEN GEGRÜNDET

(29.8.) Rund zwei Dutzend Frauen haben den Club der Zuger Berufs- und Geschäftsfrauen gegründet, der sich zum Ziel setzt, ein Beziehungsnetz unter Frauen in leitenden oder selbständigen Posten aufzubauen und die Stellung der Frau generell aufzuwerten. Zur Präsidentin des Clubs wurde Erna Rüttimann-Nussbaumer gewählt.

BERN: WEIBLICHE FORM WIEDER ABGESCHAFFT

(30.8.) Der bernische Rat will entgegen dem Willen der Regierung die weibliche Form in den Gesetzestexten wieder abschaffen. Ein SVP-Grossrat kritisierte, die 1987 beschlossene Richtlinie, wonach die weibliche und die männliche Form auszuführen sei, wenn keine geschlechtsneutrale Formulierung zur Verfügung stehe, führe teilweise zu unverständlichen Gesetzestexten. Sein Postulat für die Abänderung dieser Richtlinie wurde mit 93 gegen 51 Stimmen angenommen.

30'000 FRANKEN WENIGER FÜR MANAGERINNEN ALS FÜR MANAGER

(31.8.) Die Manager verdienen im Durchschnitt 98'500 Franken pro Jahr, die Managerinnen nur 70'900. Dies liegt vor allem daran, dass die Managerinnen in ihrer grossen Mehrheit in den beiden untersten von fünf untersuchten Führungsebenen beschäftigt sind. Wie der Lohnvergleich zwischen Männern und Frauen bei gleicher Führungsfunktion aussieht, ist laut der Umfrage des Instituts für Marktanalyse schwer feststellbar, weil in den 309 befragten Firmen nur 9 Prozent der Führungskräfte weiblichen Geschlechts sind.

KAMPAGNE GEGEN SEXUELLE BELÄSTIGUNG

(1.9.) Der Verband des Personals der öffentlichen Dienste (VPOD) will mit einer breiten Kampagne der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz entgegenwirken. Die Problematik soll ins Bewusstsein von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen gerückt werden. Der VPOD fordert zudem frauenfreundliche Beschwerde- und Klagemöglichkeiten für die betroffenen Arbeitnehmerinnen. Heute existiert sexuelle Belästigung als Tatbestand im schweizerischen Strafrecht nicht, und die vorhandenen Gesetzesartikel sind meist nur bei massiven, handgreiflichen Belästigungen anwendbar. Unter sexuelle Belästigung fällt jedoch nach Definition des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften jede unerwünschte körperliche Annäherung sowie die Verletzung der psychischen Integrität der Frau in Form von Äusserungen und Gesten.

NEUE ROTKREUZDIENST-CHEFIN

(4.9.) Béatrice Magnin-Riedi (1945) ist zur neuen Chefin des Rotkreuzdienstes (RKD) ernannt worden. Frau Oberstleutnant Magnin ist Stellvertreterin des RKD-Chefarztes Peter Maeder. Der RKD zählt rund 3'200 Frauen.

SSM VERLANGT FRAUENFÖRDERUNG

(6.9.) In einer Resolution fordern die Frauen des Syndikats Schweizerischer Medienschaffender (SSM) Sofortmassnahmen zur Verbesserung der Stellung der Frauen bei der SRG. Da es in den Kaderstellen bei Radio und Fernsehen nur ganz wenige Frauen gibt, verlangten die rund 80 Teilnehmerinnen der SSM-Tagung, dass die SRG Strukturen schaffe, die Frauen den Aufstieg erleichtern. In jeder Sprachregion solle eine Frauenbeauftragte im Status einer Stabsstelle eingestellt werden. Und ab sofort seien zwei Drittel der Volontariatsstellen mit Frauen zu besetzen, um allmählich ein Gleichgewicht zwischen Männern und Frauen herzustellen.

PREIS FÜR INGE SPRENGER VIOL

(9.9.) Der Ida-Somazzi-Preis ist dieses Jahr der Luzerner Schriftstellerin Inge Sprenger Viol verliehen worden. Die Forscherin und Publizistin wurde für ihre Porträts "Merkwürdiger Frauen" geehrt, mit denen sie Werk und Leben bemerkenswerter Frauen aus der Innerschweiz aus der Vergessenheit holte. Der Preis der Ida-Somazzi-Stiftung wird jeweils für Arbeiten verliehen, die sich für Erziehung, Friede, Freiheit und Menschenrechte einsetzen.

BUNDESRAT WILL FRAUEN-NACHTARBEIT ERLAUBEN

(14.9.) Der Bundesrat schickt einen Entwurf für die Revision des Arbeitsgesetzes in die Vernehmlassung, der das Nachtarbeitsverbot für Frauen aufhebt. An seiner Stelle ist ein Nachtarbeitsverbot für diejenigen Menschen vorgesehen (Frauen und Männer), die Kinder zu betreuen haben. Bei Ehepaaren könnte allerdings nur der eine Teil diese Schutzbestimmung in Anspruch nehmen. Würde die Schweiz das zurzeit gültige Nachtarbeitsverbot abschaffen, müsste sie das entsprechende Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) kündigen.

WAADTLÄNDERINNEN WOLLEN BÜRO FÜR GLEICHSTELLUNG

(14.9.) Zwei Waadtländer Grossrätinnen haben im Parlament die Schaffung eines kantonalen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann gefordert. Sie stützen sich dabei auf eine Petition der Waadtländer Frauenverbände, welche von 3'147 Frauen unterzeichnet wurde. Der Grosse Rat hat den Vorstoss an die Regierung überwiesen.

"SPATZ" FÜR DIE FRAUEN

(14.9.) Auf Initiative von Nationalrätin Susanne Daepf-Heiniger (SVP) sind auch die Aktivdienstveteraninnen zum Militär-Spaz (Gemüse-Fleischsuppe) eingeladen worden. Rund 500 Veteraninnen "ohne Dienstbüchlein" sind der Einladung des EMD gefolgt, welches diesen "Frauen-Diamant" zusammen mit jenen Frauenverbänden (Schweiz. Landfrauenverband, Bund Schweiz. Frauenorganisationen und Schweiz. Gemeinnütziger Frauenverband) durchführte, die vor 50 Jahren die Schweizerinnen zum solidarischen Einsatz aufgerufen hatten. - Eine Woche später treffen sich die Frauen des Schweizerischen Samariterbundes unter dem Titel "Amethyst" zur Mobilmachungsgedenkfeier.

JUGENDBUCHPREIS FÜR ZWEI HISTORIKERINNEN

(27.9.) Für ihr Buch "Stärker als ihr denkt" haben die beiden Historikerinnen Karin Grütter und Annamarie Rytter vom Schweizerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband den Schweizer Jugendbuchpreis erhalten. Das Buch schildert die Geschichte lediger Fabrikarbeiterinnen im letzten Jahrhundert.

AUSLÄNDISCHE EhePARTNER: ERLEICHTERTE EINBÜRGERUNG

(27.9.) Mit der vom Nationalrat gutgeheissenen Bürgerrechtsrevision müssen ausländische Frauen bei der Heirat mit einem Schweizer auf das bisher automatisch erteilte Schweizer Bürgerrecht verzichten, während ausländische Männer, die eine Schweizerin heiraten, künftig besser dastehen als bisher. Für ausländische EhepartnerInnen von Schweizerinnen oder Schweizern ermöglicht nämlich das neue Gesetz eine erleichterte Einbürgerung. Bedingung für diese ist, dass der oder die ausländische EhepartnerIn fünf Jahre in der Schweiz gelebt hat und seit drei Jahren verheiratet ist. Mit dieser Gesetzesrevision, die wegen kleiner Differenzen noch einmal in den Ständerat zurückgeht, sind Frauen und Männer im Bürgerrecht gleichgestellt.

ST. GALLEN: SAMENBANKVERBOT AUFGEHOBEN

(28.9.) Das Bundesgericht hat die restriktive Regelung der Anwendung der Fortpflanzungstechnologie im Kt. St. Gallen aufgehoben. 1987 beschloss der St. Galler Grosse Rat, dass die heterologe Insemination (Fremdbesamung) und die In-vitro-Fertilisation verboten sei. Darauf wurde die Samenbank des St. Galler Kantonsspitals geschlossen. Nach dem Bundesgerichtsurteil muss nun die Kantonsregierung eine neue Gesetzesvorlage ausarbeiten. Die früheren Verhältnisse werden jedoch nicht wieder hergestellt werden, da das Bundesgericht bestimmt hat, dass die Anonymität der Samenspende aus rechtlichen Gründen nicht zugesichert werden könne. Damit dürfte es schwieriger werden, überhaupt noch Spender zu finden.

STELLENVERMITTLUNG FÜR WIEDEREINSTEIGERINNEN

(29.9.) Zwei initiativ Frauen haben in Bern unter dem Namen "Workagain" eine Beratungsstelle und Stellenvermittlung für Wiedereinsteigerinnen eröffnet. Aus eigener Erfahrung sind Cláudia Rudin und Susanne Fehr überzeugt, dass jede Arbeit teilbar wäre und Teilzeitarbeit auch in Kaderstellen möglich ist. Ihr Beratungs- und Vermittlungsangebot richtet sich vor allem an ehemalige Sekretärinnen, Sachbearbeiterinnen und kaufmännische Angestellte.

FACHSTELLE FÜR GLEICHBERECHTIGUNG

(1.10.) Im Kanton Zürich ist auf Beschluss der Regierung eine Fachstelle für Gleichberechtigungsfragen geschaffen worden. Sie besteht aus einer Sekretärin und einer Sachbearbeiterin.

SPRACHWISSENSCHAFTSPROFESSORIN IN BASEL

(1.10.) Dr. phil. Annelies Häcki Buhofer tritt heute ihr Amt als Extra-Ordinaria für Deutsche Sprachwissenschaft an der Universität Basel an. Die 1954 geborene Professorin war seit 1985 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Seminar der Universität Zürich. Sie tritt die Nachfolge des pensionierten Professor Robert Schläpfer an.

FRAUENHAUS-STIFTUNGSRAT ZURÜCKGETRETEN

(6.10.) Aus Protest gegen das Vorgehen der Regierung ist der 14köpfige Stiftungsrat des St. Galler Frauenhauses zurückgetreten. Der Regierungsrat hatte ohne vorherige Information des Stiftungsrates öffentlich erklärt, er mache die künftige Mitfinanzierung des Frauenhauses mit jährlich 100'000 Franken von einer neuen Trägerschaft abhängig. Der Stiftungsrat erklärt dies als Vertrauensbruch, habe doch die Regierung einer vertraulichen Behandlung der Differenzbereinigung zugestimmt. Entgegen der Erfahrung in anderen Frauenhäusern der Schweiz wünsche die Regierung eine hierarchisch strukturierte Trägerschaft.

SEXUELLE GEWALT ALS MACHTAUSÜBUNG

(7.10.) Eine Untersuchung der Sozialforschungsstelle der Universität Zürich zeigt, dass sexuelle Gewalt gegen Frauen Ausdruck ungleicher Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern ist. Projektleiter Alberto Godenzi kommt zum Schluss, dass die beste Prävention auf gesellschaftlicher Ebene somit die Gleichstellung von Mann und Frau ist. 99 Prozent der jährlich rund 4'000 ausserehelichen Vergewaltigungen in der Schweiz bleiben ungeahndet. Die Folgen für die betroffenen Frauen sind jedoch katastrophal. Dabei hat eine Vergewaltigung bei Bekanntschaft zwischen Opfer und Täter laut Untersuchung keineswegs weniger schwerwiegende Folgen als die Vergewaltigung durch einen Unbekannten, sie wird im Gegenteil oft besonders erniedrigend empfunden. Aus der Befragung von Strafgefangenen und von Tätern, die sich bei einer Telefonaktion meldeten, geht hervor, dass die Täter meist jedes Schuldgefühl verneinen und der Ansicht sind, die Opfer trügen selbst die Schuld an der gegen sie ausgeübten Gewalt.

"STAMMHALTER"-INITIATIVE

(10.10.) Im Kanton Zürich ist eine eidgenössische Volksinitiative lanciert worden, welche die Gleichberechtigung von Mann und Frau bei der Wahl des Ehenamens fordert. Eheleute sollen auch den Namen der Frau als Familiennamen (und somit Namen

für die Kinder) wählen können. Und wenn der Name der Frau gewählt werde, solle der Ehemann seinen Namen dem Familiennamen voranstellen können, wie dies laut neuem Eherecht für die Frauen der Fall ist.

SGB-FRAUEN KRITISIEREN ARBEITSGESETZREVISION

(17.10.) Die Frauenkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) protestiert dagegen, dass mit der geplanten Revision des Arbeitsgesetzes der Arbeitnehmerschutz für Frauen und Männer abgebaut werden soll. In der in Vernehmlassung geschickten Gesetzesrevision sind die einschränkenden Bestimmungen für die Beschäftigung der Frauen in der Nacht gestrichen. Dies würde nach Überzeugung der SGB-Frauenkommission dazu führen, dass sich die "widernatürlichen" Stunden- und Schichtpläne aus bloss wirtschaftlichen Erwägungen in der gesamten Wirtschaft verbreiten würden. Zweck des Gesetzes sei es jedoch, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen, und es sei an der Zeit, auch Männer endlich besser gegen Nacht- und Sonntagsarbeit zu schützen.

GRÖSSTER FRAUENANTEIL BEI LINKEN UND GRÜNEN PARTEIEN

(18.10.) Eine Publikation des Bundesamtes für Statistik über die Nationalratswahlen 1987 zeigt, dass der Frauenanteil sowohl auf den Listen wie unter den Gewählten bei den linken und grünen Parteien am grössten ist. So sind bei Poch/GBS 50% der Gewählten Frauen, bei der GPS 33,3% bei der SPS 29,3% und beim LdU 25%. Bei den Bürgerlichen weist die CVP einen Frauenanteil von 11,9% auf, die FDP 7,8% und die SVP 4%.

3. SYMPOSIUM "TATEN STATT WORTE"

(19.10.) Das Initiativkomitee "Taten statt Worte", welches sich die Frauenförderung in der Arbeitswelt zum Ziel setzt, hat in Bern sein drittes Symposium abgehalten. Diesjähriges Hauptthema war die Quotenregelung als Förderungsmassnahme, welche unter den Referentinnen und Referenten sowohl BefürworterInnen wie GegnerInnen fand. Über 50 Betriebe und Institutionen haben sich bis heute der Initiative angeschlossen. Die Bemühungen um Frauenförderung fallen laut Ansicht des Initiativkomitees dank einer günstigen Wirtschaftslage und einem ausgetrockneten Arbeitsmarkt auf verhältnismässig fruchtbaren Boden.

ERSTMALS FRAU AUF SCHWEIZER BANKNOTE

(23.10.) Auf der neuen Banknotenserie der

Schweizerischen Nationalbank wird erstmals eine Frau verewigt: die Malerin Sophie Taeuber-Arp. Sie wurde 1889 in Davos geboren, bildete sich in St. Gallen, München und Hamburg zur Malerin aus und wurde auch als Textilkünstlerin, Tänzerin und Publizistin berühmt. Neben Sophie Taeuber-Arp werden der Komponist Arthur Honegger, der Bildhauer Alberto Giacometti, der Schriftsteller Charles Ferdinand Ramuz und der Historiker Jacob Burckhardt die neuen Banknoten zieren.

WIEDEREINSTEIGENDE LEHRERINNEN UND KINDERGÄRTNERINNEN GESUCHT

(25.10.) Im Kanton Baselland sollen Wiedereinsteigerinnenkurse durchgeführt werden, um dem Mangel an Kindergärtnerinnen und Primarlehrerinnen zu begegnen. Interessentinnen werden aufgefordert, eine Woche lang in Schule oder Kindergarten zu schnuppern, und wenn sie dann wirklich unterrichten wollen, einen Wiedereinsteigerinnenkurs zu besuchen, der sie auf ihre Aufgabe vorbereitet. Zudem sollen sie in der ersten Zeit an ihrer neuen Stelle weiter begleitet werden. Die Kantone Zürich und Bern haben dieses Konzept bereits erfolgreich erprobt.

TRUDI-SCHLATTER-PREIS FÜR MARTHE GOSTELI

(30.10.) Die Frauenzentrale des Kantons Bern hat den Trudy-Schlatter-Preis im Wert von 5'000 Franken dieses Jahr Marthe Gosteli, der 72jährigen Gründerin der Gosteli-Stiftung verliehen. Marthe Gosteli, seit je in der Frauenförderung engagiert, begann 1982 an ihrem Wohnort in Worblauen mit dem Aufbau eines öffentlichen Archivs zur Geschichte der Schweizerischen Frauenbewegung.

ROSMARIE BÄR NEUE FRAKTIONSCHEFIN

(2.11.) Die Berner Nationalrätin Rosmarie Bär ist von der Grünen Fraktion der Bundesversammlung zur neuen Fraktionspräsidentin gewählt worden. Die 42jährige Nationalrätin löst in diesem Amt Laurent Rebeaud aus Genf ab. Die Grüne Fraktion hatte bereits im November 1987 beschlossen, in der Hälfte der Legislatur das Präsidium zu wechseln und für 1990/91 eine Frau zur Präsidentin zu wählen.

LEITFADEN FÜR FRAUENFÖRDERUNG IN DER ARBEITSWELT

(15.11.) Das Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann hat einen Leitfaden zur Frauenförderung in der Arbeitswelt publiziert. Die illustrierte Broschüre ist sowohl für die Arbeitnehmerinnen wie für die

Unternehmen, Verwaltungen und Personalverbände gedacht. Sie kann bei der Eidgenössischen Drucksachen- und Materialzentrale EDMZ, 3000 Bern, kostenlos bezogen werden. Der Titel der 60seitigen Schrift ist "Frauenforderung nach Frauenförderung".

MEHR PROFESSORINNEN FÜR UNI ZÜRICH

(20.11.) Der Zürcher Kantonsrat hat ein Postulat überwiesen, welches eine angemessene Vertretung der Frauen im Lehrkörper der Universität verlangt. Dagegen lehnte das Parlament ein zweites Postulat der grünen Kantonsrätin Irène Meier ab, das frauenspezifische Lehrveranstaltungen forderte. Erziehungsdirektor Alfred Gilgen wies auf die bereits bestehenden 13 Vorlesungen mit frauenspezifischen Inhalten hin - bei insgesamt 2'416 Lehrveranstaltungen!

YVETTE JAGGI STADTPRÄSIDENTIN

(25.11.) Die 48jährige SP-Stadträtin Yvette Jaggi ist an die Spitze der Lausanner Exekutive gewählt worden. Zum erstenmal seit vierzig Jahren wird damit die Hauptstadt des Waadtlandes nicht mehr von einem Freisinnigen regiert und zum erstenmal überhaupt ist eine Frau Stadtpäsidentin einer grossen Schweizer Stadt. Yvette Jaggi wurde 1979 in den Nationalrat gewählt, 1985 wurde sie in den Lausanner Stadtrat (Exekutive) gewählt und übernahm dort die Finanzdirektion und 1987 wechselte sie vom National- in den Ständerat.

EHRENDOKTORIN AN DER UNI BERN

(4.12.) Die Universität Bern hat am Dies academicus drei Ehrendoktoren, eine Ehrendoktorin und zwei Ehrensensoren ernannt. Den Titel Ehrendoktorin der Philosophisch-historischen Fakultät erhielt Mechthild Flury-Lemberg, Forscherin und Lehrerin für Textilkonservierung an der Abegg Stiftung in Riggisberg.

FORSCHUNGSPREIS FÜR NEUENBURGER PROFESSORIN

(5.12.) Anne-Nelly Perret-Clermont, Professorin für Psychologie an der Universität Neuenburg, erhielt den mit 100'000 Franken dotierten Latsis-Preis. Dieser Preis wird alljährlich vom Schweizerischen Nationalfonds verliehen und zwar für bedeutende wissenschaftliche Arbeiten von Personen unter 40 Jahren. Frau Perret-Clermont erhielt die Auszeichnung für ihre Forschungen auf dem Gebiet der Sozialpsychologie und der Erziehungswissenschaften.

AKADEMIKERINNEN IM BERUF BENACHTEILIGT

(11.12.) Beim Uebergang vom Studium zum Beruf haben Frauen mehr Hürden zu überwinden als Männer. Eine Umfrage der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für akademische Berufs- und Studienberatung bei 8'500 Personen ergab, dass 3,8 Prozent der Frauen und 2,7 Prozent der Männer mit Examensjahrgang 1988 arbeitslos sind. Bei jenen, die eine Stelle haben, ist im weiteren ein Lohngefälle zwischen Frauen und Männern festzustellen: Männer haben ein durchschnittliches Brutto-Jahreseinkommen von 57'000 Franken und Frauen von 49'000 Franken. Die Arbeitslosenquote der Studierenden ist im Tessin und in der Romandie besonders hoch. Von den Studienbereichen her sind die Sozialwissenschaften und Phil.-I bedeutend stärker betroffen als Jurisprudenz, Naturwissenschaft, Medizin, Oekonomie und Ingenieure.

20% ZEITGUTSCHRIFT FÜR NACHTARBEIT

(12.12.) Im Kanton Bern wird das Pflegepersonal am 1. April 1990 für Nachtarbeit zwischen 20 Uhr und 6 Uhr mit einer Zeitgutschrift von 20 Prozent entschädigt. Das Kantonsparlament entschied, dass diese Zeitgutschrift dem gesamten Pflegepersonal in Heimen und Spitälern zukommen solle, auch den Teilzeitbeschäftigten. Die Berufsverbände, die Gewerkschaft VPOD und auch die Regierung hatten ursprünglich eine Zeitgutschrift von 25 Prozent, also beispielsweise eine freie Nacht nach vier Arbeitsnächten, gefordert.

WECHSEL IM NATIONALRAT

(15.12.) Die PÖCH-Nationalrätin Anita Fetz und die SP-Nationalrätin Doris Morf treten auf Ende der Wintersession aus dem eidgenössischen Parlament zurück. Die 32jährige Anita Fetz gibt ihr Mandat nach vierdreiviertel Jahren ab, da sie ihr berufliches und ihr politisches Engagement nicht mehr miteinander vereinbaren könne. Doris Morf verlässt den Rat nach 14jähriger Tätigkeit. Die Nachfolge von Anita Fetz tritt der 33jährige Biologe Thomas Bärlocher an, jene von Doris Morf die 36jährige Raumplanerin Barbara Haering.

ERSTE GRENZWÄCHTERINNEN IN AUSBILDUNG

(15.12.) In Liestal sind diese Woche 14 Zollaspirantinnen zu einem Vorkurs eingerückt. Sie werden danach mit rund 80 männlichen Kollegen die einjährige Ausbildung zur Grenzwächterin absolvieren. Die zukünftigen Zöllnerinnen mit Uniform und Pistole werden die gleichen Aufgaben erfüllen wie ihre männlichen Kollegen, mit gleichen Rechten und Pflichten. Einzig für militärische Aufträge im Kriegsfall würden sie nicht eingesetzt.

MARGRIT MEIER GEWERKSCHAFTSSEKRETÄRIN

(22.12.) Die 44jährige Volkswirtschaftlerin und ehemalige Berner SP-Grossrätin Margrit Meier ist vom Vorstand des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) zur Nachfolgerin von Benno Hardmeier gewählt worden. Dieser tritt altershalber zurück. Margrit Meier, die zurzeit im Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) arbeitet, wird sich als Gewerkschaftssekretärin vor allem für die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau und die Gleichstellung der Frau allgemein einsetzen.

FRAUEN-FEUERWEHRPFLICHT

(5.1.90) Ein neuer Gesetzesentwurf sieht die Einführung der Feuerwehrrpflicht für Frauen im Kanton St. Gallen vor. Entsprechende Vorarbeiten sind ebenfalls in den Kantonen Bern, Basel-Stadt und Waadt im Gang, während im Kanton Zürich die Feuerwehrrpflicht für Frauen abgelehnt wurde.

PRO-HELVETIA-PRÄSIDENTIN

(12.1.) Rosmarie Simmen, Solothurner CVP-Ständerätin, ist zur Präsidentin der Pro Helvetia gewählt worden. Damit steht erstmals eine Frau an der Spitze der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia.

EIN DUTZEND AUTORINNEN AM 2. SCHRIFTWECHSEL

(14.1.) Zum zweiten Mal haben sich in Zürich Schweizer Autorinnen und Literatur-Interessierte zu einem intensiven Wochenende mit Lesungen, Literatur-Werkstätten und Diskussionen getroffen. Ueber 300 Frauen und einige Männer nutzten die Gelegenheit, sich mit Literatur von Frauen auseinanderzusetzen. Neu beim zweiten SCHRIFTWECHSEL war neben den Werkstätten die Samstagabendveranstaltung mit einer Hommage an Lisa Tetzner. Die Journalistin Helen Stotzer würdigte die verstorbene Jugendbuchautorin und Märchenerzählerin, welche bis heute allzu sehr im Schatten ihres Ehemannes Kurt Held stand.

BERNER STADTRATSPRÄSIDENTIN

(18.1.) Das Berner Stadtparlament hat die SP-Stadträtin Marianne Jacobi zur Stadtratspräsidentin gewählt. Während einem Jahr ist die 38jährige Juristin nun höchste Bernerin.

66 GEMEINDEPRÄSIDENTINNEN

(19.1.) In 66 von 3'029 Gemeinden steht eine Frau der Gemeindeexekutive vor. Auf die Einwohnerzahl umgerechnet leben damit zwei Prozent der Bevölkerung in einer Gemeinde mit einer Gemeindepräsidentin. 38 der 66 Gemeindepräsidentinnen stehen einer Gemeinde mit weniger als 1'000 EinwohnerInnen vor. Mächtigste Präsidentin ist in bezug auf die Einwohnerzahl die Lausanner Stadtpräsidentin Yvette Jaggi, gefolgt von Solange Schmid in Vernier GE und Jacqueline Willener in Carouge GE.

NEUE EINSATZMÖGLICHKEITEN FÜR MFD

(20.1.) Der Militärische Frauendienst (MFD) feiert in diesem Jahr sein 50jähriges Bestehen. Da er trotz grossen Rekrutierungsanstrengungen bei einem Bestand von 3'132 MFD-Frauen einen Unterbestand von 682 Frauen aufweist, soll mit 300'000 Franken eine neue Werbekampagne lanciert werden. Wie Brigadier Eugénie Pollak vor der Presse erwähnte, können MFD-Angehörige ab diesem Jahr auch im Nachrichtendienst, als AC-Offizierinnen und als Feldpredigerinnen eingesetzt werden. Zur Diskussion stehen zurzeit Einsätze als Katastrophenhundeführerin, Militärhelikopterpilotin, AC-Schutzspezialistin, Kommandantinnen im Betreuungsdienst, im EDV-Bereich oder im Truppeninformationsdienst.

FRAUENFÖRDERUNG DER SRG UNBEFRIEDIGEND

(21.1.) Die Mitarbeiterinnen des Fernsehen DRS sind über die bisherigen Ergebnisse der Frauenförderung (die SRG schloss sich der Initiative "Taten statt Worte" an) enttäuscht. Sie befürchten, dass die neue Programmstruktur auf dem Buckel der Frauen realisiert würde. Ihre Forderungen nach Erhöhung des Frauenanteils und nach mehr Teilzeitstellen seien bisher nicht erfüllt worden. So seien beispielsweise die Redaktionen von "Kassensturz" und "Netto" reine Männerteams, und im neuen Tagesmagazin arbeite eine einzige Frau unter 19 Männern.

CHRONIQUE AOÛT - OCTOBRE 1989

par Catherine Cossy

LE NOM DE LA FEMME

(10 août) Un homme portant le nom de son épouse, parce que le couple s'était marié en République fédérale d'Allemagne où cette variante est possible, ne peut pas en Suisse reprendre son nom. Le Tribunal fédéral a décidé que la disposition du nouveau droit matrimonial autorisant les femmes à garder leur nom avant le nom de famille ne pouvait pas s'appliquer par analogie aux hommes dont le nom de famille est celui de l'épouse.

CONTRE-PROJET A L'INITIATIVE DU "BEOBACHTER"

(18 août) En contre-projet à l'initiative du "Beobachter", le Conseil fédéral propose un article constitutionnel afin de lutter contre l'utilisation abusive des techniques de procréation et de génie génétique. Le projet du Conseil fédéral se veut toutefois très général et ne contient pas d'interdictions concrètes. Les auteurs de l'initiative du "Beobachter", qui demande notamment l'interdiction de la fécondation in vitro, ont annoncé qu'ils maintenaient leur texte.

BUREAU DE L'ÉGALITÉ (ZH)

(23 août) Le canton de Zurich a décidé d'instaurer un bureau de l'égalité rattaché au département de l'intérieur. Les compétences du bureau seront fixées en collaboration avec les titulaires des deux postes prévus.

ÉGALITÉ DE COTISATIONS

(28 août) Le Conseil fédéral a présenté ses directives pour une révision de la loi sur les caisses-maladie. Elles comprennent notamment l'égalité de cotisations entre hommes et femmes. Pour cela, l'obligation de s'affilier à une caisse-maladie devrait être instaurée.

LA BONNE VOLONTÉ NE SUFFIT PAS

(29 août) D'ici 1991, la part des femmes dans les 370 commissions fédérales d'expert-e-s devraient atteindre un quart, la moitié en 1995. Le Conseil fédéral s'est déclaré prêt à livrer un scénario sur les moyens d'atteindre ces buts. Un jour auparavant, le même Conseil fédéral avait annoncé la constitution d'une commission chargée d'étudier une nouvelle révision de l'assurance-maladie, comptant 3 femmes parmi ses 25 membres.

SALAIRE DES CADRES

(30 août) Selon l'enquête menée chaque année par le "Handelszeitung" et l'Institut d'analyse de marché, les femmes ne représentent que 9% des cadres et se trouvent surtout aux échelons inférieurs de la direction. Le salaire annuel moyen d'une femme cadre n'atteint ainsi < que > 70 900 francs, contre 98 500 pour son collègue masculin.

LA LANGUE TRÉBUCHE SUR LES FORMES FÉMININES

(30 août) Le Grand conseil bernois avait instauré en 1987 l'obligation de mentionner aussi bien la forme masculine que féminine dans les textes de loi. Il veut maintenant faire marche arrière. Il a accepté par 93 voix contre 5 un postulat, qui demande le retour au masculin. L'auteur du postulat, Samuel Schmid (UDC), estimait que la double forme rend certains textes de loi incompréhensibles. (22 octobre) A Fribourg, des membres de la commission chargée d'examiner la loi cantonale sur l'enseignement secondaire ont déploré que seul le masculin y soit employé. La commission a renoncé à placer un astérisque au début de la loi, renvoyant à une note précisant que les termes masculins s'appliquent aussi bien aux hommes qu'aux femmes. Elle s'est toutefois adressée au Conseil d'Etat pour que la question fasse l'objet d'un examen d'ensemble.

ZURICH, (PAS) UNE VILLE POUR LES FEMMES

(31 août) Les responsables de la permanence téléphonique Viol secours à Zurich ont organisé du 31 août au 3 septembre quatre journées d'action consacrées aux femmes dans l'espace public. Le viol et le meurtre d'une femme de 21 ans deux semaines auparavant étaient venu rappeler la triste actualité du thème choisi. Pourtant, les organisatrices ont rappelé que plus de la moitié des agressions sexuelles ont lieu à domicile, commises par un homme connu. L'espace d'une nuit, plus de 200 femmes ont profité d'un service de taxi réservé aux femmes.

(20 septembre) 400 femmes du quartier où a eu lieu le viol et le meurtre de la jeune femme ont demandé dans une pétition remise à l'exécutif de la ville que des mesures soient prises pour que les femmes puissent se déplacer sans peur.

CAMPAGNE CONTRE LE HARCELEMENT SEXUEL

(31 août) Le Syndicat des services publics a lancé une campagne contre le harcèlement sexuel au travail. Selon une extrapolation des chiffres à disposition en Allemagne fédérale, 20 000 femmes perdent leur emploi chaque année en Suisse parce qu'elles ont été harcelées par un collègue masculin. Le SSP demande notamment que les contrats collectifs et les règlements d'entreprise

sanctionnent le harcèlement sexuel.

UNE RESPONSABLE DES APPRENTI-E-S A LA FTMH

(1er septembre) Anne-Marie Brunner, de Genève, a pris ses fonctions à la tête du secrétariat aux apprenti-e-s et à la formation professionnelle de la Fédération des travailleurs de la métallurgie et de l'horlogerie. C'est la première fois qu'une femme est nommée < permanente > à la FTMH.

JUGEMENT CASSÉ

(8 septembre) La cour de cassation du canton de Zurich a annulé le jugement condamnant une toxicomane de 30 ans à 60 jours de prison fermes pour propagation du sida. Infectée par le virus, elle avait couché avec un homme qui ne portait pas de préservatif.

ANNIVERSAIRE FETÉ DANS LA RUE

(9 septembre) Saisissant l'occasion des dix ans de la maison des femmes de Berne, plus de trente organisations de femmes bernoises ont organisé une journée d'action placée sous le slogan < mouvement, occupation, libération >. Elles tenaient notamment à marquer leur présence et rappeler la liste des revendications qui ne sont toujours pas satisfaites. Près de 200 femmes ont défilé l'après-midi dans les rues de la Ville fédérale.

CONSULTATION SUR L'ÉGALITÉ DE SALAIRES TERMINÉE

(11 septembre) Le conseiller fédéral Arnold Koller décidera cet automne de la suite à donner aux propositions du groupe de travail < Egalité de salaire entre hommes et femmes >. Elles ont été accueillies favorablement par les syndicats, la gauche et les organisations féminines, tandis que les partis bourgeois sont mitigés, voire hostiles, et sept cantons (VD, ZH, FR, AI, SG, OW, ZG) franchement opposés.

TRAVAIL DE NUIT

(13 septembre) Invoquant l'égalité entre les sexes, le Conseil fédéral propose dans la révision de la loi sur le travail d'abolir l'interdiction du travail de nuit faite aux femmes. En contre-partie, il prévoit de faire bénéficier d'une protection spéciale les travailleurs et travailleuses ayant des responsabilités familiales. Feront partie de cette nouvelle catégorie les personnes élevant des enfants de moins de 15 ans, à l'exception de celles dont le conjoint ou la conjointe n'exerce pas de profession. La compensation pour le travail de nuit peut être obtenue en salaire (25%) ou en temps (20%).

BUREAU DE L'ÉGALITÉ (VD)

(13 septembre) Le Grand conseil vaudois a transmis au radical Jacques Martin, chef du département de l'agriculture, de l'industrie et du commerce, l'étude de la création d'un bureau pour l'égalité. Les parlementaires vaudois-e-s n'ont pas voulu trancher entre bureau privé (mais subventionné par l'Etat) ou bureau cantonal intégré à l'administration. La question a été confiée au département de l'agriculture et de l'industrie et non au département de la justice, l'économie étant le domaine où l'égalité est la moins réalisée.

BUREAU DE L'ÉGALITÉ (ZH VILLE)

(24 septembre) La création d'un bureau de l'égalité en ville de Zurich a été acceptée à une large majorité. Par rapport à la plupart des autres institutions de ce genre existant déjà en Suisse, le bureau zurichois est doté d'une compétence supplémentaire dont l'interprétation est controversée. Il peut de lui-même entreprendre le nécessaire pour que l'égalité soit réalisée par le biais d'un procès.

EPOUSES ÉTRANGÈRES

(26 septembre) Les étrangères épousant un Suisse ne recevront plus automatiquement la nationalité suisse. Le Conseil national a adopté par 77 voix contre 4 la nouvelle loi sur la nationalité. Elle introduit également une naturalisation < facilitée > pour les conjoints et conjointes étrangers, qui peuvent devenir Suisse après trois ans de mariage et cinq ans de résidence dans le pays.

SYMPOSIUM DES FEMMES CADRES

(26 septembre) La confrontation des sexes n'est plus de mise, selon les participantes au 5e symposium de management pour femmes à Zurich. Même si les femmes ne dépassent pas le niveau des cadres moyens, ce n'est qu'une question de patience. Le prix du symposium, de 15 000 francs, a été décerné à Brigitte Straub, responsable de l'administration et des ventes internes de la Société industrielle suisse (SIG) à Neuhausen (SH), pour avoir su concilier vie de famille et carrière.

RENTE DE VEUF A ZURICH

(27 septembre) L'exécutif de la ville de Zurich propose l'introduction d'une rente de veuf pour les époux de ses employées. Le législatif doit encore se prononcer.

APRÈS TCHERNOBYL, REcul DES NAISSANCES AU TESSIN

(29 septembre) Dans les deux mois qui ont suivi la catastrophe de Tchernobyl, les femmes enceintes ont été plus nombreuses à se faire avorter au Tessin. Le nombre

des interruptions légales de grossesse a augmenté de 34% pour cette période (114 au lieu des 85 correspondant à la moyenne des deux années précédentes). Selon une étude menée par l'office cantonal de la santé, les femmes enceintes ont été soumises à de fortes pressions psychologiques, causées notamment par une information insuffisante. La radioactivité au sud des Alpes était plus élevée que dans le reste de la Suisse en raison de chutes de pluie. Les autorités fédérales avaient déclaré les femmes enceintes personnes à risques, sans donner de précisions sur les risques courus par le fœtus.

DÉMISSIONS A LA MAISON DES FEMMES (SG)

(3 octobre) Le gouvernement saint-gallois, informant la presse avant les femmes intéressées, a déclaré dans un communiqué que le canton couperait ses subventions à la maison pour femmes battues si son conseil de fondation n'était pas réorganisé. Les 14 administratrices ont alors démissionné en protestation contre cet ultimatum. Elles s'élèvent contre la tentative du gouvernement de hiérarchiser les structures de la maison pour femmes.

PORTAIT DU VIOLEUR ORDINAIRE

(6 octobre) Les violeurs se retrouvent parmi toutes les classes sociales. Dans la plupart des cas, ils connaissent leur victime. Ils n'éprouvent aucun sentiment de culpabilité et ont en général calculé froidement les chances de réussite de leur < entreprise >. Ce portrait a été établi par le sociologue zurichois Alberto Godenzi, sur la base d'entretiens téléphoniques anonymes. Cette méthode a pour la première fois permis d'interroger des violeurs qui n'ont pas été punis pour leur acte. En Suisse, 98% des hommes qui ont violé une femme ne seront jamais inquiétés pour ce crime. 2% sont inculpés, 1% vont en prison (ils proviennent pour cette dernière catégorie des classes sociales les plus basses). Et ces chiffres ne comprennent pas les viols conjugaux, qui n'existent pas aux yeux de la loi. Les violeurs ont en commun qu'ils veulent par leur acte démontrer leur pouvoir. Un quart des femmes qui se sont annoncées parlaient pour la première fois de la violence qu'elles avaient subie. Parmi elles, les femmes mariées se heurtent aux plus grandes difficultés, l'entourage faisant preuve d'une grande incompréhension face au viol conjugal. Les conclusions de l'étude d'A. Godenzi n'existent pour le moment qu'en allemand. (Bieder, brutal, Frauen und Männer sprechen über sexuelle Gewalt, Unionsverlag).

POMPIERES (TG)

(10 octobre) Le gouvernement thurgovien estime que l'article constitutionnel sur l'égalité des sexes ne peut être invoqué que dans certains cas pour obliger les femmes à accomplir un service de pompières. En cas d'un engagement physique poussé ou pouvant nuire à la santé, les femmes pourraient être dispensées de servir,

en raison de leur constitution biologique plus faible. Il revient finalement aux communes de trancher.

EGALITÉ ET FAMILLE A NE

(11 octobre) Pour le Grand conseil neuchâtelois, les questions familiales et celles relevant de l'égalité entre hommes et femmes vont de pair. Il a décidé de créer un secrétariat à la famille et à l'égalité (doté d'un poste), assisté d'une commission. Certaines députées se sont étonnées de cette double mission. < Certaines femmes s'émancipent complètement avec leurs enfants >, a répondu un libéral. Le Grand conseil a par ailleurs refusé de fixer dans le décret les pouvoirs et compétences du secrétariat.

SALAIRES DES FEMMES DANS LA RELIURE

(9 octobre) Les deux syndicats organisant les travailleurs et travailleuses de la reliure ont annoncé qu'ils étaient disposés à aller jusqu'à la grève pour que l'égalité de salaire entre hommes et femmes soit reconnue dans la convention collective. Le salaire minimum des femmes travaillant dans la reliure est, avec 2119 francs, inférieur de presque 500 francs au salaire minimum pour les hommes. En général, les salaires versés dépassent le minimum, mais la différence liée est encore plus grande. Les syndicats proposent que l'égalité soit atteinte par paliers d'ici 1994. Les entrepreneurs souhaitent égaliser par le bas en alignant les salaires masculins sur ceux des femmes.

ENFANTS DU DIVORCE

(12 octobre) Lors d'un divorce, les enfants ne peuvent pas être attribués automatiquement à la mère en vertu de ses capacités naturelles, a estimé sur le principe le Tribunal fédéral. Dans le cas d'une famille thurgovienne qu'elle avait à juger, la Haute cour a toutefois laissé les enfants âgés de 13 et 17 ans à la mère, la déclarant plus apte à l'éducation.

DÉPUTÉES GENEVOISES

(15 octobre) Le nouveau Parlement genevois comptera désormais un tiers de femmes: 33 députées sur 100. Avant les élections, l'Association pour les droits de la femme avait lancé une campagne < Votez pour les femmes >, en faveur d'un ou de plusieurs des 68 candidates en lice.

ELUES AU CONSEIL NATIONAL

(17 octobre) Alors qu'elles étaient 29% à figurer sur une liste électorale, la part des femmes élues au Conseil national est tombée à 14,5%. La part des candidates a une influence directe sur le nombre de femmes effectivement élues, selon l'analyse de l'Office fédéral de la statistique. Les candidates de gauche et écologistes

étaient le mieux représentées. (53,9% pour les Poch/Alliance verte), 43,9% Parti écologiste, 37,3% Parti socialiste, 20% Radicaux et PDC, 15% UDC). Parmi les élues, les femmes atteignaient ainsi 50% auprès des Poch/Alliance verte, 33,3% Parti écologiste, 29,3% PS, 11,9% PDC, 7,8% Rad, 4% UDC).

LE DÉPART D'UNE FÉMINISTE

(21 octobre) Anita Fetz, conseillère nationale Poch de Bâle, a décidé de se retirer à la fin de la session d'hiver, après 4 ans passés au Conseil national. Elle a invoqué la surcharge causée par vie professionnelle, privée et mandat politique. Elle sera remplacée par Thomas Baerlocher.

NOUVELLE PRÉSIDENTE

(21 octobre) Mme Felicitas Lenzinger, présidente du tribunal de Bâle, a été nommée présidente de l'Aide suisse contre le sida. Membre du parti socialiste, elle remplace l'ancienne conseillère aux Etats genevoise Monique Bauer-Lagier.

MAISONS POUR FEMMES BATTUES

(21 octobre) L'année dernière, 714 femmes et 612 enfants ont trouvé refuge contre la violence de leur partenaire ou d'un membre de leur famille dans une des dix maisons pour femmes battues existant en Suisse. Selon le rapport annuel des maisons pour femmes, leurs pensionnaires sont restées en moyenne 26 jours. En raison de la difficulté à trouver un logement avantageux pour les 63% de femmes qui préfèrent quitter leur partenaire, les maisons pour femmes manquent de place et ont dû souvent refuser d'accueillir des femmes menacées.

PREMIERE FEMME SUR UN BILLET DE BANQUE

(25 octobre) Des six nouveaux billets de banque qui seront mis en circulation dès le milieu des années nonante, seul un portera l'effigie d'une femme. Sophie Taueber-Arp, peintre et danseuse, sera la première femme à figurer sur un billet de banque suisse. Morte en 1943, elle a été l'une des fondatrices du mouvement dada.

SUCCES D'ESTIME

(29 octobre) Candidate de la Liste indépendante des femmes, Andrea Z'graggen a empêché une élection tacite au gouvernement du canton de Lucerne. Elle a recueilli un tiers de voix contre le candidat officiel radical.

L'ACTUALITÉ AU FÉMININ NOVEMBRE 1989 - JANVIER 1990

TOUJOURS UNE POLICIÈRE DE SERVICE

(7 nov) Une femme victime d'un viol devrait désormais toujours pouvoir s'adresser à une policière dans le canton de Bâle-Ville. 20 nouvelles fonctionnaires ont été engagées, afin de garantir la présence d'une femme en permanence dans tous les postes de police.

HARCELEMENT SEXUEL: LES CHOSES BOUGENT

(6 nov) La commission du Conseil national, dans ses travaux de révision du code pénal, s'est prononcée en faveur d'une norme réprimant le harcèlement sexuel sur les lieux de travail. Le Conseil des Etats, lors d'une première lecture, n'avait pas retenu cette possibilité. Actuellement seul le Code des obligations (obligation pour l'employeur de garantir la protection de la personnalité de son personnel) peut être invoqué. Victoire à Genève

(24 nov) Après un an et demi de procédure, la Chambre d'appel des prud'hommes à Genève a donné raison à une ouvrière de l'entreprise Gay-Frères et reconnu qu'elle avait été victime d'avances sexuelles de la part de son supérieur, constituant une atteinte à sa personnalité. La Chambre d'appel a trouvé trois autres ouvrières qui avaient à se plaindre du même chef. Il ne s'agit toutefois que d'une victoire morale pour la plaignante, dont le licenciement, intervenu avant la plainte dans les formes légales, ne pouvait être contesté.

PAS DE QUOTAS AU TESSIN

(14 nov) Le Grand conseil a refusé une initiative parlementaire d'une députée indépendante, demandant que 40% des sièges du parlement et du gouvernement soient réservés aux femmes. Tous les partis, à l'exception du parti socialiste unifié qui s'est abstenu, ont voté contre l'initiative jugée anticonstitutionnelle.

LES FEMMES A L'UNIVERSITÉ DE ZURICH

(20 nov) Le parlement cantonal a, grâce au vote groupé des femmes, chargé le gouvernement de présenter un rapport sur la situation des femmes à l'université de Zurich, et les moyens d'améliorer leur représentation à tous les échelons de la hiérarchie.

Décès d'une pionnière

(26 nov) Gertrude Montet Girard, qui a été une militante de la première heure pour l'égalité politique de la femme, est morte dans sa 76e année à Vevey. Après s'être battue pour que les Vaudoises obtiennent le droit de vote (ce fut fait en 1959), Gertrude Montet Girard a siégé au Conseil national sous les couleurs du parti radical de 1974 à 1982. Elle avait également présidé

l'Association suisse pour les droits de la femme de 1968 à 1977.

UNE SYNDIQUE A LAUSANNE

(26 nov) La socialiste Yvette Jaggi, qui siège également au Conseil des Etats, a été élue par 52% des voix syndique de la ville de Lausanne. C'est la première fois qu'une femme accède à la tête de la capitale vaudoise.

EGALITE BIEN COMPRISE A ZURICH

(26 nov) Les votantes et votants dans le canton de Zurich ont rejeté la nouvelle loi sur le service du feu, prévoyant d'astreindre les femmes aux services pompier, ou à défaut de leur faire payer la taxe non pompier. Une initiative demandant l'égalité des primes de caisses-maladie a en revanche été acceptée.

LE DERNIER BASTION BOUGE

(27 nov) Les hommes du Grand conseil d'Appenzell Rhodes-intérieures se sont prononcés sans discussion en faveur de l'introduction du droit de vote pour les femmes. La décision finale revient aux hommes de la Landsgemeinde le 29 avril prochain.

EXCUSES DU GOUVERNEMENT SAINT-GALLOIS

(28 nov) Le gouvernement saint-gallois s'est excusé auprès des collaboratrices de la maison des femmes de St-Gall et a mis fin à la crise qu'il avait lui-même provoquée. Le gouvernement, en octobre 89, avait refusé de continuer à subventionner l'institution, accueillant femmes et enfants victimes de violence, si ses structures n'étaient pas revues. Suite notamment à la démission de toutes les collaboratrices, le gouvernement a fait marche arrière et assuré une garantie de déficit définitive.

LES LESBIENNES S'ORGANISENT

(10 déc) Divers groupes de lesbiennes se sont rassemblés en une Organisation des lesbiennes de Suisse, qui vise notamment à améliorer la collaboration entre les régions. L'Organisation demande également la reconnaissance juridique d'une union entre femmes.

DEMI-VICTOIRE POUR LES INFIRMIERES

(13 déc) Les infirmières et infirmiers des hôpitaux et institutions bernoises qui travaillent de nuit pourront recevoir une compensation en temps de 20%. La majorité bourgeoise du Grand conseil a rejeté une compensation de 25%, et a repoussé l'entrée en vigueur de la réglementation au mois d'avril.

EXCUSES DE MME KOPP

(14 déc) Après la fin de la discussion aux Chambres du

rapport de la commission parlementaire d'enquête, Mme Elisabeth Kopp a présenté par voie de presse des excuses sur son attitude qui a précédé sa démission. < C'est beaucoup trop tard que j'ai reconnu que le public, et en particulier les femmes, ainsi que mes collègues au Conseil fédéral, les amis de mon parti politique (...) ont été profondément affectés par mon comportement >, écrit-elle notamment dans sa lettre.

SALAIRES: LE VALAIS DÉBOÛTÉ

(14 déc) Le Tribunal fédéral a annulé un arrêté du tribunal administratif valaisan, qui avait rejeté le recours de deux fonctionnaires féminines pour inégalité de salaire. Les deux femmes, secrétaires d'un conseiller d'Etat, se trouvent dans la 10e classe de traitement, alors que le secrétaire du chancelier est dans la classe 16. Le tribunal administratif avait même refusé aux recourantes le droit de présenter des preuves (cahier des charges des classes de traitement en question, audition des chefs de service). L'Etat du Valais devra dans un premier temps verser 1000 francs aux deux femmes.

DOUBLE CONGÉ POUR LOCATAIRES MARIÉS

(15 déc) En vertu du nouveau droit matrimonial, le propriétaire d'un appartement est tenu de notifier séparément la résiliation de bail à chacun des deux époux, a décidé le Tribunal fédéral. Cette disposition est également valable même si l'épouse n'a pas signé le bail.

EGALITE A REBOURS

(15 déc) Le Parlement de Nidwald, lors de la révision de la loi sur les fonctionnaires, a décidé de n'accorder la retraite aux femmes qu'à partir de 65 ans. Le gouvernement a déclaré être lié par l'article sur l'égalité dans la Constitution fédérale.

FÉCONDATION IN VITRO AUSSI POUR CONCUBINS

(17 déc) Le Tribunal fédéral a désavoué le canton de Vaud dont la législation n'autorise pas les couples non mariés à recourir à la fécondation in vitro (bébés éprouvettes). Le Tribunal fédéral a invoqué la garantie de la liberté personnelle.

LE PRIX DES ENFANTS

(18 déc) La naissance d'un premier enfant entraîne pour un couple des dépenses supplémentaires de 24 %, selon une étude de l'Office fédéral des assurances sociales, 19% pour un deuxième enfant et 17% pour un troisième. Le prix est encore plus élevé pour un père ou une mère seule, avec une augmentation de 29% pour un premier enfant.

DÉLÉGUÉE POUR LES QUESTIONS FÉMININES A ZH

(21 déc) Le canton de Zurich aura dès le mois de mars une déléguée pour les questions féminines en la personne de Christa Köppel, historienne.

L'UNION SYNDICALE SUISSE AUSSI

(21 déc) L'Union syndicale suisse a décidé d'instituer un poste de secrétaire pour les questions féminines. Ce poste a été confié à la députée socialiste Margrit Meier, de Berne.

LES FEMMES DANS LES PARLEMENTS

(3 janv) La part des femmes dans les Parlements cantonaux a passé de 8,2% en 1979 à 13,4 % dix ans plus tard. Au Conseil national à la fin 1989, les femmes représentaient 14,5% des élu-e-s.

MORT DE LA COMPOSITRICE ANDRÉE ÄSCHLIMANN-ROCHAT

(8 janv) La compositrice genevoise Andrée Äschlimann-Rochat, qui s'est illustrée avant tout avec de la musique de chambre et vocale, est morte peu avant son 90e anniversaire à Zurich. Elle avait publié en 1941 sous le pseudonyme de Jean Durand un < Journal d'un amateur de musique >.

AVS: PROPOSITIONS DE L'USS

(12 janv) L'Union syndicale suisse veut lancer une initiative proposant l'introduction d'une pension populaire. L'AVS serait renforcée, au détriment des caisses de pension. L'initiative, qui sera soumise à l'assemblée des délégués en mai prochain, prévoit également des rentes individuelles pour hommes et femmes, ainsi que le versement d'une bonification pour tâches éducatives.

LA DIFFÉRENCE ENTRE UN DOIGT ET UN PÉNIS

(19 janv) Un gynécologue schaffhousois, accusé d'avoir violé trois de ses patientes sur la chaise gynécologique, a été acquitté par le Tribunal cantonal. La Cour, composée d'hommes uniquement, a estimé que les plaignantes se sont trompées sur les actes commis par le médecin. L'un d'elle, toujours selon les juges, a dû confondre le doigt ganté du gynécologue et un pénis en érection.

LA FEMME D'AFFAIRES 1989

(25 janv) Doris Rieder, à la tête d'une entreprise d'échafaudages à Aigle, a reçu le prix de la Femme d'affaires suisse 1989. Elle a fait quadruplé le chiffre d'affaires de son entreprise depuis son arrivée à la direction générale.

BIENTOT UNE PRÉSIDENTE DU PSS ?

(28 janv) Le comité central du Parti socialiste propose deux candidatures pour la présidence du parti, celle de la Soleuroise Ursula Ulrich, qui devra affronter le Haut-Valaisan Peter Bodenmann. Le congrès du parti se prononcera le 28 avril.

DEUXIÈME FEMME A L'EXÉCUTIF DE GENEVE

(28 janv) La libérale Madeleine Rossi, lors d'une élection complémentaire, a fait son entrée à l'exécutif de la ville de Genève, où avec la socialiste Jacqueline Burnand, deux femmes sur cinq vont siéger.

CONSEILLERES NATIONALES PLUS ACTIVES

(30 janv) Les femmes siégeant au Conseil national ont, lors de la législature 1983-1987 déposé 4,4 motions et postulats par personne, contre 2,7 pour leurs collègues masculins. Les motions des hommes ont toutefois plus de chance: une sur six est acceptée, contre une sur neuf pour les femmes.

RECTIFICATIF

L'Association suisse pour les droits de la femme (ADF) précise que la décision de se donner de nouvelles structures lors de son assemblée des déléguées du 20 mai 1989 n'a pas été prise à huis clos. La solution d'une double présidence, avec Ursula Nakamura-Stoecklin pour la Suisse alémanique et Simone Chapuis-Bischof pour la Romandie, a entre temps fait ses preuves.

Zeichenerklärung:

Erste Zahl = Ordnungsnummern
für die Session

Zweite Zahl = fortlaufende Kontroll-
nummern der Geschäfte

- N behandelt vom Nationalrat
S behandelt vom Ständerat
n Erstbehandlung beim Nationalrat
s Erstbehandlung beim Ständerat
D Dringlich
SV Schriftliches Verfahren
* neue Geschäfte
× erledigt

Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung

Herbstsession 1989

(9. Tagung der 43. Legislaturperiode)

vom Montag, 18. September, bis Freitag, 6. Oktober

Sitzungen des Nationalrates: 18., 19., 20. (II), 21., 25., 26., 27., 28. September, 2., 3., 4. (II), 5. (II) und 6. Oktober (16 Sitzungen)

Sitzungen des Ständerates: 18., 19., 20., 21., 25., 26., 27., 28. September, 3., 4., 5. und 6. Oktober (12 Sitzungen)

Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung: 4. Oktober (1 Sitzung)

Standesinitiativen

19/88.201 s Genf. Mutterschaftsversicherung, vom 29. Februar 1988

Der Bund wird eingeladen, unverzüglich einen von der Krankenversicherung unabhängigen Entwurf über die Mutterschaftsversicherung auszuarbeiten.

N *Kommission für soziale Sicherheit*

S *Rhinow, Béguin, Bühler, Cottier, Gautier, Meier Josi, Reichmuth, Roth, Rüesch, Seiler, Zumbühl* (11)

19/88.201 é Genève: Assurance-maternité, du 29 février 1988

La Confédération est invitée à élaborer dans le plus bref délai un projet d'assurance-maternité, indépendant de l'assurance-maladie.

N *Commission de la sécurité sociale*

E *Rhinow, Béguin, Bühler, Cottier, Gautier, Meier Josi, Reichmuth, Roth, Rüesch, Seiler, Zumbühl* (11)

Parlamentarische Initiativen

61/88.232 n Beamtengesetz (Haller), vom 23. Juni 1988

In der Frühjahrsession 1988 hat der Nationalrat im Rahmen der inzwischen abgeschlossenen Revision des Beamtengesetzes einen Antrag auf zivilstandsunabhängige Ausgestaltung der Anspruchsberechtigung auf den Ortszuschlag abgelehnt. Unbestritten war indessen, dass dieses Problem grundsätzlich studiert und angegangen werden müsse. Entsprechend wurde in der Sommersession 1988 auch im Ständerat votiert.

Aus diesem Grunde unterbreite ich die folgende Parlamentarische Initiative in Form einer allgemeinen Anregung. Eine zivilstandsunabhängige Ausgestaltung der Anspruchsberechtigung für alle Lohnbestandteile und Sozialzulagen, insbesondere für den Ortszuschlag, ist im Beamtengesetz zu schaffen.

N *Widmer, Déglise, Fäh, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Gysin, Haller, Hänggi, Leuba, Luder, Nabholz, Perey, Pitteloud, Rechsteiner, Rychen, Savary-Waad, Stappung, Stocker, Theubet* (19)

Bericht der Kommission vom 17. Mai 1989

61/88.232 n Statut des fonctionnaires (Haller), du 23 juin 1988

Lors de la session de printemps 1988, en marge de la révision, achevée entre-temps, du statut des fonctionnaires, le Conseil national a rejeté une proposition tendant à rendre le droit à l'indemnité de résidence indépendant de l'état civil. Pourtant, personne ne contestait que cette question devait être réexaminée. Le Conseil des Etats s'est exprimé dans ce sens et a pris une décision similaire lors de la session d'été 1988.

C'est pourquoi je dépose la présente initiative parlementaire, conçue en termes généraux, et par laquelle je demande que soit établi, dans le statut des fonctionnaires, un droit indépendant de l'état civil à tous les éléments du traitement et aux allocations, en particulier à l'indemnité de résidence.

N *Widmer, Déglise, Fäh, Fischer-Seengen, Fischer-Sursee, Gysin, Haller, Hänggi, Leuba, Luder, Nabholz, Perey, Pitteloud, Rechsteiner, Rychen, Savary-Vaud, Stappung, Stocker, Theubet* (19)

Rapport de la commission, du 17 mai 1989

62/88.234 n Moratorium Gentechnologie (Fetz), vom 22. September 1988

Gemäss Artikel 27 des Ratsreglements unterbreite ich folgende Initiative «in Form der allgemeinen Anregung»:

Die eidgenössischen Räte werden ersucht, unverzüglich Vorschriften zu erlassen, die ein umfassendes, mindestens zehnjähriges Moratorium im Bereich der Gentechnologie ermöglichen. Mit einzubeziehen sind die Forschung und Anwendung von allen DNS-Rekombinationstechniken in allen Bereichen (Medizin, Industrie, Landwirtschaft usw.).

N *Darbellay*, Basler, Carobbio, Eggly, Fankhauser, Frey Claude, Frey Walter, Hafner Ursula, Nabholz, Portmann, Scheidegger, Segmüller, Segond, Seiler Rolf, Stocker, Ulrich, Wanner, Wiederkehr, Zwingli (19)

Postulat 89.441 der Kommission, vom 9. Mai 1989

Gentechnologie. Auswirkungen

Der Bundesrat wird eingeladen, die Forschung über Risiken und Auswirkungen der Gentechnologie in allen Bereichen (Umwelt, Gesellschaft, Arbeitsplätze) zu fördern.

1989 6. Oktober: Das Postulat wird angenommen.

Postulat 89.442 der Kommission, vom 9. Mai 1989

Kommission für gentechnische Forschung

Der Bundesrat wird eingeladen, im Bereich der gentechnischen Forschung und Anwendung eine pluralistisch zusammengesetzte Kommission zu bestellen. Diese führt ein Inventar und befasst sich mit den Risiken und Auswirkungen.

1989 6. Oktober: Das Postulat wird angenommen.

62/88.234 n Génie génétique. Moratoire (Fetz), du 22 septembre 1988

Conformément à l'article 27 du règlement du Conseil national, je sou mets l'initiative parlementaire ci-après sous forme d'un projet conçu en termes généraux:

Les Chambres fédérales sont priées d'édicter immédiatement des dispositions permettant de décréter un moratoire général d'au moins 10 ans en matière de technologie génétique, moratoire qui s'applique à tous les aspects de la recherche et des applications de l'ensemble des techniques de recombinaison de l'ADN en médecine, dans l'industrie, l'agriculture, et dans tout autre domaine.

N *Darbellay*, Basler, Carobbio, Eggly, Fankhauser, Frey Claude, Frey Walter, Hafner Ursula, Nabholz, Portmann, Scheidegger, Segmüller, Segond, Seiler Rolf, Stocker, Ulrich, Wanner, Wiederkehr, Zwingli (19)

Postulat 89.441 de la commission, du 9 mai 1989

Génie génétique. Conséquences

Le Conseil fédéral est invité à encourager la recherche sur les risques et sur les conséquences du génie génétique dans tous les domaines (environnement, société, emploi).

1989 6 octobre: Le postulat est adopté.

Postulat 89.442 de la commission, du 9 mai 1989

Commission pour la recherche en matière de génie génétique

Le Conseil fédéral est invité à créer une commission chargée de traiter les questions touchant la recherche en matière de génie génétique et ses applications, et dont la composition reflète la diversité des opinions exprimées à ce sujet. La commission devra établir un inventaire et étudier les risques que comporte le génie génétique et les conséquences que peut avoir l'application de ses techniques.

1989 6 octobre: Le postulat est adopté.

68/88.242 n Erwerbstätigkeit der Ehegatten von Magistratspersonen (Reichling), vom 8. Dezember 1988

Im Sinne von Artikel 21 des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Ratsreglements unterbreite ich die folgende parlamentarische Einzelinitiative in der Form einer allgemeinen Anregung:

Die rechtlichen Grundlagen – insbesondere Artikel 31 VwOG und Artikel 4 OG – seien dahingehend zu ändern, dass die zulässige wirtschaftliche und politische Tätigkeit der Ehegatten von durch die Bundesversammlung gewählten Magistratspersonen geregelt wird.

Die neue Regelung soll keine Anwendung finden auf Ehegatten von Magistratspersonen, die bereits im Amt sind.

N *Blatter*, Aubry, Cevey, Dormann, Eggly, Fäh, Grendelmeier, Haller, Hildbrand, Neukomm, Paccolat, Pitteloud, Reichling, Schmid, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stappung, Tschuppert, Zwingli (19)

68/88.242 n Activité professionnelle et politique des conjoints de magistrats (Reichling), du 8 décembre 1988

Conformément à l'article 21 de la loi sur les rapports entre les conseils et à l'article 27 du règlement du Conseil national, je dépose l'initiative parlementaire individuelle suivante, conçue en termes généraux:

Les bases légales – en particulier les articles 31 LOA et 4 OJ – doivent être modifiées de manière que l'activité économique et politique admissible des conjoints de magistrats élus par l'Assemblée fédérale soit réglée.

La nouvelle réglementation ne doit pas s'appliquer aux conjoints de magistrats déjà en exercice.

N *Blatter*, Aubry, Cevey, Dormann, Eggly, Fäh, Grendelmeier, Haller, Hildbrand, Neukomm, Paccolat, Pitteloud, Reichling, Schmid, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stappung, Tschuppert, Zwingli (19)

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement**129/87.055 s Bürgerrechtsgesetz. Änderung**

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 26. August 1987 (BBl III, 293) zur Änderung des Bürgerrechtsgesetzes (Gleichstellung von Mann und Frau, Bürgerrecht der Ehegatten in national gemischten Ehen, Anpassung von weiteren Bestimmungen an die Rechtsentwicklung).

N *Humbel*, Braunschweig, Burckhardt, Dormann, Dünki, Eppenberger Susi, Fankhauser, Fierz, Fischer-Sursee, Houmard, Mühlemann, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rechsteiner, Ruffy, Rychen, Sager, Savary-Freiburg, Schüle, Segmüller, Spoerry, Tschuppert, Ulrich (23)

S *Hänzenberger*, Bühler, Gautier, Iten, Jagmetti, Küchler, Meier Josi, Onken, Roth, Schmid, Schoch, Seiler, Zumbühl (13)

1988 9. Juni. Beschluss des Ständerates abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

1989 26. September. Beschluss des Nationalrates abweichend vom Beschluss des Ständerates.

129/87.055 é Loi sur la nationalité. Modification

Message et projet de loi du 26 août 1987 (FF III, 285) relatifs à la modification de la loi sur la nationalité (égalité des droits entre hommes et femmes, nationalité des conjoints lorsque l'un des époux est ressortissant d'un autre Etat, adaptation d'autres dispositions à l'évolution du droit).

N *Humbel*, Braunschweig, Burckhardt, Dormann, Dünki, Eppenberger Susi, Fankhauser, Fierz, Fischer-Sursee, Houmard, Mühlemann, Müller-Wiliberg, Pidoux, Rechsteiner, Ruffy, Rychen, Sager, Savary-Fribourg, Schüle, Segmüller, Spoerry, Tschuppert, Ulrich (23)

E *Hänzenberger*, Bühler, Gautier, Iten, Jagmetti, Küchler, Meier Josi, Onken, Roth, Schmid, Schoch, Seiler, Zumbühl (13)

1988 9 juin. Décision du Conseil des Etats modifiant le projet du Conseil fédéral.

1989 26 septembre. Décision du Conseil national avec des divergences.

145/89.067 s Gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim Menschen. Volksinitiative

Botschaft und Beschlussesentwurf vom 18. September 1989 (BBl III, 989) über die Volksinitiative «gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim Menschen».

N *Darbellay*, Basler, Carobbio, Eggly, Fankhauser, Frey Claude, Frey Walter, Hafner Ursula, Nabholz, Portmann, Scheidegger, Segmüller, Segond, Seiler Rolf, Stocker, Ulrich, Wanner, Wiederkehr, Zwingli (19)

S *Piller*, Flückiger, Gautier, Hänzenberger, Huber, Küchler, Lauber, Meier Hans, Schoch, Simmen, Zimmerli (11)

145/89.067 é Techniques de reproduction et de manipulation génétique. Initiative populaire

Message et projet d'arrêté du 18 septembre 1989 (FF III, 945) concernant l'initiative populaire «contre l'application abusive des techniques de reproduction et de manipulation génétique à l'espèce humaine».

N *Darbellay*, Basler, Carobbio, Eggly, Fankhauser, Frey Claude, Frey Walter, Hafner Ursula, Nabholz, Portmann, Scheidegger, Segmüller, Segond, Seiler Rolf, Stocker, Ulrich, Wanner, Wiederkehr, Zwingli (19)

E *Piller*, Flückiger, Gautier, Hänzenberger, Huber, Küchler, Lauber, Meier Hans, Schoch, Simmen, Zimmerli (11)

Persönliche VorstösseNationalrat**216/87.972 M Sozialdemokratische Fraktion – Mutterschaftsurlaub. Lohnfortzahlung (16. Dezember 1987)**

Der Bundesrat wird gebeten, den Artikel 324a Absatz 3 des Obligationenrechts betreffend Lohn bei Verhinderung an der Arbeitsleistung zu revidieren, mit dem Ziel, die Lohnfortzahlung während eines Mutterschaftsurlaubs von 16 Wochen zu sichern.

Er prüft, ob eine obere Lohngrenze festgelegt werden soll, ab welcher das Erwerbseinkommen nicht mehr voll gedeckt wird. Er sorgt für die Anpassung weiterer Bestimmungen des Arbeitsgesetzes und des Obligationenrechts, namentlich um zu verhindern, dass durch Krankheit bedingte Abwesenheiten den Lohnanspruch im Falle der Niederkunft beeinträchtigen. Er prüft, ob und wie sich die Arbeitgeber für die Kosten dieser Lohnfortzahlungspflicht versichern können.

Sprecher: Reimann Fritz

216/87.972 M Groupe socialiste – Congé-maternité. Paiement du salaire (16 décembre 1987)

Le Conseil fédéral est chargé de modifier l'article 324 a, 3^e alinéa, du code des obligations (paiement du salaire en cas d'empêchement du travailleur) afin de garantir le versement du salaire pendant un congé-maternité de seize semaines.

Il est chargé d'étudier s'il convient de fixer un salaire-limite à partir duquel la compensation ne serait plus entièrement garantie. Il veillera aussi à adapter d'autres dispositions de la loi sur le travail et du code des obligations, notamment afin d'éviter que des absences dues à la maladie ne viennent amputer le droit au salaire en cas de congé-maternité. Il examinera s'il est possible de permettre aux employeurs de s'assurer contre les risques que lui ferait courir l'obligation de poursuivre le versement du salaire et selon quelles modalités une telle assurance pourrait être conçue.

Porte-parole: Reimann Fritz

× 258/89.558 P Aubry – Bundesbeiträge an Krankenkassen. Aufteilung (23. Juni 1989)

Der Bundesrat wird eingeladen, die Aufteilung der Bundesbeiträge an die Krankenkasse zu überprüfen, damit das Weiterbestehen jener Kassen, welche die schlechten Risiken tragen, gesichert werden kann.

Mit einer neuen, risikobehängigen Aufteilung der Beiträge liess sich eine Erhöhung der Bundesbeiträge an die Krankenkassen verhindern.

Artikel 35, Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 13. Juni 1911 über die Krankenversicherung könnte folgendermassen gestaltet werden:

- Ziff. 1. Erhöhung der Beiträge für Kinder bis zum 18. Altersjahr
2. Reduktion der Beiträge für Frauen vom 18. bis zum 40. Altersjahr um die Hälfte
3. Erhöhung der Beiträge für Frauen über 40 Jahre
4. Streichung der Beiträge für Männer vom 18. bis zum 65. Altersjahr
5. Verbesserte Beiträge für Invalidenrentner
6. Die Bundesbeiträge für Mutterschaftsleistungen sind entsprechend den effektiven Kosten in der Allgemeinen Abteilung gemäss schweizerischem Landesdurchschnitt festzulegen.
7. Für die Männer über 65 Jahre sind die Beiträge wiederum auszurichten.

1989 6. Oktober. Das Postulat wird angenommen.

× 258/89.558 P Aubry – Répartition des subsides annuels aux caisses maladie (23 juin 1989)

Le Conseil fédéral est invité à examiner une meilleure répartition des subsides des caisses maladie de façon à permettre aux caisses qui supportent les mauvais risques de subsister.

Cette répartition différente des subsides selon les risques permettrait de ne pas augmenter les subsides fédéraux aux caisses maladie.

L'article 35 de la LAMA pourrait être rédigé comme suit:

1 La Confédération alloue aux caisses les subsides annuels selon la répartition suivante:

- chif. 1. Augmentation des subsides pour les enfants de 0 à 18 ans
2. Subsides réduits de moitié pour les femmes de 18 à 40 ans
3. Augmentation des subsides pour les femmes de 40 ans et plus
4. Suppression des subsides pour les hommes de 18 à 65 ans
5. Subsides AI améliorés pour les bénéficiaires
6. Subsides fédéraux pour accouchements doivent être versés en fonction des coûts réels en «chambre commune» selon le principe des moyennes suisses.
7. Pour les hommes de 65 ans et plus, les subsides ordinaires sont à nouveau versés.

1989 6 octobre: Le postulat est adopté.

× 263/89.492 P Bär – Gedenkmünze Gertrud Kurz (13. Juni 1989)

Gemäss der Aufforderung von Bundesrat Otto Stich vor dem Nationalrat am 12. Juni 1989 zum Nachtragskredit betreffend «Diamant», lade ich den Bundesrat ein, die Prägung einer Gedenkmünze für die Flüchtlingsmutter Gertrud Kurz so rasch wie möglich zu prüfen.

Mitunterzeichner: Ammann, Basler, Bäumlín Ursula, Braunschweig, Brélaz, Brügger, Bundi, Daepf, Danuser, Diener, Dietrich, Dormann, Dünki, Euler, Fankhauser, Fehr, Fetz, Grassi, Grendelmeier, Günter, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Hubacher, Jeanprêtre, Keller, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Leutenegger Oberholzer, Loeb, Longet, Luder, Maeder, Mauch Ursula, Meier-Glatfelden, Morf, Nabholz, Pitteloud, Rebeaud, Scheidegger, Schmid, Seiler Rolf, Stamm, Stappung, Stocker, Stucky, Thür, Uchtenhagen, Ulrich, Weder-Basel, Wiederkehr, Züger, Zwygart (55)

1989 6. Oktober: Das Postulat wird angenommen.

× 263/89.492 P Bär – Monnaie commémorative Gertrud Kurz (13 juin 1989)

Suivant l'invitation lancée par le conseiller fédéral Otto Stich au Conseil national le 12 juin 1989 à propos du crédit supplémentaire alloué pour la manifestation «Diamant», je demande au Conseil fédéral d'examiner rapidement la possibilité de frapper une monnaie de Gertrud Kurz, qui s'était alors dévouée pour les réfugiés.

Cosignataires: Ammann, Basler, Bäumlín Ursula, Braunschweig, Brélaz, Brügger, Bundi, Daepf, Danuser, Diener, Dietrich, Dormann, Dünki, Euler, Fankhauser, Fehr, Fetz, Grassi, Grendelmeier, Günter, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Hubacher, Jeanprêtre, Keller, Ledergerber, Leuenberger-Soleure, Leuenberger Moritz, Leutenegger Oberholzer, Loeb, Longet, Luder, Maeder, Mauch Ursula, Meier-Glatfelden, Morf, Nabholz, Pitteloud, Rebeaud, Scheidegger, Schmid, Seiler Rolf, Stamm, Stappung, Stocker, Stucky, Thür, Uchtenhagen, Ulrich, Weder-Bâle, Wiederkehr, Züger, Zwygart (55)

1989 6 octobre: Le postulat est adopté.

× 265/87.942 M Basler – Bundesgesetz über die Krankenversicherung (7. Dezember 1987)

Die Opposition gegenüber dem am 6. Dezember 1987 abgelehnten Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetz hat dem Taggeld bei Mutterschaft und dem Kündigungsschutz gegolten. Die Bindung dieser Neuerungen an die weitgehend begrüßte Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes ist zudem wegen fehlender Einheit der Materie gerügt worden.

Der konsensfähige Teil über Leistungsausbau, Kostendämpfung und Neuverteilung der Bundesbeiträge, der über Jahre hin erarbeitet worden ist, sollte daher nochmals separat vorgelegt werden. Von einer erneuten parlamentarischen Bearbeitung der Details ist dabei abzusehen.

Ein erneutes Referendum ist nicht anzunehmen.

Der Bundesrat wird deshalb beauftragt, aus dem am 6. Dezember 1987 verworfenen Kranken- und Mutterschaftsversicherungsgesetz die Teile II (Kündigungsschutz) und III^{bis} (Taggeld bei Mutterschaft) zu streichen und die Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes, wie es am 20. März 1987 aus beiden Räten hervorgegangen ist, umgehend und ohne Änderung erneut als Bundesbeschluss zu unterbreiten.

Mitunterzeichner: Allenspach, Berger, Blocher, Bonny, Bühler, Burckhardt, Bürgi, Dreher, Dünki, Eppenberger Susi, Fierz, Fischer-Hägglíngen, Fischer-Seengen, Frey Walter, Graf, Hari, Hess Otto, Hösli, Jeanneret, Loretan, Luder, Müller-Wiliberg, Nebiker, Neuenschwander, Oester, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Rutishauser, Rycken, Sager, Schüle, Schwab, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stucky, Wanner, Weber-Schwyz, Zölch, Zwygart (40)

1989 25. September: Die Motion wird zurückgezogen.

× 265/87.942 M Basler – Loi sur l'assurance-maladie (7 décembre 1987)

Si le peuple a dit non à la loi sur l'assurance-maladie et maternité le 6 décembre dernier, c'est qu'il ne voulait ni de l'allocation en cas de maternité ni des dispositions relatives à la protection contre les licenciements. L'amalgame de ces innovations et de la révision partielle de la loi sur l'assurance-maladie, qui, elle, avait été généralement bien accueillie, a par ailleurs été contesté parce qu'il n'y avait pas unité de la matière.

La partie du projet qui concerne l'assurance-maladie et qui prévoit une amélioration des prestations, une limitation des coûts et une nouvelle répartition des subventions fédérales est susceptible de recueillir une majorité de oui et devrait donc être soumise une nouvelle fois au peuple. Etant donné qu'il a fallu plusieurs années pour mettre au point ces dispositions, il convient de renoncer à les faire remanier une nouvelle fois par le Parlement. Le lancement d'un nouveau référendum n'est pas probable.

Le Conseil fédéral est donc chargé de biffer les dispositions figurant sous les chiffres II (protection contre les licenciements) et III^{bis} (allocation en cas de maternité) du projet rejeté le 6 décembre 1987 et de reprendre la révision partielle de la loi sur l'assurance-maladie dans sa version du 20 mars 1987 approuvée par les Chambres sous forme d'un projet d'arrêté fédéral, qui devra être soumis sans délai au Parlement.

Cosignataires: Allenspach, Berger, Blocher, Bonny, Bühler, Burckhardt, Bürgi, Dreher, Dünki, Eppenberger Susi, Fierz, Fischer-Hägglíngen, Fischer-Seengen, Frey Walter, Graf, Hari, Hess Otto, Hösli, Jeanneret, Loretan, Luder, Müller-Wiliberg, Nebiker, Neuenschwander, Oester, Reimann Maximilian, Rohrbasser, Ruckstuhl, Rutishauser, Rycken, Sager, Schüle, Schwab, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stucky, Wanner, Weber-Schwyz, Zölch, Zwygart (40)

1989 25 septembre: M. Basler retire sa motion.

399/88.472 M Haller – 10. AHV-Revision (13. Juni 1988)

Der Bundesrat wird beauftragt, in der AHV die Gleichstellung der Angehörigen der verschiedenen Zivilstandsgruppen einzuführen.

1. Die Zivilstandsabhängigkeit gilt mit folgenden Einschränkungen:
 - a. Der wirtschaftlichen Einheit der Familie und dem eherechtlichen Grundsatz der Gleichwertigkeit verschiedenartiger Beiträge an den Familienunterhalt (Geld- und Haushalt- oder Beutreuungsleistungen) soll dadurch Rechnung getragen werden, dass – entsprechend dem eherechtlichen Grundsatz der hälftigen, gegenseitigen Beteiligung an der Errungenschaft – während der Ehe dauer sämtliche AHV-Beiträge (Einkommen) je zur Hälfte den individuellen Konten beider Ehegatten gutgeschrieben werden.
 - b. Eine Plafonierung der Summe zweier Renten von Verheirateten ist möglich.
2. Es sind folgende Bedingungen zu erfüllen:
 - a. Es ist eine Erziehungsgutschrift vorzusehen, die in ihrem Ausmass effektiv rentenbildend wirkt.
 - b. Die Renten für kleine Einkommen (Mittelfeld zwischen Minimal- und Maximalrenten) sind anzuheben.
 - c. Die Altersrenten für Alleinstehende (überlebende Ehegatten, Geschiedene, Getrenntlebende, Ledige) sind generell anzuheben.
 - d. Die Summe zweier Individualrenten für Ehepaare, die Kinder erzogen haben, darf in allen Fällen, auch bei kleinen und mittleren Einkommen, nicht kleiner sein als die Ehepaar-Altersrente nach geltendem Recht.
 - e. Die Altersrenten für überlebende Ehegatten, die Kinder erzogen haben, dürfen nicht kleiner sein als diejenigen nach geltendem Recht.
3. Durch eine grosszügige Übergangsregelung von 10 bis 25 Jahren für Personen, die noch nicht im Rentenalter stehen, ist sicherzustellen, dass
 - a. die Summe zweier Individualrenten für kinderlose Ehepaare in allen Fällen, auch bei kleinen und mittleren Einkommen, nicht kleiner ist als die Ehepaar-Altersrente nach geltendem Recht.
 - b. die Altersrenten für kinderlose überlebende Ehegatten nicht kleiner sind als diejenigen nach geltendem Recht. Es können während einer Übergangszeit zwei verschiedenen Rentensysteme nebeneinander bestehen.
4. Die Besitzstandsgarantie für Rentenbezüger und Rentenbezügerinnen ist gewährleistet.

Mitunterzeichner: Aguet, Ammann, Bär, Bäumlín Richard, Bäumlín Ursula, Béguelin, Bircher, Bodenmann, Braunschweig, Brélaz, Brügger, Bundi, Carobbio, Danuser, Diener, Euler, Fankhauser, Fehr, Fetz, Fierz, Grendelmeier, Günter, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Herczog, Jaeger, Jeanprêtre, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Leutenegger Oberholzer, Longet, Maeder, Matthey, Mauch Ursula, Meier-Glatfelden, Meizoz, Morf, Müller-Aargau, Neukomm, Ott, Pitteloud, Rebeaud, Rechsteiner, Reimann Fritz, Ruffy, Schmid, Spielmann, Stappung, Stocker, Thür, Ulrich, Weder-Basel, Widmer, Wiederkehr, Zbinden Hans, Ziegler, Züger (60)

399/88.472 M Haller – 10^e révision de l'AVS (13 juin 1988)

Le Conseil fédéral est chargé de faire en sorte que l'état civil n'ait aucune influence sur le traitement dont jouissent les bénéficiaires de l'AVS.

1. Ce principe doit être appliqué sous réserve des restrictions suivantes:
 - a. Afin de ne pas compromettre l'unité de la famille sur le plan économique, ni l'application du droit matrimonial qui considère comme équivalentes les contributions fournies par les époux notamment sous forme de prestations en argent, de travail au foyer ou de soins dispensés et qui statue que chacun des époux a droit à la moitié du bénéfice de l'autre, toutes les contributions de l'AVS (revenu) doivent être bonifiées à parts égales aux comptes personnels de chacun des conjoints tant que l'union dure.
 - b. Il est possible de fixer un montant maximum que la somme des rentes touchées par les époux ne doit pas dépasser.

2. Les conditions suivantes doivent être remplies:

- a. Une bonification doit être prévue pour l'éducation des enfants; elle doit avoir une importance suffisante pour être effectivement formatrice de rente.
 - b. Les rentes pour petits revenus (moyenne entre les rentes minimales et maximales) doivent être majorées.
 - c. Les rentes de vieillesse pour personnes seules (époux survivants, divorcés, séparés, célibataires) doivent être toutes majorées.
 - d. La somme des rentes personnelles que toucheraient les époux qui ont élevé des enfants ne devrait jamais être inférieure, même pour les petits et moyens revenus, à la rente vieillesse pour couple accordée par le droit en vigueur.
 - e. Les rentes de vieillesse qui seraient versées aux époux survivants qui ont élevé des enfants ne devraient pas être inférieures à celles qui leur sont accordées par le droit en vigueur.
3. Par une réglementation transitoire généreuse, applicable durant 10 à 25 ans aux personnes n'ayant pas encore atteint l'âge donnant droit aux prestations de l'AVS, on veillera à ce que
 - a. La somme de deux rentes personnelles versées à un couple sans enfants ne soit jamais inférieure, même pour les petits et moyens revenus, à la rente de vieillesse pour un couple accordée par le droit en vigueur.
 - b. Les rentes de vieillesse qui seraient versées aux époux survivants n'ayant pas d'enfant ne devraient pas être inférieures à celles qui leur sont accordées par le droit en vigueur. Pendant une période transitoire, deux régimes de rente différents pourront coexister.
 4. Les rentiers jouiront de la garantie des droits acquis.

Cosignataires: Aguet, Ammann, Bär, Bäumlín Richard, Bäumlín Ursula, Béguelin, Bircher, Bodenmann, Braunschweig, Brélaz, Brügger, Bundi, Carobbio, Danuser, Diener, Euler, Fankhauser, Fehr, Fetz, Fierz, Grendelmeier, Günter, Hafner Rudolf, Hafner Ursula, Herczog, Hubacher, Jaeger, Jeanprêtre, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Soleure, Leuenberger Moritz, Leutenegger Oberholzer, Longet, Maeder, Matthey, Mauch Ursula, Meier-Glatfelden, Meizoz, Morf, Müller-Argovie, Neukomm, Ott, Pitteloud, Rebeaud, Rechsteiner, Reimann Fritz, Ruffy, Schmid, Spielmann, Stappung, Stocker, Thür, Ulrich, Weder-Bäle, Widmer, Wiederkehr, Zbinden Hans, Ziegler, Züger (60)

400/88.473 I Haller – 10. AHV-Revision (13. Juni 1988)

Der Bundesrat hat seine Vorstellungen zur 10. AHV-Revision unterbreitet. Mit dem Verzicht auf eine Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen folgt er einer weitverbreiteten Meinung und hat die beschäftigungspolitischen Zeichen der Zeit erkannt. Auch der – unumgängliche – Verzicht des Bundesrates auf eine strikte Kostenneutralität wirkt sich positiv auf die Möglichkeiten aus, das gesteckte Ziel der Gleichstellung von Frau und Mann zu erreichen. Problematisch erscheint hingegen der Weg, auf welchem der Bundesrat dieses Ziel zu erreichen versucht. In diesem Zusammenhang wird der Bundesrat um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Während innerhalb des gleichen Zivilstandes durchwegs Solidaritätsleistungen höherer Einkommen zugunsten niedrigerer Einkommen erbracht werden, zeigt ein Vergleich über die Zivilstandsgruppen hinweg das Gegenteil: Verheiratete Personen erzielen bis hinauf zu den leitenden Angestellten (Maximalrentenbezüger) grössere Rentensummen, als sie einzeln zur AHV beitragen, sie werden also per Saldo von der AHV «finanziert». Das Renten-Beitrags-Verhältnis kippt bei Ledigen hingegen schon im Bereich der Niedriglohnpfänger (d. h. in der Nähe der Minimalrentenbezüger) um, und alle darüber liegenden Einkommen «finanzieren» somit per Saldo die AHV (vgl. Bürgisser, Verteilungswirkungen der staatlichen Altersvorsorge in der Schweiz).
 - a. Hält es der Bundesrat für richtig und verfassungskonform, dass dementsprechend in der Tendenz die Renten verheirateter Maximalrentenbezüger durch die Beiträge lediger Niedriglohnpfänger finanziert werden?
 - b. Wie gedenkt der Bundesrat in der 10. AHV-Revision diesen Missstand zu beheben?

2. Mit der Regelung, wonach die Altersrenten geschiedener Frauen nach dem Tode des früheren Ehemannes unter bestimmten Umständen auf den Beiträgen des Mannes berechnet werden, wurde für geschiedene Frauen seinerzeit eine dringend nötige Besserstellung erreicht. Problematisch daran war lediglich, dass diese Mehrleistungen nicht von den geschiedenen Männern finanziert worden sind, sondern aus generellen Umverteilungsleistungen, d. h. unter anderem durch jene in Ziffer 1 erwähnten – auch einkommenschwachen – Ledigen, die nicht in die Lage kommen, geschiedene Frauen zu hinterlassen.
- Wie gedenkt der Bundesrat in der 10. AHV-Revision diesen Missstand zu beheben?
 - Was gedenkt der Bundesrat zur Besserstellung der Ledigen zu unternehmen?
3. Der Bundesrat will gemäss seinen Vorschlägen die obgenannte Regelung zugunsten geschiedener Frauen schon auf Lebzeiten des geschiedenen Mannes vorverlegen. Die dadurch erreichte Besserstellung der geschiedenen Frauen ist an sich begrüssenswert. Die Problematik der unsozialen Umverteilungseffekte wächst jedoch enorm.
- Gedenkt der Bundesrat die Renten der geschiedenen Frauen zu Lebzeiten des geschiedenen Mannes ausschliesslich über Umverteilungsleistungen zu finanzieren, so dass der Anspruch des geschiedenen Mannes keine Einbusse erfährt? Würde die Rechtslogik des neuen Eherechts demgegenüber nicht einfach eine gerechte Aufteilung der gemeinsam während der Ehe dauer erarbeiteten Ansprüche verlangen?
 - Wie rechtfertigt der Bundesrat die gemäss seinen Vorschlägen eintretende massive Besserstellung der Geschiedenen gegenüber den Ledigen?
 - Hält es der Bundesrat für richtig, die (trotz wünschbarer Umlagerung auf die geschiedene Frau) ungeschmälerert aufrechterhaltenen Ansprüche der geschiedenen (oder wiederverheirateten) Männer durch die Allgemeinheit der Versicherten finanzieren zu lassen, insbesondere auch durch die Alleinstehenden mit niedrigen und mittleren Einkommen?
 - Wie gedenkt der Bundesrat die AHV in der 10. Revision auszugestalten, damit solche Missstände nicht eintreten?
4. Der Bundesrat sieht in seinen Vorschlägen Erziehungsgutschriften vor, ein positiv zu wertendes Element, das sich übrigens bestens als flankierende Massnahme für ein Splitting-Verfahren eignet.
- Welchem Ehegatten will der Bundesrat die Erziehungsgutschrift im Scheidungsfalle anrechnen?
 - Will er die Erziehungsgutschrift für Geschiedene verdoppeln?
 - Zieht er allenfalls ein Splitting-Verfahren für die Erziehungsgutschrift in Betracht?
5. Der Bundesrat will gemäss seinen Vorschlägen dem Mann eine Möglichkeit zum Vorbezug der Rente unter Inkaufnahme ihrer Kürzung einräumen.
- Muss für einen solchen Vorbezug das Einverständnis der Ehefrau vorliegen, da sich damit ja auch die Berechnungsgrundlagen einer Ehepaars-Altersrente bzw. einer einfachen Altersrente der Frau verschlechtern?
 - Soll die Ehefrau eines die Rente vorbeziehenden Mannes auch dann die Hälfte einer lediglich gekürzten Ehepaars-Altersrente erhalten, wenn sie selbst bis 62 erwerbstätig war? Soll sie – gestützt auf die Beiträge des Mannes – auch eine gekürzte einfache Altersrente erhalten? Wie würde der Bundesrat dies rechtfertigen?
 - Erachtet der Bundesrat die von ihm vorgeschlagene Regelung des Rentenalters ohne gleichzeitige Einführung der zivilstandsunabhängigen Rentenbildung (mit Splitting-Verfahren) überhaupt als durchführbar?
6. a. Befürchtet der Bundesrat nicht auch, dass seine Vorschläge im Bereich der Regelung für die verschiedenen Zivilstandsgruppen derart viel neue, unsoziale Umverteilungseffekte nach sich ziehen, dass sie einen (vom Bundesrat offenbar für später doch nicht ausgeschlossenen) Systemwechsel geradezu verunmöglichen?
- Ist der Bundesrat bereit, die Probleme der unsozialen Umverteilungseffekte nochmals zu überdenken?
7. Ist der Bundesrat generell nicht auch der Ansicht, dass seine Vorschläge zur 10. AHV-Revision
- bestehende Ungleichheiten in der AHV verschärfen?
 - neue Ungleichheiten schaffen?
8. Das neue Eherecht geht unter anderem von den drei Grundsätzen der wirtschaftlichen Einheit der Familie, der Gleichwertigkeit der Beiträge an den Familienunterhalt (durch Geldzahlung, Haushalt- oder Betreuungsleistungen) sowie der gegenseitigen hälftigen Beteiligung an der Errungenschaft aus.
- Ist der Bundesrat nicht auch der Ansicht, dass eine Weiterführung dieser Grundsätze in der AHV notwendigerweise zum Splitting-Verfahren führt?
 - Sieht der Bundesrat im Splitting-Verfahren nicht eine Möglichkeit, den unterschiedlichen Formen der Aufgabenteilung in der Ehe (wie sie das neue Eherecht vorsieht) gerecht zu werden? Trifft dies nicht besonders zu für Ehen mit traditioneller Rollenteilung, weil gerade der Vorgang des Splittings (d. h. der hälftigen Beteiligung) der Gleichwertigkeit der Haus- oder Betreuungsarbeit mit der Erwerbsarbeit Rechnung trägt?
 - Wie gedenkt der Bundesrat dem eherechtlichen Grundsatz der wirtschaftlichen Einheit der Familie auch in der AHV Rechnung zu tragen, wenn nicht durch das Splitting-Verfahren?
 - Wie gedenkt der Bundesrat dem eherechtlichen Grundsatz der Gleichwertigkeit der verschiedenartigen Beiträge an den Familienunterhalt auch in der AHV Rechnung zu tragen, wenn nicht durch das Splitting-Verfahren?
 - Wie gedenkt der Bundesrat dem eherechtlichen Grundsatz der hälftigen gegenseitigen Beteiligung an der Errungenschaft in der AHV Rechnung zu tragen, insoweit diese Errungenschaft in Beiträgen an die AHV besteht?
9. Hält der Bundesrat seine Vorschläge zur 10. AHV-Revision in allen Teilen für verfassungskonform?
- Sind sie mit BV Artikel 4 Absatz 2 vereinbar?
 - Sind sie (insbesondere hinsichtlich der unterschiedlichen Behandlung der Zivilstandsgruppen) mit BV Artikel 4 Absatz 1 vereinbar?
10. Kennt der Bundesrat eine Methode, wie man einen Pudel wäscht, ohne dass er nass wird?
- 1989 17. März: Diskussion verschoben.

400/88.473 I Haller – 10^e révision de l'AVS (13 juin 1988)

Le Conseil fédéral a fait part de ses intentions quant à la dixième révision de l'AVS. En renonçant à élever l'âge de la retraite pour les femmes, il s'est rallié à une opinion fort répandue et a ainsi montré qu'il est conscient des impératifs actuels en matière d'emploi. En acceptant aussi de renoncer – ce qui est inévitable – à une stricte neutralité des charges, il aplanit la voie qui mène au but consistant à mettre l'homme et la femme sur pied d'égalité. Par contre, le moyen choisi par le Gouvernement pour atteindre ce but nous paraît discutable. C'est pourquoi nous le prions de répondre aux questions suivantes.

- Alors qu'une péréquation se fait à l'intérieur d'une catégorie déterminée de l'état civil en faveur des revenus inférieurs, la comparaison entre les divers groupes qui diffèrent du point de vue de l'état civil montre exactement le contraire: les personnes mariées, jusque et y compris les cadres (qui touchent les rentes maximales), bénéficient d'une somme de rentes plus élevées que le montant de leurs cotisations individuelles à l'AVS. Ces personnes sont donc «financées» par l'AVS. Le rapport rente/cotisation s'inverse en revanche pour les célibataires dès les tranches de petits revenus (donc dans la plage des rentes minimales). Tous les revenus des célibataires situés au-dessus «financent» donc l'AVS (voir à ce sujet: Bürgisser, Verteilungswirkungen der staatlichen Altersvorsorge in der Schweiz).
 - Le Conseil fédéral estime-t-il juste et conforme à la constitution que les rentes des personnes mariées, donc des personnes qui reçoivent les rentes les plus élevées, soient financées par les cotisations des célibataires touchant des revenus modestes?
 - Que pense-t-il faire au titre de la 10^e révision pour corriger cette injustice?
- En instituant la règle selon laquelle les rentes des femmes divorcées dont l'ex-mari est décédé sont calculées dans des conditions déterminées sur la base des cotisations de leur ex-mari, on a accordé à ces femmes une amélioration dont elles avaient un urgent besoin. Ce qui paraît ici contestable, c'est que cette amélioration n'est pas financée par les maris divorcés, mais bien au moyen de la redistribution des ressources générales, donc notamment au détriment des célibataires même à revenus modestes (cf. ch. 1), qui, par la force des choses, ne peuvent laisser d'ex-femme comme survivante.

- a. Que pense faire le Conseil fédéral pour corriger cette injustice lors de la 10^e révision?
- b. Que compte-t-il entreprendre pour améliorer la situation des célibataires?
3. Le Gouvernement a manifesté dans ses propositions son intention d'étendre l'application de la règle susmentionnée, en faveur des femmes divorcées, à la période pendant laquelle l'ex-mari est encore vivant. S'il faut se réjouir de cette nouvelle amélioration du statut de ces femmes, il faut aussi voir que le problème que pose la redistribution antisociale visée au chiffre 2 n'en sera que plus épineux.
- a. Le Conseil fédéral entend-il financer les rentes que les femmes divorcées touchent du vivant de leur mari exclusivement par le biais de la redistribution des ressources générales, sans remettre en cause le droit aux prestations du mari divorcé? Ne serait-il pas plus conforme à l'esprit du nouveau droit matrimonial d'instaurer une répartition équitable des droits acquis ensemble pendant la période de vie commune?
- b. Comment le Gouvernement justifie-t-il la forte amélioration du statut des divorcés par rapport aux célibataires?
- c. Estime-t-il juste de demander à l'ensemble des assurés et en particulier aux célibataires touchant des revenus bas et moyens, de financer le maintien des droits des hommes divorcés (ou remariés), et cela quand bien même la situation des femmes divorcées en sera améliorée?
- d. Comment le Gouvernement pense-t-il pouvoir aménager l'AVS, lors de la 10^e révision, de manière à éviter de telles injustices?
4. Dans ses propositions, le Conseil fédéral prévoit des tâches éducatives. Il s'agit là d'une excellente mesure d'appoint à un système de péréquation entre époux (splitting).
- a. Lequel des conjoints bénéficiera-t-il de cette bonification en cas de divorce?
- b. Sera-t-elle doublée en un tel cas?
- c. Envisage-t-il d'introduire un tel système de péréquation en ce qui concerne ladite bonification?
5. Le Gouvernement annonce également dans ses propositions qu'il veut accorder au mari la possibilité de percevoir la rente de manière anticipée, au prix d'une diminution de celle-ci.
- a. Le consentement de l'épouse en cas de perception anticipée ne devrait-il pas être rendu obligatoire, puisque la base de calcul de la rente de couple ou de la rente simple de la femme devient de ce fait moins favorable?
- b. L'épouse dont le mari a touché sa rente par anticipation recevra-t-elle la moitié d'une rente de couple réduite même lorsqu'elle aura exercé une activité lucrative jusqu'à 62 ans? Ou touchera-t-elle une rente simple réduite calculée sur la base des cotisations du mari? Si tel est le cas, comment le Conseil fédéral le justifie-t-il?
- c. Le Gouvernement estime-t-il réalisable le régime de rentes qu'il propose sans introduction simultanée d'un système de formation de la rente indépendant de l'état civil (donc basé sur la péréquation entre époux)?
6. a. Le Conseil fédéral ne craint-il pas que les régimes qu'il préconise pour les diverses catégories de l'état civil aboutissent à un système de redistribution antisocial qui risque de devenir pratiquement impossible à modifier par la suite (alors que le Gouvernement n'exclut manifestement pas une telle modification)?
- b. Est-il prêt à réexaminer les problèmes posés par les effets antisociaux de cette redistribution?
7. Le Gouvernement n'est-il pas d'avis que ses propositions en vue de la 10^e révision de l'AVS
- a. ne feraient qu'aggraver les inégalités existantes?
- b. créeraient de nouvelles inégalités?
8. Le nouveau droit matrimonial repose sur trois principes: l'unité économique de la famille, l'équivalence des contributions à l'entretien de la famille (qu'il s'agisse d'un apport financier, de tâches domestiques, de soins ou d'aide à un membre de la famille), enfin la participation à parts égales aux acquêts.
- a. Le Conseil fédéral n'est-il pas d'avis que l'application de ces principes aboutit nécessairement à l'institution d'un système de péréquation entre époux?
- b. Ne pense-t-il pas qu'un tel système permettrait justement de rendre justice à l'équivalence des divers apports à la vie conjugale telle que la prévoit le nouveau droit matrimonial? Cela n'est-il pas vrai en particulier des unions conjugales fondées sur une répartition traditionnelle des rôles, puisque justement le procédé de la péréquation (donc de la participation à parts égales) consacre le principe de l'égalité de valeur du travail au foyer et de l'activité lucrative d'autre part?
- c. Comment le Gouvernement entend-il concrétiser, autrement que par la péréquation, le principe de l'unité économique de la famille, également en matière d'AVS?
- d. Comment entend-il tenir compte de l'équivalence des contributions à l'entretien de la famille, au regard de l'AVS, autrement que par la péréquation?
- e. Comment entend-il respecter en matière d'AVS le principe de la participation de moitié aux acquêts alors que ces acquêts sont justement constitués en l'occurrence par les cotisations?
9. Le Conseil fédéral juge-t-il constitutionnelles toutes ses propositions en vue de la 10^e révision de l'AVS?
- b. Sont-elles en particulier compatibles avec l'article 4, alinéa 2 de la constitution?
- a. Sont-elles compatibles avec le premier alinéa du même article, vu notamment le traitement différencié prévu selon les diverses catégories de l'état civil?
10. Le Gouvernement croit-il pouvoir faire une omelette sans casser d'œufs?

1989 17 mars: La discussion est renvoyée.

× 421/89.458 P Hubacher – Expertenkommissionen: Frauenanteil (7. Juni 1989)

Aus der vom Bundesrat vorgelegten Zusammenstellung, Stand 1. April 1989, geht hervor, dass von den rund 370 Expertenkommissionen des Bundes nur 4 Prozent von Frauen präsidiert werden, und dass der Frauenanteil bei den Mitgliedern insgesamt nur 8 Prozent beträgt. Ebenso krass untervertreten ist die Generation unter 40 Jahren, ihr Mitgliederanteil liegt unter 10 Prozent.

Da Expertenkommissionen ausschliesslich vom Bundesrat bzw. von den Departementsvorstehern ernannt werden, liegt es in der Kompetenz des Bundesrates bzw. der Bundesräte, die Untervertretung der Frauen und der jüngeren Generation zu korrigieren. Die erst kürzlich eingesetzte Expertenkommission «Schweiz von morgen» ist aber wiederum und unverständlicherweise im bisherigen Stil zusammengesetzt worden. Von 16 Mitgliedern sind nur drei Frauen dabei. Ich ersuche den Bundesrat, ein «Szenario» vorzulegen, wie in den genannten Expertenkommissionen

- der Frauenanteil etappenweise, aber bis zum Jubiläumsjahr der Schweizerischen Eidgenossenschaft auf mindestens 25 Prozent erhöht und später, d. h. bis 1995, auf die ausgewiesene Hälfte gesteigert werden kann;
- wie im gleichen Zeitraum die Vertretung der jüngeren Generation, d. h. der unter Vierzigjährigen, ebenfalls anteilsmässig angemessenen aufgestockt werden kann.

Minunterzeichner: Aguet, Ammann, Béguelin, Bodenmann, Braunschweig, Bundi, Danuser, Fehr, Hafner Ursula, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Longet, Mauch Ursula, Meizoz, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann Fritz, Ruffy, Stappung, Uchtenhagen, Ulrich, Züger (24)

1989 6. Oktober: Das Postulat wird angenommen.

× 421/89.458 P Hubacher – Représentation des femmes au sein des commissions d'experts (7 juin 1989)

Il ressort de la récapitulation (état au 1^{er} avril 1989) présentée par le Conseil fédéral que, sur les quelque 370 commissions d'experts de la Confédération, les femmes ne président que dans 4 pour cent des cas et que la participation féminine ne constitue que 8 pour cent des membres. D'autre part, la génération des moins de 40 ans est fort mal lotie, elle aussi, puisqu'elle n'est représentée que dans une proportion inférieure à 10 pour cent.

Les commissions d'experts étant nommées exclusivement par le Conseil fédéral ou par les chefs des départements, le gouvernement et les conseillers fédéraux sont compétents pour remédier à une telle sous-représentation des femmes et de la jeune génération. Or, la commission dénommée «La Suisse demain», créée récemment, est constituée selon l'ancien modèle. En effet, sur 16 membres, on ne compte que 3 femmes.

Je prie donc le Conseil fédéral d'établir un scénario montrant comment il est possible, au sein des commissions d'experts, - d'augmenter par étapes, mais d'ici l'année où l'on célébrera les 700 ans de la Confédération, la proportion des femmes jusqu'à 25 pour cent au moins et, par la suite, c'est-à-dire d'ici 1995, jusqu'à 50 pour cent; - de renforcer, durant le même laps de temps, la représentation de la jeune génération, celle des moins de 40 ans, dans une proportion équitable.

Cosignataires: Aguet, Ammann, Béguelin, Bodenmann, Braunschweig, Bundi, Danuser, Fehr, Hafner Ursula, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Soleure, Leuenberger Moritz, Longet, Mauch Ursula, Meizoz, Pitteloud, Rechsteiner, Reimann Fritz, Ruffy, Stappung, Uchtenhagen, Ulrich, Züger (24)

1989 6 octobre: Le postulat est adopté.

495/87.940 I Nabholz - Mutterschaftsversicherung (7. Dezember 1987)

Nach der Ablehnung der Kranken- und Mutterschaftsversicherung frage ich den Bundesrat an, was er zu unternehmen gedenkt, um die Einführung einer Mutterschaftsversicherung zu realisieren?

Mitunterzeichner: Aubry, Bär, Diener, Grendelmeier, Leutenegger Oberholzer, Stocker, Zölch (7)

1988 18. März: Die Interpellation ist schriftlich begründet und vom Bundesrat beantwortet; die Diskussion wird verschoben.

495/87.940 I Nabholz - Assurance-maternité (7 décembre 1987)

Après le refus du projet de la Loi fédérale sur l'assurance-maladie et maternité, que pense faire le Conseil fédéral pour instaurer une assurance-maternité?

Cosignataires: Aubry, Bär, Diener, Grendelmeier, Leutenegger Oberholzer, Stocker, Zölch (7)

1988 18 mars: L'interpellation est développée par écrit, le Conseil fédéral donne sa réponse; la discussion est renvoyée.

545/88.497 M Ruf - Heiratsvermittlung und Scheinehen mit Ausländern (21. Juni 1988)

Der Bundesrat wird ersucht, die erforderlichen Massnahmen zu treffen bzw. die nötigen Gesetzesänderungen vorzubereiten, damit:

- öffentliche Heiratsvermittlungen (Heiratsanzeigen usw.) zu Gunsten ausländischer Frauen (Männer), für welche keine Niederlassungsbewilligung vorliegt, gesetzlich unter Strafandrohung verboten werden;
- Artikel 120 Absatz 4 ZGB betreffend der Nichtigkeit von Scheinehen vermehrt Nachachtung verschafft wird.

Mitunterzeichner: Meier Fritz, Steffen (2)

545/88.497 M Ruf - Annonces matrimoniales et mariages fictifs d'étrangers (21 juin 1988)

Le Conseil fédéral est chargé de prendre les mesures nécessaires ou de présenter des projets de modification de loi dans le but

- d'interdire les annonces matrimoniales ou tout autre moyen de proposer publiquement le mariage à des femmes ou hommes étrangers qui n'ont pas d'autorisation de séjour en Suisse; en cas d'infraction, la loi doit prévoir des peines;
- de faire mieux respecter l'article 120, 4^e alinéa, CC concernant la nullité des mariages fictifs.

Cosignataires: Meier Fritz, Steffen (2)

547/88.519 P Ruf - Namensänderungen bei Einbürgerungen (22. Juni 1988)

Der Bundesrat wird eingeladen zu prüfen,

- ob bei Einbürgerungsgesuchen der Name des Gesuchstellers nicht auf seine sprachliche Übereinstimmung mit einer unserer Landessprachen hin zu überprüfen sei;
- ob nicht bei Einbürgerungen eine Pflicht zur Namensanpassung an den schweizerischen Sprachgebrauch eingeführt werden sollte, sobald es sich um Namen handelt, die im schweizerischen Sprachgebrauch (des Einbürgerungsortes) völlig unüblich und unaussprechbar sind, ansonsten die Einbürgerung verweigert wird;
- ob der ausländische Ehepartner einer Schweizerin, anlässlich seiner Einbürgerung nicht automatisch den Namen seiner schweizerischen Gattin annehmen sollte;
- ob nicht, im Falle von Ehen zwischen einem schweizerischen und einem ausländischen Gatten die Kinder in jedem Falle den Namen des schweizerischen Elternteils zu tragen hätten;
- ob nicht die Nachkommen von bereits eingebürgerten Personen mit typisch ausländischen Namen angehalten werden sollten, nun einen dem schweizerischen Sprachgebrauch angepassten Namen zu übernehmen.

Mitunterzeichner: Steffen (1)

550/89.663 I Ruf - Obturations dentaires. Interdiction de l'amalgame (5 octobre 1989)

Depuis un certain temps déjà, de nombreuses publications ont attiré maintes fois l'attention sur la nocivité pour l'homme et l'environnement, de l'amalgame utilisé pour les obturations dentaires. Dans un long article intitulé «Sondermüll im Mund», paru dans son numéro de septembre (n° 9/1989), la revue «Naturlich» exige l'interdiction de ce matériel, dont l'usage est encore très répandu, vu ses effets nuisibles sur la santé. Il y est écrit en résumé ce qui suit: «L'amalgame contient entre autres du mercure, qui nous empoisonne subrepticement, donc d'une manière qu'il est difficile de prouver. Ce produit libère constamment des ions de mercure qui, par les vaisseaux irriguant les racines des dents, passent dans le reste de l'organisme; il est en outre hautement vraisemblable que des traces de mercure contenues dans des vapeurs se dégagent de l'amalgame, de sorte que les obturations dans lesquelles ce matériel est utilisé constituent de véritables bombes à retardement. Pour ces raisons, ainsi que pour des considérations d'ordre écologique, il importe d'interdire l'amalgame. L'Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage l'a assimilé aux déchets dits spéciaux et a constaté que les fines poussières d'amalgame qui se produisent par exemple lorsqu'on élève des obturations ont une activité chimique accrue. Toutefois, ces déchets spéciaux, parce qu'ils sont faciles à traiter, continuent à être placés dans des millions de bouches. On s'accomode inconsidérément des atteintes qui en résultent pour la santé.»

Compte tenu des inconvénients que présente l'amalgame, le Conseil fédéral est-il prêt à en interdire l'usage, ce qui se justifierait d'autant plus que l'on utilise depuis peu avec succès des produits synthétiques inoffensifs (ayant la couleur de l'émail des dents)?

586/89.655 M Segond - StGB. Kriminelle Vereinigung (4. Oktober 1989)

Die Schweiz soll nach dem Beispiel ihrer Nachbarstaaten (Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland, Österreich) wirksamer an der internationalen Bekämpfung des organisierten Verbrechens in allen Bereichen (Drogen, Waffenhandel, Kuppelei, Frauenhandel, Verbrechen gegen Leib und Leben usw.) mitwirken können. Der Bundesrat wird daher beauftragt, so bald wie möglich vorzuschlagen, den Begriff der kriminellen Vereinigung in die Strafbestimmungen über die Teilnahme im allgemeinen Teil des Schweizerischen Strafgesetzbuches aufzunehmen und die Bestimmungen des besonderen Teils wenn nötig anzupassen.

Mitunterzeichner: Auer, Frey Claude, Longet, Martin, Mühlemann, Nabholz, Petitpierre, Ruffy, Stamm, Steinegger, Wanner, Wyss Paul (12)

586/89.655 M Segond – Code pénal. Association de malfaiteurs
(4 octobre 1989)

Afin de participer plus efficacement à la répression internationale du crime organisé dans tous les domaines (drogue, trafic d'armes, proxénétisme, traite des femmes, crimes de sang, etc.) en suivant l'exemple des Etats voisins (France, Italie, RFA, Autriche), le Conseil fédéral est chargé de proposer, dans les meilleurs délais, l'introduction dans le Code pénal suisse, dans la partie générale, parmi les dispositions sanctionnant la participation, de la notion d'association de malfaiteurs et de procéder aux adaptations nécessaires des dispositions de la partie spéciale du CPS.

Cosignataires: Auer, Frey Claude, Longet, Martin, Mühlemann, Nabholz, Petitpierre, Ruffy, Stamm, Steinegger, Wannier, Wyss Paul (12)

Ständerat

665/88.500 M Nationalrat (Spoerry) – Ungleiche Behandlung der Ehefrauen bei der Bildung der Einzelfirma
(7. Oktober 1988)

Der Bundesrat wird beauftragt, die ungleiche Behandlung der Ehefrauen zu beseitigen, welche bei der Bildung der Einzelfirma (Handelsname) gemäss OR Artikel 945 Absatz 2 noch immer gilt.

S Petitions- und Gewährleistungskommission

665/88.500 M Conseil national (Spoerry) – Raisons individuelles. Inégalité de traitement de la femme mariée
(7 octobre 1988)

Le Conseil fédéral est chargé de supprimer l'inégalité de traitement dont sont encore victimes les femmes mariées qui souhaitent créer leur propre entreprise en ce qui concerne le choix de la raison de commerce (CO art. 945, 2^e al.).

E Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales

Adressen der Autorinnen und Autoren

Silvia Grossenbacher
Dr.phil.I, wissenschaftliche Beamtin
im Bundesamt für Statistik
Mittlere Strasse 54, 4056 Basel

Floriane Köchlin
Biologin-Chemikerin
Blauenstrasse 15, 4142 Münchenstein

Carmen Grela
Viols-Secours
Case postal 459, 1211 Genève 24

Marie France Casalis
Mouvement français pour le
planing familial
4, Square Saint Irénée, F-75011 Paris

Claudia Rüegg
Nottelefon für vergewaltigte
Frauen Zürich
Postfach 3344, 8031 Zürich

Franziska Greising
Schriftstellerin / UFL Mitglied
Dreilindenstrasse 73, 6000 Luzern

Laura Gallati
Musikerin / UFL Mitglied
Gesegnetmattstrasse 1, 6000 Luzern

Elisabeth Kästli
Journalistin BR
Postfach 15, 7516 Maloja

Catherine Cossy
Journaliste
Bühlstrasse 16, 8055 Zürich